

Berichte und Studien Nr. 28

# Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942 – 1945)

Andreas Wiedemann



Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e.V. an der  
Technischen Universität Dresden



Andreas Wiedemann

Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag  
(1942-1945)

# Berichte und Studien Nr. 28

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e. V.  
an der Technischen Universität Dresden

Andreas Wiedemann

Die Reinhard-Heydrich-  
Stiftung in Prag  
(1942–1945)

Dresden 2000

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden  
Tel. (0351) 463 2802, Fax (0351) 463 6079  
Layout: Walter Heidenreich  
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin  
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, Dresden  
Printed in Germany 2000

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar gewünscht.

ISBN 3-931648-31-1

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
I.    Germanisierungspläne im Protektorat	15
1.    Rahmenbedingungen	15
2.    Sudetendeutsche Konzepte	15
3.    Die Denkschriften von Neuraths und Franks	18
4.    Der Beschluss zur „Umvolkung“ und die „völkische Bestandsaufnahme“	20
5.    „Eindeutschungswürdigkeit“ contra „Eindeutschungsfähigkeit“	22
6.    Die Germanisierungspläne bis 1945	23
II.   Die ersten Pläne zur Errichtung eines Ostinstituts in Prag	25
1.    Die Entwürfe Wilhelm Saures	25
2.    Heydrich in Prag	30
3.    Rivalitäten und Konkurrenzpläne	35
III.  Die Reinhard-Heydrich-Stiftung	39
1.    Aufbauphase	39
1.1    Strukturelle Entwürfe	39
1.2    Die tschechischen Forschungsanstalten als materielle Grundlage der Reinhard-Heydrich-Stiftung	42
1.3    Namensgebung	43
1.4    Ziele und Zweck der Stiftung	44
2.    Struktur der Reinhard-Heydrich-Stiftung	47
2.1    Stiftungsleitung	47
2.2    Die Institute der Reinhard-Heydrich-Stiftung	48
2.3    Finanzierung	52
3.    Die Akteure der Reinhard-Heydrich-Stiftung	54
3.1    Hans Joachim Beyer	55
3.2    Rudolf Hippius	61
3.3    Karl Valentin Müller	63
3.4    Gerhard Gesemann	67

3.5	Wilhelm Weizsäcker	69
3.6	Eduard Winter	72
4.	Die wissenschaftliche Tätigkeit der Heydrich-Stiftung	73
4.1	„Tschechenkundliche Forschung“	74
4.2	„Sozialanthropologische“ Musterung der Protektoratspolizei	77
4.3	Die Volkskunde im Rahmen der Heydrich-Stiftung	79
4.4	Prioritätenwechsel: Bolschewismusforschung	81
4.5	Vortragstätigkeit	84
4.6	Veröffentlichungen	86
5.	Verbindungen zu anderen Institutionen	89
6.	Die Heydrich-Stiftung gegen Ende des Krieges	93
6.1	Kriegsbedingte Schließungen	93
6.2	Das Konzept eines europäischen Bürgerkrieges	94
7.	Die Akteure der Heydrich-Stiftung nach dem Krieg	97
8.	Die Bedeutung der Reinhard-Heydrich-Stiftung im Rahmen der NS-Volkstumspolitik und der deutschen Ostforschung	99
8.1	Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften	99
8.2	Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung	102
8.3	Institutionen der deutschen Ostforschung im NS	105
IV.	Zusammenfassung	113
V.	Anhang	117
	Abkürzungen	117
	Quellen und Literatur	118



## Einleitung

Am 15. März 1939 besetzte die Wehrmacht die Länder Böhmen und Mähren bzw. das, was nach den Gebietsabtretungen an das Deutsche Reich im Zuge des Münchener Abkommens von 1938 von ihnen übriggeblieben war. Die Slowakei hatte sich unter deutschem Druck am 14. März 1939 für unabhängig erklärt. In der Proklamation Hitlers vom 16. März 1939 über das „Protektorat Böhmen und Mähren“<sup>1</sup> heißt es, dass die besetzten Landesteile der ehemaligen tschechoslowakischen Republik von nun an zum Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ gehörten. Zwar wurden dem Protektorat Autonomie und Selbstverwaltung gewährt, dem Staatspräsidenten des Protektorats, der vom Vertrauen Hitlers abhängig war, wurde jedoch ein Reichsprotektor zur Seite gestellt, der die Reichsinteressen wahren sollte und für die Beachtung der politischen Richtlinien des „Führers“ zu sorgen hatte. Die Mitglieder der Protektoratsregierung mussten vom Reichsprotektor bestätigt werden. Ebenso konnte dieser gegen Gesetze und Verordnungen Einspruch erheben, die von der Protektoratsregierung erlassen wurden.<sup>2</sup> Konstantin Freiherr von Neurath, der ehemalige Außenminister, wurde am 18. März 1939 zum Reichsprotektor ernannt. Sein Staatssekretär wurde der Sudetendeutsche Karl Hermann Frank, der in der Sudetendeutschen Partei (SdP) der Stellvertreter Henleins gewesen war. Himmler ernannte Frank außerdem im April 1939 zum Höheren SS- und Polizeiführer im Protektorat, wodurch Frank in dieser Eigenschaft Himmler und nicht Neurath unterstellt war.

Nach der Besetzung Böhmens und Mährens stellte sich die Frage nach der Behandlung der tschechischen Bevölkerung. Im Sommer des Jahres 1940 wurde die Zukunft des Protektorats und seiner Bevölkerung verstärkt diskutiert. Neurath und Frank sprachen sich in ihren Denkschriften für eine Beibehaltung des Protektorats und für die Germanisierung der tschechischen Bevölkerung aus. Hitler genehmigte diese Pläne. Auch der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Reinhard Heydrich verfolgte nach seinem Amtsantritt in Prag als Stellvertretender Reichsprotektor im September 1941 diese Linie. Primäres Ziel aber war die Unterdrückung des Widerstands und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Protektorat, um den Kriegsbeitrag der tschechischen Wirtschaft, der für das Deutsche Reich außerordentlich wichtig war, nicht zu gefährden. Diesem Nahziel wur-

- 1 Angeblich diente der Vertrag zwischen Frankreich und Tunis von 1881 als Vorbild für die Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Der Begriff „Protektorat“ ist insofern problematisch, da er die Bedeutung „Schutzherrschaft“ impliziert, von der im Falle des Protektorats Böhmen und Mähren keine Rede sein kann.
- 2 Vgl. Proklamation des Führers und Reichskanzlers über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945) Band IV: Die Nachwirkungen von München (Oktober 1938–März 1939), Baden-Baden 1951, Dok. Nr. 246, S. 246–248, hier: S. 247.

den alle anderen Pläne untergeordnet. Die Germanisierung, von Heydrich als Fernziel bezeichnet, sollte erst nach dem Krieg in Angriff genommen werden. Alle diesbezüglichen Planungen unterlagen strenger Geheimhaltung, um keine Unruhe unter der tschechischen Bevölkerung zu provozieren. Es wurde eine Bestandsaufnahme der tschechischen Bevölkerung in „rassisch-völkischer“ Sicht angestrebt, denn es sollten nicht alle Tschechen „eingedeutscht“ werden, sondern nur die, die sich als „rassisch brauchbar“ erwiesen und auch durch ihre Gesinnung und ihre Haltung zum Deutschtum für eine „Eindeutschung“ in Frage kamen. Um die Tschechen als eigenständiges Volk zu zerstören, wurde ihre „Entnationalisierung“ und „Neutralisierung“ betrieben. Diese Ziele sollten durch die Bekämpfung des Panslawismus und die damit verbundene Herauslösung der Tschechen aus dem Kreis der slawischen Völker, durch die Betonung des jahrhundertelangen deutschen Einflusses auf die Tschechen, durch Aufspaltung der böhmischen Länder in Böhmen und Mähren und deren Ausspielung gegeneinander, erreicht werden. Zu beiden Aufgaben, der „Bestandsaufnahme“ der Bevölkerung im Protektorat und der „Entnationalisierung“, sollten auch die wissenschaftlichen Institutionen im Protektorat ihren Beitrag leisten.

Durch eine Verordnung Hitlers vom 2. August 1939 wurden sowohl die Deutsche Universität in Prag als auch die beiden technischen Hochschulen in Prag und Brünn (Brno) in die deutsche Reichsverwaltung übernommen. Die offizielle Übernahme der Deutschen Universität erfolgte am 4. November 1939. Die Universität wurde umbenannt in: „Deutsche Karls-Universität“.<sup>3</sup>

Alle tschechischen Hochschulen des Protektorats wurden am 17. November 1939 geschlossen. Hitler hatte einen Tag vorher die entsprechende Anweisung dazu gegeben. Er begründete seinen Entschluss mit den Demonstrationen des 28. Oktober<sup>4</sup>, bei denen es zu Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen gekommen war und den kleineren Demonstrationen am 15. November, die im Anschluss an einen Trauerzug für den an den Folgen einer Schussverletzung vom 28. Oktober gestorbenen Medizinstudenten Jan Opletal stattgefunden hatten.<sup>5</sup> Die angeblichen Rädelsführer der Stu-

3 Die 1348 von Kaiser Karl IV. gegründete Universität wurde 1882 in eine Böhmisches und eine Deutsche Karl-Ferdinands-Universität geteilt, die Insignien verblieben bei der deutschen Universität. Unter dem Namen „Karls-Universität“ wurde die tschechische Universität durch Gesetz vom 19.2.1920 zur alleinigen Nachfolgerin der alten Universität proklamiert. 1934 mussten die Insignien der tschechischen Universität übergeben werden. Die Bezeichnung „Deutsche Karls-Universität“ wurde erst am 4.11.1939 von der deutschen Besatzungsmacht eingeführt. Im folgenden werde ich diese Bezeichnung verwenden. Für die Zeit vor dem 4.11.1939 verwende ich den Namen „Deutsche Universität“ und für die tschechische Universität den Namen „Karls-Universität“.

4 Der 28.10. ist der tschechoslowakische Unabhängigkeitstag.

5 Die Auseinandersetzungen am 28.10.1939 waren von Frank provoziert worden. Auch den Trauerzug am 15.11.1939 wollte Frank als Vorwand für ein hartes Eingreifen nutzen. Vgl. Brandes, Die deutsche Reaktion, S. 214f.

denten wurden am 17. November erschossen und 1 200 verhaftete Studenten in das KZ Oranienburg deportiert.<sup>6</sup> Offiziell sollte die Schließung der tschechischen Hochschulen nur für drei Jahre erfolgen. Die Hochschulen blieben jedoch während der gesamten Zeit des Protektorats geschlossen.

An der Deutschen Karls-Universität wurde Wilhelm Saure Ende 1939 zum neuen Rektor und 1940 zum „Sonderbeauftragten des Reichsprotektors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen“ ernannt. Er entwarf 1941 die ersten konkreten Pläne zur Errichtung einer Reichsstiftung, die einerseits die „slawischen“ wissenschaftlichen Einrichtungen im Protektorat unter deutsche Leitung bringen, andererseits der Erforschung der Verhältnisse im Protektorat in wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Hinsicht dienen sollte. Für die Pläne einer Reichsstiftung in Prag interessierte sich auch Reinhard Heydrich, der am 27. September 1941 das Amt des Stellvertretenden Reichsprotektors übernommen hatte. Er unterstellte die geplante Stiftung der Amtsgruppe III B (Volkstum) des RSHA. Mit dem Aufbau der Reichsstiftung beauftragte Heydrich den Volkstumswissenschaftler Hans Joachim Beyer, der 1942 von Posen nach Prag gekommen war.

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* wurde im Juli 1942 durch eine Verordnung des Reichsprotektors gegründet, die Institute der Stiftung nahmen ihre Arbeit aber erst im Mai 1943 auf. Die materielle Basis für den Aufbau der einzelnen Institute bildeten die aufgelösten und der Stiftung eingegliederten tschechischen Institute. Die *Heydrich-Stiftung* bestand aus acht (seit 1944 aus neun) Instituten, die jeweils von einem oder zwei Direktoren geleitet wurden. Alle Direktoren der Stiftung lehrten auch an der Deutschen Karls-Universität, so dass eine enge Verbindung zwischen Stiftung und Universität bestand. Die Institute der Stiftung waren teilweise räumlich und personell identisch mit den gleichnamigen Universitätsinstituten. Die Stiftung betrieb in erster Linie Forschungsarbeiten, während die Universitätsinstitute hauptsächlich der Lehre dienten. Es ist nicht immer möglich, anhand der Quellen eine genaue Abgrenzung der Tätigkeit der Stiftungsinstitute und der Universitätsinstitute vorzunehmen, da hierfür die Angaben zu lückenhaft sind.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* zu untersuchen. Dabei steht als Hauptfrage im Vordergrund, inwieweit die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten im Sinne der deutschen Besatzungspolitik durchgeführt hat und ob die Ergebnisse dieser Arbeiten dem Fernziel, der Germanisierung der tschechischen Bevölkerung, dienen. Damit verbunden ist die Frage nach der Tätigkeit der *Heydrich-Stiftung* im Sinne des erklärten Ziels einer „Neutralisierung“, „Entpolitisierung“ und „Entnationalisierung“ der Tschechen. Im ersten Teil dieser Arbeit werden deshalb zunächst die Germanisierungspläne für das Protektorat dargestellt. Weiter stellt sich die Frage, ob die *Heydrich-Stiftung* auch für die Nahziele im Protektorat ihre Arbeit zur Verfügung stellte. Darüber hinaus ist zu klä-

6 Vgl. ebd., S. 216.

ren, ob die Stiftung mittelbar und unmittelbar auch kriegsrelevante Forschungsarbeiten durchführte.

Wie ist die *Heydrich-Stiftung* entstanden und wer war an ihrem Aufbau beteiligt? Die ersten Pläne zur Errichtung eines Ostforschungsinstituts in Prag sind Gegenstand des zweiten Teils meiner Arbeit. Der weitere Verlauf wird vor dem Hintergrund des Amtsantritts Heydrichs in Prag, seiner Hochschulpläne und seines Einflusses auf die Reichsstiftung skizziert. Welchen Einfluss übte Heydrich auf die personelle und strukturelle Form der Stiftung aus und wie stark war insgesamt der Einfluss der SS?

Im dritten Teil steht der Aufbau, Ziele und Zweck der Stiftung und die Bedeutung der tschechischen wissenschaftlichen Einrichtungen für die *Heydrich-Stiftung* im Zentrum der Betrachtung. Hier stellt sich die Frage nach der Kompetenzverteilung innerhalb der Stiftung. Wer leitete und koordinierte die Arbeit? Wie stark war die Einflussnahme von außen? Inwieweit wirkten die Behörde des Reichsprotectors und andere amtliche Stellen, wie der Sicherheitsdienst in Prag, auf die Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* ein? Um ein genaueres Bild von den Akteuren der Stiftung zu erhalten, werden die wichtigsten Persönlichkeiten ausführlicher dargestellt. Dabei interessierte insbesondere der jeweilige wissenschaftliche Werdegang, die Aktivitäten der Wissenschaftler vor ihrer Mitarbeit in der *Heydrich-Stiftung*, ihre Publikationen, die politische Positionierung und die wissenschaftstheoretischen Ansätze. Letztere sollen anhand des historischen Schrifttums abgeleitet werden. Nicht alle Institutsleiter der *Heydrich-Stiftung* werden berücksichtigt. Ausschlaggebend für die Auswahl war die Zugehörigkeit zum engeren Führungskreis der Stiftung, ihre Präsenz in den Quellen, die Kontakte zur Behörde des Reichsprotectors, die Publikationstätigkeiten und das persönliche Engagement in der Stiftung.

Anhand der zur Verfügung stehenden Quellen, wird die wissenschaftliche Arbeit der *Heydrich-Stiftung* analysiert. Dabei wird zu untersuchen sein, wie die Forschungsschwerpunkte der Stiftung aussahen, auf welche Bereiche sie sich bezogen und ob sich im Verlauf des Krieges die Prioritäten veränderten. Ferner wird zu klären sein, welche Institute im Forschungsbereich der Stiftung besonders hervortraten. Inwieweit der *Heydrich-Stiftung* im wissenschaftlichen Bereich Bedeutung zukam, soll anhand der Vortragstätigkeit ihrer Mitarbeiter untersucht werden. Dabei geht es sowohl um die Teilnahme einzelner Akteure an Tagungen und Konferenzen als auch um Veranstaltungen, die die *Heydrich-Stiftung* selber organisierte. Im Rahmen dieser Fragestellung erscheint es sinnvoll, die Veröffentlichungen der Stiftung zu untersuchen. Welche Zeitschriften wurden herausgegeben und wer arbeitete daran mit? Welche Verbindungen bestanden zwischen der *Heydrich-Stiftung* und anderen Institutionen und was lässt sich über eine eventuelle Kooperation sagen?

Abschließend wird die Situation der Stiftung am Ende des Krieges dargestellt, wobei der Frage nachgegangen wird, wie lange es den Instituten möglich war zu arbeiten und wie die letzten Forschungstätigkeiten aussahen?

Bei den Quellen die dieser Arbeit zugrunde liegen, handelt es sich um den Bestand des Reichsprotectorates im Staatlichen Zentralarchiv Prag und um unbearbeitete Quellen aus dem Bestand der Deutschen Universität in Prag des Archivs der Karls-Universität Prag. In erster Linie handelt es sich dabei um schriftliche Korrespondenz zwischen der Deutschen Karls-Universität und der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* mit der Behörde des Reichsprotectors, um Vermerke des wissenschaftlichen Leiters der Stiftung Hans Joachim Beyer, um Aktenvermerke des Reichsprotectorates, aber auch um Korrespondenzen zwischen dem SD-Leitabschnitt Prag, dem Reichsprotector und den zuständigen Behörden in Berlin. Die Quellen geben Auskunft über die Aufbauphase der *Heydrich-Stiftung* und ihre Organisationsstruktur. Über wichtige Planungsbesprechungen sind teilweise mehrere Vermerke vorhanden. Leider sind keine Schriftstücke vorhanden, die über die Finanzierung der *Heydrich-Stiftung* genaue Auskunft geben. Außerdem bieten die Quellen sehr unterschiedliche und teilweise nur sehr spärliche Informationen über die Arbeit der Institute. So lässt sich über die Tätigkeit einiger Institute der *Heydrich-Stiftung* nur sehr wenig sagen, wie z. B. über das *Institut für tschechische Sprache und Literatur*. Auch lässt sich die Arbeit der Institute über den gesamten Zeitraum der Existenz der *Heydrich-Stiftung* oftmals nur schwer nachzeichnen, da die Informationen, die die Quellen bieten, zu lückenhaft sind. Die Untersuchung wird sich daher auf einige Institute der *Heydrich-Stiftung* beschränken.

Eine wichtige Quelle über die Arbeit der Stiftung ist der Tätigkeitsbericht, den Beyer im Februar 1944 verfasste. Über Ziele und Forschungsinhalte der Stiftung gibt die Ansprache Karl Hermann Franks zur Eröffnung der *Heydrich-Stiftung* Auskunft. Als Quellengrundlage für die Darstellung der Germanisierungspläne dienen mir die Quelleneditionen über die Besatzungspolitik in der Periode des Reichsprotectors von Neurath<sup>7</sup> und der Zeit Heydrichs.<sup>8</sup>

In der Literatur finden sich nur wenige Hinweise und Informationen über die Existenz und Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*, wobei auf große Unterschiede zwischen der westeuropäischen Forschung und der Forschung in der DDR hinzuweisen ist. Gerda Voigts Arbeit über „faschistische ‚Neuordnungspläne‘“ und den Anteil der deutschen Universität in Prag an der „Volkstumspolitik“ im Protectorat, untersucht auch die Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* und stützt sich hauptsächlich auf Quellen des Staatsarchivs in Prag.<sup>9</sup> Voigt gibt einen guten Einblick in die Tätigkeit der Stiftung, legt aber zu viel Gewicht auf die gegen die Sowjetunion gerichtete Forschung der Stiftung, die zweifelsfrei betrieben wurde, aber erst im Verlaufe

7 Anatomie okupační politiky. Hg. von Kárný/Milotová/Moravcová.

8 Deutsche Politik im „Protectorat“. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná.

9 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“.

des Jahres 1944 begann. In die gegen den „Bolschewismus“ gerichtete Forschung waren andere Institutionen wesentlich stärker und früher eingebunden. In Voigts Darstellung der bruchlos vollzogenen Weiterbeschäftigung fast aller Institutsleiter der *Heydrich-Stiftung* nach 1945 in der Bundesrepublik fehlt Eduard Winter, ein Institutsleiter in der *Heydrich-Stiftung*, der später in der DDR als Kirchenhistoriker Karriere machte.

Eine weitere frühe Arbeit über die *Heydrich-Stiftung* stammt von Karel Fremund, der 1964 in der tschechischen Zeitschrift „Sborník archivních prací“ einen Artikel unter dem Titel „Heydrichova nadace – důležitý nástroj nacistické vyhlazovací politiky“<sup>10</sup> (Die Heydrich-Stiftung – ein wichtiges Instrument der nazistischen Vernichtungspolitik) veröffentlichte, dem ein umfangreicher Dokumentenanhang beigelegt ist.<sup>11</sup>

Ein jüngerer und sehr gut recherchierter Beitrag ist der Aufsatz von Karl Heinz Roth, der sich mit Hans Joachim Beyer beschäftigt und sich auch der Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* widmet.<sup>12</sup> Über die Rassenforschung an der Deutschen Karls-Universität und in der *Heydrich-Stiftung* liegt ein sehr guter Aufsatz von Alena Míšková vor.<sup>13</sup> Michael Fahlbusch erwähnt die *Heydrich-Stiftung* in seinem umfangreichen Buch über die *Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften* (VFG) im Zusammenhang mit den Zentralisierungsbestrebungen der SS im Bereich der Volkstumsforschung.<sup>14</sup> Als Übersicht über die gesamte Besatzungspolitik im Protektorat dienen mir die Arbeiten von Detlef Brandes.<sup>15</sup>

Die vorliegende Arbeit versteht sich auch als ein Beitrag zur Untersuchung der Rolle der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Die Erforschung der Wissenschaftsgeschichte und des Wissenschaftssystems des Dritten Reiches wurde gerade in jüngster Zeit Gegenstand einiger Arbeiten.<sup>16</sup> Untersuchungen, die sich speziell mit dem Bereich der Ostforschung

10 Fremund, *Heydrichova nadace*.

11 Dieser Artikel wurde 1965 in der Zeitschrift „Informationen über die imperialistische Ostforschung“ in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Die deutsche Fassung weicht etwas vom Originaltext ab, sie wurde geringfügig ergänzt und die Anzahl der Dokumente reduziert. Vgl. Fremund, Karel, *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung*.

12 Roth beschreibt die Bestrebungen der SS die Volkskundliche Forschung an sich zu reißen, erläutert Beyers Beitrag zur Radikalisierung dieses Wissenschaftsbereichs und zeigt die Verbindungslinien zwischen Wissenschaft und den nationalsozialistischen Expansionsplänen auf. Vgl. Roth, Heydrichs Professor.

13 Vgl. Míšková, Rassenforschung und Oststudien. Doc. PhDr. Alena Míšková vom Institut mezinárodních studií gebührt mein allergrößter Dank für die Hilfe und Betreuung bei dieser Arbeit.

14 Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*.

15 Vgl. Brandes, *Protektorat I+II*.

16 Vgl. Aly/Heim, *Vordenker der Vernichtung*; Fahlbusch, *Wissenschaft*; speziell für die Geschichtswissenschaft: Schulze/Oexle, *Deutsche Historiker*; Schönwälder, *Historiker und Politik*; Schöttler, *Geschichtsschreibung*; Hausmann, „*Deutsche Geisteswissenschaft*“; Oberkrome, *Volksgeschichte*; Als ältere Studien seien hier genannt: Faulenbach, *Geschichtswissenschaft in Deutschland*; Tröger, *Hochschule und Wissenschaft*; Lundgreen, *Wissenschaft im Dritten Reich*.

im Nationalsozialismus auseinandersetzen, wurden zuerst in der tschechoslowakischen und in der DDR-Geschichtswissenschaft durchgeführt.<sup>17</sup> Auf westdeutscher Seite beleuchtete in den sechziger Jahren Werner Philipp die Rolle der Ostwissenschaften im Nationalsozialismus.<sup>18</sup> Die erste umfangreiche Monographie über die Deutsche Ostforschung im Dritten Reich stammt von dem englischen Historiker Michael Burleigh.<sup>19</sup> Eine weitere wichtige Arbeit zu diesem Thema lieferte Gerhard Volkmer.<sup>20</sup> Der Begriff „Ostforschung“ ist nicht gleichzusetzen mit dem Fach der „Osteuropäischen Geschichte“. Die Ostforschung war ein interdisziplinärer bzw. multidisziplinärer Forschungsbereich, der Geschichtswissenschaft, Volkskunde, Sprachwissenschaft, Ökonomie, Geographie und Soziologie umfasste, wie auch am Beispiel der *Heydrich-Stiftung* deutlich wird. Die Ostforschung entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg zu einem volkstums geschichtlichen und deutschumszentrierten Forschungszweig, der politischen Revisionsinteressen zuarbeitete und der Förderung der deutschen Minderheiten im Ausland diente. Ihr Aufstieg war untrennbar mit der „Etablierung völkischer Denkfiguren in der geheimen Revisionspolitik der Weimarer Republik verbunden.“<sup>21</sup> Es wurden zahlreiche selbständige Institutionen im Bereich der Ostforschung gegründet, die von der Wirtschaft und von politischen Stellen unterstützt wurden. Als Beispiele seien Das *Osteuropa-Institut* in Breslau (gegründet 1918), die *Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung* in Leipzig (1926)<sup>22</sup>, das *Institut für Grenz- und Auslandsstudien* in Berlin (1926), das *Süd-Ost-Institut* in München (1930) genannt.<sup>23</sup> Mit der Gründung der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG) 1931 entstand ein Forschungsverbund, der sich in sechs regional getrennte Forschungsgemeinschaften gliederte und dem etwa 1 000 Mitarbeiter angehörten. Die Volkstumsforschung als Wissenschaftsdisziplin war bereits in der Weimarer Republik entwickelt worden, die institutionelle und universitäre Verankerung einer völkischen Wissenschaft setzte erst in den dreißiger Jahren ein.

- 17 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace; Siebert, Die Ostforschung; ders., Entstehung und Struktur; Goguel, Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaften; ders., Deutsche Wissenschaftler; Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“; Kalisch/Voigt, „Reichsuniversität Posen“.
- 18 Vgl. Philipp, Nationalsozialismus und Ostwissenschaften.
- 19 Vgl. Burleigh, Germany turns Eastwards. Die Reinhard-Heydrich-Stiftung wird von Burleigh mit dem Hinweis erwähnt, dass über diese Institution fast nichts bekannt sei. Vgl. ebd., S. 297. Zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung von Burleighs Buch waren die tschechoslowakischen Archive für Wissenschaftler aus dem Westen nur schwer zugänglich.
- 20 Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa.
- 21 Haar, Deutsche „Ostforschung“, S. 485. Vgl. Kleßmann, Osteuropaforschung, S. 350; Kuebart, Entwicklung der Osteuropaforschung, S. 667f.; Schönwälder, Historiker und Politik, S. 35 ff.
- 22 Vgl. Fahlbusch, „Wo der deutsche ... ist“.
- 23 Vgl. Kleßmann, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik, S. 356; Burleigh, Germany turns Eastwards, S. 22–32.

Die SS versuchte seit Mitte der dreißiger Jahre verstärkt Einfluss auf die Institutionen der Volkstumsforschung zu nehmen und engagierte sich auch im Hochschulbereich. Sie übte beispielsweise einen großen Einfluss auf die *Auslandswissenschaftliche Fakultät* in Berlin aus, und die *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* in Posen stand vollständig unter ihrer Kontrolle.



# I. Germanisierungspläne im Protektorat

## 1. Rahmenbedingungen

Nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren stellte sich die Frage nach der Behandlung der tschechischen Bevölkerung in diesem Raum. Eine von langer Hand geplante und sofort im März 1939 durchgesetzte Strategie in Bezug auf den Umgang und die weitere Behandlung der tschechischen Bevölkerung existierte anfangs noch nicht. Zudem spielten die internationale Lage und die Reaktionen der westlichen Mächte vor dem Ausbruch des Krieges für die Entscheidungen Hitlers noch eine Rolle, weshalb eine offen radikale Politik gegenüber den Tschechen zunächst vermieden wurde.

Im Gegensatz zu früheren Germanisierungskonzepten betrachteten die Nationalsozialisten die Germanisierung nicht als kulturell-sprachliches, sondern als rassisches Problem. Hitler wies auf die seiner Meinung nach verfehlten Germanisierungsversuche im früheren Österreich hin. Nicht die Germanisierung der Menschen, sondern die Germanisierung des Raumes sei der anzustrebende Weg. Dies setzte allerdings die Vertreibung der Bevölkerung und die Besiedelung des Raumes durch Deutsche voraus. Die Germanisierung konnte durch die physische Vernichtung der Bevölkerung, durch deren Aussiedlung oder durch die „Eindeutschung“ zumindest von Teilen der Bevölkerung erfolgen.<sup>24</sup> Die Möglichkeit der Eindeutschung von Menschen war für die Nationalsozialisten insofern von Interesse, als dadurch das deutsche Volkstum vergrößert werden konnte, um so den Mangel an deutschen Siedlern zu kompensieren.

Durch die Entfesselung des Krieges traten die außenpolitischen Rücksichtnahmen in den Hintergrund. Im Zuge der deutschen Eroberungen wurden die Germanisierungspläne weiterentwickelt und konkretisiert. Gewisse Einschränkungen ergaben sich nun allerdings durch die Kriegssituation.

Die militärischen Erfolge des Jahres 1940 schufen auch in Bezug auf das Protektorat neuen Raum für Perspektivplanungen. Untersucht werden sollen die Pläne, die sich mit volkstumpolitischen Fragen beschäftigten, mit dem Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen und vor allem mit den Germanisierungskonzepten.

## 2. Sudetendeutsche Konzepte

Schon vor dem Münchner Abkommen existierten in sudetendeutschen Kreisen Pläne, die sich mit einer „Neuordnung“ des böhmisch-mährischen Raumes beschäftigten. Ein häufig zitiertes Dokument, welches vor allem von

24 Němec, Nationalsozialistische Germanisierung S. 428.

tschechoslowakischen Historikern oft als ein „Aktionsprogramm“ der Sudetendeutschen Partei (SdP) bezeichnet wird, ist die sogenannte „Grundplanung O.A.“ aus dem Jahr 1938.<sup>25</sup> In diesem Schriftstück wurde der deutsche Anspruch auf die böhmischen Länder aus „tausendjährigen geschichtlichen Gegebenheiten“<sup>26</sup> abgeleitet. Gefordert wurde die restlose Eingliederung dieses Gebietes, also nicht nur des Sudetenlandes, in das Deutsche Reich. Das „Tschechentum“ könne nicht als „eigenständiges Volkstum“ angesehen werden. Eine deutschfeindliche Propaganda habe die Tschechen im 19. Jahrhundert dem „deutschen Lebenskreis“ entfremdet. Das Fernziel müsse sein: „Zertrümmerung des tschechischen Nationalbewusstseins, Durchsiedlung des bisherigen tschechischen Sprachgebiets mit Deutschen, Überführung [...] des tschechischen Volksbestandes in einen unlösbaren geistigen und physischen Zusammenhang mit Deutschland.“<sup>27</sup> Die Kampfhandlungen im „tschechischen Volksgebiet“ seien im Sinne des „totalen Krieges“ zu führen. Das tschechische Schul- und Bildungssystem solle liquidiert und die deutschen Ortsbezeichnungen aus dem 19. Jahrhundert wieder eingeführt werden. Alle Maßnahmen stünden unter dem Gesichtspunkt, dass „breite Schichten des Tschechentums in außerböhmische Gebiete verpflanzt werden sollen und eine Einwanderung breiter deutscher Volksschichten [...] in tschechische Gebiete zu fördern“ sei. Eheschließungen zwischen Deutschen und Tschechen seien bei Sicherstellung der deutschen Erziehung nicht zu behindern.<sup>28</sup> Da das Dokument weder datiert noch unterschrieben ist, ist seine Bedeutung umstritten. Auf sudetendeutscher Seite entstanden viele Schriften, die sich mit der Behandlung der Tschechen beschäftigten. Volker Zimmermann weist darauf hin, dass die sogenannte „Grundplanung O.A.“ Vorschläge enthalte, die den Auffassungen sudetendeutscher Nationalsozialisten widersprächen, z. B. das Einverständnis der deutsch-tschechischen Eheschließung, welches im Gegensatz zu Henleins propagierter Trennung von Tschechen und Deutschen stünde.<sup>29</sup>

In einem weiteren ebenfalls undatierten Memorandum aus dem Stab von Konrad Henlein werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten diskutiert, wie der „tschechische Reststaat“ in Zukunft zu gestalten sei. Es kommt zu dem Schluss, dass nur eine vollständige Einbeziehung in das Deutsche Reich eine „deutschfeindliche Funktion des tschechischen Gebietes“ verhindern könne.<sup>30</sup> Die Ansichten der sudetendeutschen Funktionäre deckten sich größtenteils mit den reichsdeutschen Plänen, was die Zukunft des böhmisch-

25 Abgedruckt in: Král (Hg.), *Die Vergangenheit warnt*, Dok. Nr. 1, S. 27–38. Das Dokument ist weder datiert noch unterschrieben. Als vermuteten Zeitpunkt der Verfassung gibt Král den Zeitraum Mai–August 1938 an.

26 Ebd., S. 27.

27 Ebd., S. 29.

28 Ebd., S. 34 f.

29 Vgl. Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat*, S. 282 f.

30 Stab Konrad Henlein: *Zur Lösung der tschechischen Frage*. In: Král (Hg.), *Die Vergangenheit warnt*, Dok. Nr. 2, S. 40–43.

mährischen Raumes betraf. Es existierten also schon vor dem Anschluss der Sudetengebiete an das Deutsche Reich und der Zerschlagung der restlichen Tschechoslowakei Vorschläge und Konzepte, wie mit der tschechischen Bevölkerung zu verfahren sei und wie eine Germanisierung erreicht werden könne.

Im Sommer und Herbst des Jahres 1940 befassten sich verschiedene Stellen mit dem Protektorat und seiner zukünftigen Gestaltung. Dabei ging es einerseits um den weiteren Umgang mit der tschechischen Bevölkerung, andererseits um eine Aufteilung des Protektorates auf die Nachbargaue.<sup>31</sup> In einem Schreiben, vom Gaugrenzlandamt im Juli 1940 verfasst, wird darauf hingewiesen, dass die nach München vorgenommene Grenzziehung „landschaftlich, raumpolitisch, verkehrsmäßig und wirtschaftlich einheitliche Gebiete“ durchschneide.<sup>32</sup> Es wird empfohlen, einen Gau Böhmen zu bilden, der aber nicht den historischen Grenzen Böhmens entsprechen solle, da „die Fiktion von der Einheit der historischen Länder Böhmen und Mähren in jeder Hinsicht“ zu zerstören sei. Weil mit einer totalen Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung nicht gerechnet werden könne, müsse eine Verteilung der tschechischen Bevölkerung auf mehrere Gaugebiete herbeigeführt werden.<sup>33</sup>

Auch der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, legte einen Plan zur Neugestaltung des Protektorates vor. Er wollte Mähren an seinen Gau anschließen und hier mit der Germanisierung der tschechischen Bevölkerung beginnen. Die Schaffung sogenannter „deutscher Siedlungsbrücken“ durch die Verbindung der bestehenden Sprachinseln sollte den „slawischen Korridor“ abschnüren und schrittweise in „deutschen Siedlungsboden“ umwandeln. Durch eine fortlaufende „deutsche Volkstumsgrenze im Osten“ sollte das „böhmische Tschechentum vom großslawischen Raum“ abgeschnitten werden.<sup>34</sup> Es existierten noch andere Vorschläge, unter anderem die des Oberlandrates von Mährisch-Ostrau.<sup>35</sup> Der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotector, Ziemke, fasste die verschiedenen Entwürfe zusammen und bezeichnete als gemeinsame Grundlage aller Pläne die Forderung nach einer Neugestaltung des Sudetenlandes. Diese sei aber zwangsläufig

31 Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 127.

32 Gaugrenzlandamt: Vorschläge für eine Neugliederung des böhmisch-mährischen Raumes, 25.7.1940. In: Anatomie okupační politiky, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 97, S. 269–280, hier: S. 270.

33 Ebd., S. 272 f.

34 Hugo Jury, Die Germanisierung des mährischen Raumes, Sommer 1940. In: ebd., Dok. Nr. 98, S. 281–285, hier: S. 282 f.

35 Er bezog zu den verschiedenen Aufteilungsplänen Stellung und gab die Ansicht der Ostrauer Industriellen wieder, die eine Zusammenfassung von Ostrau, dem Karwiner Becken (Olsaland), Bielitz-Biala, Hultschin, den größeren Teilen des Regierungsbezirks Troppau und dem nordwestlichen Gebiet Mährens zu einem eigenständigen Gau anstrebten. Vgl. Schreiben des Oberlandrats von Mährisch-Ostrau an den Reichsprotector in Böhmen und Mähren, 6.9.1940. In: Král (Hg.), Die Vergangenheit warnt, Dok. Nr. 8, S. 78–82.

mit einer Umgestaltung des Protektorats verbunden und das Endziel, die „Verdeutschung des böhmisch-mährischen Raumes“, nur durch die Aufhebung des Protektorates zu verwirklichen.<sup>36</sup> Man hofft durch eine Verteilung der tschechischen Bevölkerung auf die einzelnen Gaue das tschechische Nationalbewusstsein zerstören zu können und dadurch bessere Voraussetzungen für die Germanisierung zu erreichen. Begründeten die Gauleiter ihre Pläne zur Aufteilung des Protektorates unter anderem auch mit der anvisierten Vernichtung des tschechischen Volkstums und den Germanisierungsplänen, so ist doch wohl als Hauptmotiv das Streben nach Machtzuwachs und stärkere Einflussnahme durch eine eventuelle Vergrößerung ihrer Gaue anzusehen.<sup>37</sup>

### 3. Die Denkschriften von Neuraths und Franks

Die Pläne zur Aufteilung des Protektorates alarmierten sofort den Reichsprotektor von Neurath und seinen Staatssekretär Frank. Beide konnten kein Interesse an einer Änderung des Protektoratsstatus haben. Sie verfassten jeweils eine Denkschrift, die sie an die Reichskanzlei sandten. Beide Schriften unterschieden sich im Ton, kamen aber betreffend der genannten Fernziele zu ähnlichen Ergebnissen. Neurath benannte das Endziel mit der „restlosen Eingliederung [des Raumes] in das Großdeutsche Reich“ und bezeichnete als volkspolitisches Ziel die „Füllung dieses Raumes mit deutschen Menschen.“<sup>38</sup> Frank nennt die „restlose Germanisierung von Raum und Menschen“ als Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren. Um dieses Ziel zu erreichen gebe es die Möglichkeit der „totalen Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren [...] und Besiedlung des freigewordenen Raumes mit Deutschen.“<sup>39</sup> Diese Maßnahme hielten sowohl Neurath als auch Frank für undurchführbar, weil nicht genügend deutsche Menschen vorhanden seien, um in absehbarer Zeit alle Räume zu füllen. Außerdem seien, nach Franks Überlegungen, Menschen „Reichskapital“ und man könne im „neuen Reich die Arbeitskraft von 7 Millionen Tschechen nicht entbehren.“<sup>40</sup> Es sei auch nicht notwendig, die Tschechen auszusiedeln, da das „rassische Bild der Tschechen für einen größeren Teil des tschechischen Volkes eine Assimilations- bzw. Umvolkungspolitik“ gestatte. Durch die

36 Ziemke über die Zukunft des Protektorats, 30.8.1940. In: Anatomie okupační politiky, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 95,4, S. 251–256, hier: S. 252.

37 Vgl. Brandes, Protektorat I., S. 128.

38 Neurath, Aufzeichnung über die Frage der zukünftigen Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes 31.8.1940. In: Anatomie okupační politiky, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 102, S. 293–302, hier: S. 293.

39 Frank, Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems und die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes, 28.8.1940. In: ebd., Dok. Nr. 103, S. 303–317, hier: S. 310f.

40 Ebd., S. 311.

„deutsch-tschechische Blutmischung“ sei das tschechische Volk befähigt worden, bedeutende zivilisatorische und kulturelle Leistungen hervorzubringen.<sup>41</sup> Neurath äußerte sich erstaunt über „die große Zahl von blondhaarigen Menschen mit intelligenten Gesichtern und guter Körperbildung.“ Es komme darauf an, durch „individuelle Zuchtwahl die rassenmäßig für die Germanisierung geeigneten Tschechen zu erhalten, andererseits die rassistisch unbrauchbaren oder reichsfeindlichen Elemente abzustößeln.“<sup>42</sup> Auch hier stimmte Frank mit Neurath überein. Neben der „Umvolkung der rassistisch geeigneten Tschechen“ strebte auch Frank die „Aussiedlung von rassistisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht, bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente“ an und ebenso die „Neubesiedlung des dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut.“<sup>43</sup> Beide Denkschriften setzten sich auch konkret mit den Aufteilungsplänen für das Protektorat auseinander. Frank nahm die Argumentationslinie einiger Gauleiter auf, die darauf hingewiesen hatten, das Protektorat sei unter dem Eindruck einer bestimmten, aber nicht mehr bestehenden politischen Situation errichtet worden. Der Krieg habe, so Frank, die Lage grundlegend verändert, ein gewisser Teil der außenpolitischen Rücksichtnahme sei nun weggefallen. Die Kriegssituation verhindere aber einen Angriff auf das tschechische Volkstum wegen „eventuell auftretender Störungen des Werkfriedens“ in der für das deutsche Reich wichtigen Kriegsindustrie im Protektorat.<sup>44</sup> Frank bediente sich der gleichen Argumente für die Aufrechterhaltung des Protektorats, mit denen die Gauleiter die Aufteilung forderten, d. h. die Zerstörung des tschechischen Volkstums. Für die Germanisierung des Raumes sei die einheitliche Verwaltung Böhmens und Mährens unerlässlich. Durch eine Aufteilung des „geschlossen siedelnden Volkskörpers“ auf die Reichsgaue würde der tschechische Widerstand wieder aufflammen. Eine erneute Politisierung wäre die Folge, weil Verwaltungsgrenzen ein einheitliches Volkstum nicht zerstören könnten. Hier verwies Frank auf die polnische Geschichte. Durch eine Teilung würde außerdem die deutsche Kraft zersplittert und das „vitale tschechische Volkstum“ könne mit den deutschen Teilkraften leichter fertig werden.<sup>45</sup> Auch Neurath betonte, dass im Volkstumskampf nichts abträglicher sei als eine schwankende Haltung und eine uneinheitliche Linie.

Frank zeichnete den Weg zu einer „echten Umvolkung“ vor: „Über eine systematisch durchgeführte politische Neutralisierung und Entpolitisierung muss man zunächst zu einer politischen (geistigen) und dann zu einer völkischen Assimilierung des tschechischen Volkes kommen, um schließlich die

41 Ebd., S. 304 ff.

42 Neurath, 31. 8. 1940, in: ebd., S. 296 f.

43 Frank, 28. 8. 1940, in: ebd., S. 311.

44 Ebd., S. 307.

45 Ebd., S. 309 f.

echte Umvolkung zu erreichen.“<sup>46</sup> Es wird zu untersuchen sein, inwieweit das Konzept der Entpolitisierung bzw. Neutralisierung in die Forschungsarbeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* Einzug fand und welche Funktionen sie innerhalb dieses Konzepts zu erfüllen hatte.

Frank erläutert in seiner Denkschrift seine Germanisierungspläne für die Arbeiterschaft, die Bauern, das Bürgertum und die Jugend. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Frank der Jugendarbeit. Unter diese Rubrik fielen die Abschaffung des tschechischen Schul- und Bildungssystems, die dauerhafte Schließung der tschechischen Hochschulen und die Arbeitsdienstplicht. Besonders hervorgehoben wurde das Ziel der „Ausrottung des tschechischen Geschichtsmythos.“<sup>47</sup>

#### 4. Der Beschluss zur „Umvolkung“ und die „völkische Bestandsaufnahme“

Hitler stimmte den Vorschlägen von Neuraths und Franks am 23. September 1940 zu. Obwohl er seine Abneigung gegenüber den Tschechen oft genug bekundet hatte, entschied er sich für diese eher pragmatische Herangehensweise. Aus der rassistheoretischen Sicht der Nationalsozialisten waren die Tschechen höher einzuschätzen als die anderen slawischen Völker Ost- und Ostmitteleuropas.<sup>48</sup> Hitler stimmte einer Germanisierung der Tschechen durch Assimilierung zu, verlangte aber, dass der „rassisch unbrauchbare und der reichsfeindliche Teil der Tschechen ausgeschieden bzw. einer Sonderbehandlung zugeführt“ werden solle.<sup>49</sup> Reinhard Heydrich unterstützte die Vorschläge Franks im Wesentlichen. Höchste Priorität hatte für ihn die „völkische Bestandsaufnahme“, um den Prozentsatz der „Eindeutschungsfähigen“ zu ermitteln. Die Frage, was mit den „Nichteindeutschungsfähigen“ – also den „Rest-Tschechen“ – geschehe, könne zur Zeit noch nicht beantwortet werden, man müsse sie erst einmal „bevölkerungspolitisch niederhalten“. Bis zu einer Entscheidung, wohin die „Rest-Tschechen“ gebracht werden könnten, solle das Protektorat beibehalten werden. Danach sei eine Aufteilung auf die benachbarten Gaue im Sinne einer „einheitlich gesteuerte[n] Besiedlung und Eindeutschung“ zweckmäßig.<sup>50</sup> Heydrich beauftragte alsbald das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) mit der Erstellung einer ersten Übersicht über die rassenpolitischen Verhältnisse im böhmisch-mähri-

46 Ebd., S. 312.

47 Ebd., S. 313.

48 Vgl. Mastný, *The Czechs under Nazi Rule*, S. 128.

49 Protokoll über die Besprechung beim Führer am 23. 9. 1940 in der Reichskanzlei in Berlin. In: *Anatomie okupační politiky*, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 109, S. 339–341, hier: S. 340f.

50 Heydrich an Frank. Aktenvermerk über Stellungnahme zu Franks Denkschrift, 14. 9. 1940. In: ebd., Dok. Nr. 108, S. 337–339. Vgl. auch Brandes, Detlef, *Protektorat*, I, S. 134.

schen Raum. In dieser Denkschrift des RuSHA wurden 45 Prozent der tschechischen Bevölkerung des Protektorats als vorwiegend „nordische, dinarische oder westische Menschen“ bezeichnet, wobei der Anteil der Sudetendeutschen an dieser „Rassengruppe“ nur bei 25 Prozent liege, da die Sudetenländer „durch ein Jahrhundert keine gesunde Blutzufuhr seitens des deutschen Mutterlandes“ erhalten hätten.<sup>51</sup>

Auch Frank bemühte sich um Informationen und Materialien über die „rassische Zusammensetzung“ der tschechischen Bevölkerung. Karl Valentin Müller, ein Soziologe und Sozialanthropologe, der später in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* eine wichtige Rolle spielen sollte, bereiste Böhmen und sammelte Material, dem Frank „erhebliche Bedeutung für das Schicksal für das böhmische und mährische Gebiet“<sup>52</sup> beimaß. Müller wies darauf hin, dass etwa die Hälfte der tschechischen Bevölkerung „deutschblütig“ sei.<sup>53</sup> Den in streng rassistischen Kategorien denkenden Nationalsozialisten bereiteten solche Erkenntnisse Kopfzerbrechen. Der Hinweis, bei der Germanisierung der Tschechen handele es sich ja eigentlich um eine „Rückdeutschung“, konnte da hilfreich sein.<sup>54</sup>

Im Amt des Reichsprotektors wurden dann am 30. November 1940 Vorschläge zur Vorbereitung der „Umvolkung“ ausgearbeitet. Auch hier wird die „Bestandsaufnahme des gesamten [...] Menschenmaterials“ als Grundvoraussetzung genannt. Als rassistisch wertvoll und eindeutlich galt derjenige, „bei dem oder in dessen Sippe slawische Rassenmerkmale nicht“ vorherrschten.<sup>55</sup> Der „wissenschaftliche(n) Erforschung der untergegangenen deutschen Gebiete, die in vergangenen Generationen eingetschecht wurden“ sei besondere Beachtung zu schenken. Die Wissenschaft sei zielmäßig damit zu beschäftigen. Später wird zu prüfen sein, inwieweit die Wissenschaft, insbesondere die *Reinhard-Heydrich-Stiftung*, mit dieser Aufgabe betraut wurde. Die vorgegebene Linie hieß auch hier: „Entpolitisierung und Beruhigung“. Der „nationale Gedanke“ der Tschechen sollte auf einen „folkloristischen Heimatgedanken“ reduziert werden. Die regionalistischen Tendenzen sollten gefördert werden, um so eine Aufspaltung des Tschechentums zu erreichen. Wissenschaftliche Forschung und Propaganda sollten das Besondere und Trennende herausstellen, um die verschiedenen Stämme und Volksgruppen gegeneinander auszuspielen. Die Propaganda für tschechische

51 Aus der Denkschrift über die rassenpolitischen Verhältnisse Böhmen und Mähren, verfasst von Walther König-Beyer im RuSHA auf Antrag Heydrichs, 23.10.1940. In: Král (Hg.), *Die Deutschen in der Tschechoslowakei*, Dok. Nr. 318 b, S. 423–424. Auf Heydrichs volkstumpolitische Pläne wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen.

52 Zit. nach: Mastný, *The Czechs under Nazi Rule*, S. 130.

53 Müller, *Deutschtum und Tschechentum*, S. 306.

54 Vgl. Mastný, *The Czechs under Nazi Rule*, S. 131 f.

55 Gruppe I 1 des Reichsprotektors: Vorschläge zur Vorbereitung der Germanisierung (Umvolkung) im Protektorat Böhmen und Mähren. 30.11.1940. In: Král (Hg.), *Die Vergangenheit warnt*, Dok. Nr. 17, S. 109–117, hier: S. 111 ff.

Nationalhelden (Hus, Jirásek, etc.) müsse unterbleiben.<sup>56</sup> Vom tschechischen Volk sollte nur eine historische Reliquie übrigbleiben.<sup>57</sup>

## 5. „Eindeutschungswürdigkeit“ contra „Eindeutschungsfähigkeit“

Über die Frage, wer assimiliert werden könnte und wie diese Assimilierung durchgeführt werden sollte, gab es unterschiedliche Auffassungen. In den Denkschriften von Neuraths und Franks wurde die „Umvolkung“ nur für jene Tschechen eingeplant, die als „rassisch geeignet“ erschienen. In den ausgearbeiteten Richtlinien des Reichsprotectorates wurde eine „rassische Bestandsaufnahme“ vorausgesetzt. Gegen diesen, der Rassenpolitik der SS entsprechenden Ansatz, regte sich vor allem in sudetendeutschen Kreisen Widerstand. Gaugrenzlandamtsleiter Künzel mahnte an, nur ein kleiner Teil der Tschechen sei „eindeutschbar“. Gerade die Tschechen mit einem „höheren deutschen Blutsanteil“ erwiesen sich als die schärfsten Gegner Deutschlands.<sup>58</sup> Für Künzel stellte das Verhalten der Tschechen gegenüber den (Sudeten-) Deutschen ein Maßstab für die „Eindeutschungswürdigkeit“ dar. Er machte darauf aufmerksam, dass in SS-Kreisen die Gefahr bestehe, die „rassische Wertung“ der „völkischen“ überzuordnen.<sup>59</sup> Die SS betonte hingegen den Grundsatz der „Eindeutschungsfähigkeit“, dem sich auch Heydrich verpflichtet fühlte. Er unterstrich die Notwendigkeit einer „völkischen Bestandsaufnahme“ zur Feststellung des Prozentsatzes, der „rein blutlich gesehen, [...] unabhängig von seiner Gesinnung, zur Eindeutschung in Frage“ komme.<sup>60</sup>

Als endgültigen Sieg für die Franksche und Heydrichsche Linie der „Umvolkungspolitik“ kann man die Anordnung Hitlers vom November 1941 werten, entgegen seinen ursprünglichen Plänen die Volkstumspolitik auf die Gauleiter der umliegenden Gaue zu übertragen, den Zuständigkeitsbereich des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF)<sup>61</sup> auch auf die Behörde des Reichsprotectors auszudehnen. Seit Oktober 1939 bekleidete Himmler das Amt des Reichskommissars und übertrug die diesbezüglichen Aufgaben für das Protectorat an den höheren SS- und Polizeiführer Frank. Für die Dauer seiner Tätigkeit als Stellvertretender Reichsprotector sollte Heydrich diese Aufgaben wahrnehmen.<sup>62</sup>

56 Ebd., S. 115f.

57 Vgl. Kárný, Die Rolle der Kollaboration, S. 150.

58 Zit. nach Zimmermann, Die Sudetendeutschen im NS-Staat, S. 292.

59 Vgl. Aus dem Bericht einer Besprechung im Stab des Hitler-Stellvertreters, 11.7.1940. In: Anatomie okupační politiky, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 96, S. 265–269, hier: S. 267.

60 Heydrich an Frank, 14.9.1940. In: ebd., Dok. Nr. 108, S. 338.

61 Vgl. zum RKF Koehl, RKFDV.

62 Vgl. Brandes, Protectorat I, S. 237.



## 6. Die Germanisierungspläne bis 1945

Die von Hitler genehmigte Grundlinie der Politik im Protektorat, welche die Assimilierung eines Großteils der Tschechen und die Ausschaltung des nicht „eindeutschbaren“ Teils beinhaltete, blieb bis zum Kriegsende im wesentlichen unverändert, wobei die Germanisierung des Raumes und der Menschen auf allen Ebenen betrieben wurde. Bei Eheschließungen zwischen deutschen Staats- und Protektoratsangehörigen wurde von den Heiratskandidaten neben der rassischen Prüfung die Zusage abverlangt, ihre Kinder auf deutsche Schulen zu schicken. Eine Stärkung der Position der Deutschen im Protektorat sollte durch Maßnahmen wie die Förderung der deutschen Hochschulen und den Ausbau des deutschen Schulwesens erreicht werden. Viele neue deutsche Volks-, Mittel- und Oberschulen entstanden bis 1944.

Durch den Aufbau deutscher Theater sollte die deutsche Position auch auf kultureller Ebene gestärkt werden. 1941 veranschlagte der Reichsprotektor bereits 9 Millionen Reichsmark zur „Förderung des deutschen Volkstums“, im Gegensatz zu 3 Millionen im Jahr 1939.<sup>63</sup> Die deutsche Sprache wurde im schriftlichen behördlichen Verkehr bevorzugt, alle öffentlichen Institutionen, Maß- und Geldeinheiten mussten zweisprachig sein, wobei Deutsch als erste Sprache aufgeführt werden musste. Die tschechischen Hochschulen wurden geschlossen, die Zahl der tschechischen Gymnasien wurde reduziert. Verschiedene Verbände und Vereine wurden aufgelöst, unter ihnen auch der tschechische Sokol-Turnverband.<sup>64</sup> Die Vorgehensweise der deutschen Besatzer wurde während der gesamten Existenz des Protektorats von äußeren Faktoren bestimmt. Die deutsche Kriegswirtschaft benötigte die materiellen Ressourcen des Protektorats, die Rüstungsindustrie und vor allem die tschechischen Arbeitskräfte. Da diese Abhängigkeiten während des Krieges eine offene, radikale und allzu aggressive Germanisierungspolitik verhinderten, beschränkte man sich auf vorbereitende Maßnahmen.

Im „Generalplan Ost“ wurde die „Tschechenfrage“ zunächst nicht angesprochen. In einem Kommentar zum „Generalplan Ost“ des rassenpolitischen Referenten im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete Erhard Wetzel wurde sie lediglich angeschnitten. Wetzel spricht von der Möglichkeit einer „Eindeutschung“ von ca. 50 Prozent der tschechischen Bevölkerung, der Auswanderung der tschechischen Intelligenz nach Übersee und der Aussiedlung von nicht „eindeutschungsfähigen“ Bauern und Handwerkern

63 Vgl. ebd., S. 161 ff.

64 Der Sokol- (Falke-) Verein wurde 1863 gegründet und war eine panslawistisch ausgerichtete Turn- und Sportvereinigung kleinbürgerlich-demokratischen Charakters, die von großer Bedeutung für die nationale Bewusstseinsbildung der Tschechen wurde. Vgl. Bosl (Hg.), Handbuch der böhmischen Länder, S. 86. Am 12. 4. 1941 wurde dem Sokol jede weitere Tätigkeit im Protektorat untersagt bevor er am 12. 10. 1941 schließlich verboten wurde. Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 144, 217.

in den „sibirischen Raum“.<sup>65</sup> Im Protektorat wurden bis Ende 1944 8 824 Deutsche angesiedelt, was im Vergleich zu anderen besetzten Gebieten eine relativ geringe Anzahl ist.<sup>66</sup>

65 Stellungnahme und Gedanken von Dr. Erhard Wetzel zum Generalplan Ost des Reichsführers SS, 27.4.1942. In: Madajczyk (Hg.), Generalplan Ost, Dok. Nr. 16, S. 50–81, hier: S. 75.

66 Vgl. Brandes, Protektorat II, S. 35.

## II. Die ersten Pläne zur Errichtung eines Ostinstituts in Prag

### 1. Die Entwürfe Wilhelm Saures

Ende 1939 wurde der Jurist Wilhelm Saure, als Nachfolger Ernst Ottos, zum neuen Rektor der Deutschen Karls-Universität ernannt. Der Agrarrechtler und SS-Oberführer Saure war von Göttingen nach Prag gekommen und entwickelte schon Anfang 1940 die ersten Entwürfe für eine Forschungseinrichtung, die sich speziell mit dem böhmisch-mährischen Raum und seiner Bevölkerung beschäftigen sollte. Saure, der in Prag auch als Repräsentant der Interessen des RuSHA agierte, maß der Erforschung des „deutschen Blutanteils“ in Böhmen und Mähren für die weiteren politischen Entscheidungen große Bedeutung bei.<sup>67</sup> Im Juli 1940 bereitete er eine zweitägige Arbeitstagung vor, die sich mit Fragen der Germanisierung der böhmischen Länder beschäftigen sollte. An dieser Tagung nahmen auch Professoren teil, die später in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* arbeiteten.<sup>68</sup>

Die von Saure geplante Reichsstiftung sollte den Einfluss und den direkten Zugriff der Deutschen Universität auf die „slawischen“ wissenschaftlichen Institute und Bibliotheken sichern.<sup>69</sup> Den ersten organisatorischen Schritt in diese Richtung unternahm Saure am 13. April 1940 mit einem Antrag an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust zur Genehmigung der Einrichtung der *Südosteuropäischen Forschungsgemeinschaft* an der Deutschen Karls-Universität in Prag. Unterstützt wurde Saure von Karl Hermann Frank und von Neurath. Dieser ernannte Saure am 5. September 1940 zu einem „Sonderbeauftragten des Reichsprotectors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen in Prag“.<sup>70</sup>

Die Planungen in Richtung eines Reichsstiftungsmodells konkretisierten sich im Frühjahr 1941. In einem Schreiben der Gruppe Unterricht und Kultus im Reichsprotectorat an Regierungsrat von Protz heißt es, dass „die Errichtung einer Reichsstiftung für deutsch-slawische Forschung im Protek-

67 Vgl. Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, II, 2, S. 106.

68 Verschiedene Professoren, die schon vor der Zerschlagung der Tschechoslowakei an der Deutschen Karls-Universität gelehrt hatten, bearbeiteten die wichtigsten Themen: Die Historiker Wilhelm Wostry, Heinz Zatschek, Josef Pfitzner und der Rechtshistoriker Wilhelm Weizsäcker. Von den neu nach Prag gekommenen Professoren wurde der Rassenforscher Karl Valentin Müller eingeplant. Vgl. dazu Šisler, „Slovanského Bádání“ v Praze, S. 261.

69 Hier ging es in erster Linie um die Slawische Bibliothek, das Slawische Institut, das Russische Historische Auslandsarchiv, das Russische Kulturhistorische Museum, das Ukrainische Historische Kabinett, das Ukrainische Befreiungsmuseum und das Kondakow Institut. Vgl. ebd., S. 270.

70 Vgl. ebd.

torat geplant“ sei und zwar „nach Analogie der Reichsstiftung für deutsche Ostforschung RGBl. I S. 116“. <sup>71</sup> Ein Ziel der neu zu gründenden Reichsstiftung in Prag war der Einbau sämtlicher „slawischer“ wissenschaftlicher Einrichtungen „in einer noch näher festzusetzenden Form.“ <sup>72</sup> Die wissenschaftliche Arbeit sollten Professoren der Deutschen Karls-Universität durchführen. In einem Entwurf Saures heißt es, Aufgabe und Zweck dieser Stiftung sei die „wissenschaftliche Erforschung der geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den verschiedenen slawischen Völkern. [...] Die zu erfüllenden Aufgaben liegen im Interesse aller beteiligten Völker, insbesondere des deutschen und des tschechischen Volkes.“ <sup>73</sup> Saure bezog sich oft auf die Posener Reichsstiftung, die so großzügig dotiert sei und die Aufgabe habe, „den im Osten gewonnenen Raum [...] wissenschaftlich zu erforschen“ und dadurch die „Arbeitsgrundlagen für den Aufbau im Osten zu schaffen.“ <sup>74</sup> In einem Brief Franks an Ministerialdirektor Mentzel im Reichserziehungsministerium (RMWEV) vom August 1941 weist Frank auf die dringlichste Aufgabe hin, die „slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen [...] unter deutsche Leitung zu stellen.“ <sup>75</sup> Diese wertvollen Einrichtungen hätten früher „reichsfeindlichen und panslawistischen Bestrebungen“ gedient und sollten nun nutzbar gemacht werden. <sup>76</sup> Diese Aufgabe solle in enger Verbindung mit der Deutschen Karls-Universität in Angriff genommen werden, da nur „deutsche Professoren die verschiedenen Institute, Zeitschriften usw. im deutschen Interesse führen“ könnten. <sup>77</sup> Die erwähnten Einrichtungen gehörten rechtlich größtenteils nicht zu der geschlossenen tschechischen Universität. Da sie aber die verschiedensten Rechtsformen aufwiesen, schien es nach Franks Ansicht am sinnvollsten, eine Stiftung zu errichten, in welche dann „die in Frage kommenden Institute nach und nach einbezogen werden“ könnten. Zur Finanzierung der ersten Aufgaben beantragte Frank eine Summe von 300 000 RM beim RMWEV. Für die weitere Arbeit der Stiftung seien

71 Schreiben der Gruppe Unterricht und Kultus im Reichsprotectorat an die Gruppe I 1, z. Hd. Regierungsrat von Protz vom 29. 3. 1941 (AUK, NU). Die Reichsstiftung für deutsche Ostforschung war am 3. März 1941 unter der Schirmherrschaft Görings in Posen gegründet worden. Sie stand in enger Verbindung zu der im April 1941 errichteten „Reichsuniversität Posen“ und war mit Hilfe beschlagnahmten polnischen Besitzes errichtet worden. Reichsstatthalter und Gauleiter des Warthelandes Greiser hatte die Gründung der Stiftung am 9. März 1941 in Lodz bekanntgegeben. Vgl. Kalisch/Voigt, „Reichsuniversität Posen“; Goguel, Deutsche Wissenschaftler, S. 90–132, Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 175 f.

72 Schreiben an Regierungsrat von Protz, 29. 3. 1941 (AUK, NU).

73 Entwurf Saures, o. D. (AUK, NU).

74 Vermerk Saures, 12. 3. 1941 (SÚA 114-207/2).

75 Entwurf eines Schreibens Franks an Ministerialdirektor Mentzel im RMWEV, August 1941, S. 1 (AUK, NU).

76 Vgl. Schreiben aus der Behörde des Reichsprotectors an den Reichsminister des Innern, Betr.: Reichsstiftung für Deutsch-slawische Forschung, 7. 8. 1941, S. 1 (SÚA 114-207/2).

77 Schreiben Franks an Mentzel, August 1941, S. 1 (AUK, NU).

Sachwerte in Aussicht gestellt.<sup>78</sup> Wahrscheinlich meinte Frank hier die Etatmittel der anzugliedernden „slawischen“ Einrichtungen und die Wertpapiere der Masaryk-Stiftung, die später zur Finanzierung herangezogen wurden.<sup>79</sup>

Parallel zu den Planungen einer Reichsstiftung sollte eine Neustrukturierung und Reformierung der Deutschen Karls-Universität und der Technischen Hochschule in Prag in Angriff genommen werden. Mit der Berufung neuer anerkannter Professoren auf Prager Lehrstühle wurde die Hoffnung auf eine Aufwärtsentwicklung der Universität verbunden. Die „slawischen“ bzw. ost- und südosteuropäischen Studien, die von verschiedenen NS-Instanzen mit großem Interesse beobachtet wurden, spielten auch für Saure eine sehr wichtige Rolle. Mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für den Um- und Aufbau dieses universitären Zweiges beauftragte Saure u. a. den Slawisten Gerhard Gesemann. Dieser präsentierte in einem Schreiben an Rektor Saure die Ausarbeitung seiner Vorschläge.<sup>80</sup> Gesemann regte an, das bisherige „slawische Seminar und Proseminar“ an der philosophischen Fakultät in ein „Institut für die Kunde Ost- und Südosteuropas“ umzuwandeln, dessen Direktor Gesemann selbst sein sollte. Die einzelnen Abteilungen der slawischen Seminare sollten nach „Einzelvölkern aufgeteilt und durch die große Klammer der Ost- und Südoststudien zusammengefaßt werden.“<sup>81</sup> Der amtierende Dekan der philosophischen Fakultät Gustav Becking leitete einen leicht ergänzten Antrag an das RMWEV weiter.<sup>82</sup> Am 23.10. wurde die Umbenennung des „slawischen Seminars“ genehmigt.<sup>83</sup> Ein wichtiger Aspekt bei dieser Umstrukturierung und Umbenennung war die Streichung des Wortes „slawisch“. Gesemann führte aus, dass diese Umgestaltung aus politischen und kulturpolitischen Gründen notwendig sei, da eine slawische Völker- und Kulturgemeinschaft, wie sie die alte deutsche und österreichische Slawistik vorausgesetzt habe, unerwünscht sei. Wolle man den Pan-slawismus wirksam bekämpfen, dürfe man diesem keinen Vorschub leisten, nicht einmal in der Bezeichnung einer Institution.<sup>84</sup> Auch Saure wies in einem Brief an Unterstaatssekretär Burgsdorff im Reichsprotektoramt auf die Bedenken bei der Verwendung des Begriffes „slawisch“ hin, die auch von verschiedenen Reichsressorts auf einer Sitzung über die geplante Reichsstiftung in Berlin geäußert wurden. Saure schlug als neutrale Bezeichnung „Reichsstiftung Prag“ oder „Prager Studienstiftung“ vor.<sup>85</sup> Über die Verwendung des Wortes „slawisch“ herrschte zunächst keine Einigkeit. Zu gewissen Bedenken im Reichsinnenministerium über den Gebrauch dieses Wortes im

78 Ebd., S. 2.

79 Vgl. Roth, Heydrichs Professor. S. 302.

80 Vgl. Schreiben Gesemanns an Saure am 6.9.1941 (AUK, NU).

81 Ebd., S. 1.

82 Vgl. Schreiben Beckings an das RMWEV, 13.10.1941 (AUK, NU).

83 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 21.

84 Vgl. Schreiben Gesemanns an Saure am 6.9.1941, S. 1 (AUK, NU).

85 Vgl. Saure an Burgsdorff, 4.11.1941 (AUK, NU).

Zusammenhang mit der Stiftung hieß es im Amt des Reichsprotektors, dass die Beibehaltung dieses Begriffs eine Überführung der tschechischen Wissenschaftseinrichtungen in die Reichsstiftung propagandistisch und psychologisch erleichtern könne. Außerdem genieße die deutsche Slawistik in Prag einen guten Ruf im Ausland, so dass man mit dem Wort „slawisch“ an dieses internationale Ansehen anknüpfen könne. Ferner wolle man mit der Stiftung einen Beitrag zur Bekämpfung des Panslawismus leisten, indem die Unterschiede der slawischen Völker herausgestellt werden sollten. Auch für diese Aufgabe könne man bei der Bezeichnung „deutsch-slawische Forschung“ bleiben.<sup>86</sup> Auf einer Besprechung im RMWEV einigten sich die Vertreter aus den verschiedenen Behörden auf den Namen *Reichsstiftung für slawische Forschung*.<sup>87</sup>

Über die Pläne zu Errichtung einer Reichsstiftung war Gesemann anscheinend informiert. Er schlug vor, das von ihm geplante neue Institut mit den Instituten und Seminaren, die sich ebenfalls mit dem europäischen Osten und Südosten beschäftigten, in der Prager Stiftung arbeitsmäßig zu verbinden.<sup>88</sup> Seiner Ansicht nach werde man die Universität im Vergleich mit den anderen reichsdeutschen Ost- und Südostuniversitäten gerade an dem von ihm vorgeschlagenen Kerninstitut messen. Aus dieser großen Bedeutung heraus ziehe auch die geplante Stiftung Berechtigung und Kraft, „ordnend und führend in das geistige Leben des böhmisch-mährischen Raumes [...] einzugreifen, was doch der letzte Sinn der erhofften Stiftung und zugleich der Sinn unserer hiesigen kulturpolitischen Aufgabe überhaupt“ sei.<sup>89</sup> Die geplante Stiftung sollte in Gesemanns Verständnis eine weitaus größere Aufgabe übernehmen als nur die Verwaltung der slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen oder die Koordinierung der Studiengänge, die sich mit Ost- bzw. Südosteuropa beschäftigten.

Wilhelm Saure hatte im Oktober 1941 sowohl Pläne für die einzelnen Institute der Stiftung als auch einen Satzungsentwurf ausgearbeitet. Warum kam es also nicht schon während seiner Amtszeit zu einer Realisierung des Projektes Reichsstiftung? Aufschlussreich ist ein Schreiben vom 24. Juli 1942 von SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD-Leitabschnitt Prag an SS-Obersturmbannführer Gies, den persönlichen Sekretär Franks. Dort heißt es, SS-Oberführer Saure sei mit großen Hoffnungen und einem großen Vertrauensvorschuss in seinem neuen Amt als Universitätsrektor empfangen worden,

86 Vgl. Reichsprotektoramt an Reichsinnenministerium, 7.8.1941, S. 1f. (SÚA 114-207/2).

87 Vgl. Vermerk von Boths über die Besprechung im RMWEV am 9.9.1941 über die „Reichsstiftung für deutsch-slawische Forschung“, 10.9.1941, S. 2 (SÚA 114-207/2).

88 Als Beispiele nannte er das Seminar für Byzantinisch und Neugriechisch, das Seminar für die Kunde der baltischen Sprachen und Völker und die Ost- und Südostabteilung des Seminars für Volksforschung. Vgl. Gesemann an Saure am 6.9. 1941, S. 2 (AUK, NU).

89 Ebd., S. 2f.

habe aber „im Laufe der folgenden Semester allgemein enttäuscht und entgegen den Erwartungen nicht eine Aufwärtsentwicklung der Universität in die Wege zu leiten vermocht.“<sup>90</sup> Im folgenden listet Jacobi die Mängel Saures in seiner Funktion als Rektor der Universität auf. Saure habe ein „übertriebenes persönliches Geltungsbedürfnis“ gehabt, eine „politische Linie mit klar umrissenem Aufbauwillen für die älteste deutsche Universität Prag“ vermissen lassen und sei hauptsächlich um eine „bevorzugte Ausweitung seiner eigenen Lehrdisziplin, das Bodenrecht, besorgt“ gewesen. Ferner habe er es zugelassen, dass die „besten und raumerfahrensten Hochschullehrer (Zatschek, Weizsäcker, Swoboda) in innerer Verbitterung Prag den Rücken kehrten und an andere Hochschulen (vor allem nach Wien)“ gegangen seien. Jacobi kritisierte Saures Personalpolitik weiter, indem er ihm vorwarf, er habe sich in seiner Arbeit auf „mit Vorbehalten aufzunehmende Dekane (vor allem den aus der Tschechenzeit als judenfreundlich und liberal bekannten Dekan der Philosophischen Fakultät Prof. Becking)“ gestützt, was ihm eine Verärgerung der „völkisch sauberen Kräfte in Hochschule und Studentenschaft“ eingebracht habe.<sup>91</sup> Saures Pläne für die Errichtung einer Reichsstiftung fanden in dem Brief keine Erwähnung.

Es gab aber noch andere entscheidende Gründe für die verhinderte Realisierung von Saures Plänen und für sein Ausscheiden aus dem Amt des Rektors, die mit der Ankunft des RSHA-Chefs Reinhard Heydrich am 27. September 1941 zusammenhingen, der nun das Amt des Stellvertretenden Reichsprotektors in Böhmen und Mähren bekleidete. Heydrich zeigte von Anfang an großes Interesse an der Universität und ihrer Ausgestaltung und ebenso an den Plänen zur Reichsstiftung. Ihm ging es aber auch um die Durchsetzung der Interessen seiner Behörde. Heydrich sah die Chance, sich das Stiftungsmodell zu eigen zu machen und die Konkurrenz der anderen SS-Ämter abzuschütteln. Die Ämter VI (Ausland) und VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) des RSHA betrieben das *Wannsee-Institut*<sup>92</sup> und das *Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut* in Berlin. In Prag sollte nun die Amtsgruppe III B (Volkstum) unter der Leitung des Rassehygienikers Hans Ehlich zum Zuge kommen. Nach Absprachen des SD-Leitabschnitts Prag mit der RSHA-Zentrale wurde die Reichsstiftung, die sich noch im Planungsstadium befand, Ehlichs Amtsgruppe unterstellt.<sup>93</sup> Anfang Februar 1942 holte Heydrich den Volkstumswissenschaftler Hans Joachim Beyer nach Prag. Dieser war SD-Mitarbeiter und beriet Ehlichs Amtsgruppe in volkstumpolitischen Fragen. Für Beyer wurde ein Ordinariat in der Philosophischen Fakultät beantragt. Er handelte in enger Zusammenarbeit mit

90 Jacobi an Gies, Betr.: Saure, 24. 7. 1942, S. 1 (SÚA 110-4/143).

91 Ebd., S. 2.

92 In den Räumen des Wannsee-Instituts fand im Januar 1942 die Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ statt. Vgl. Volkmer, *Deutsche Forschung zu Osteuropa*, S. 147.

93 Vgl. Roth, *Heydrichs Professor*, S. 298.

dem SD und mit Heydrich und sollte wesentlichen Einfluss auf die Universität und die geplante Stiftung erhalten. Nach dieser offenkundigen Einschränkung seines Einflusses bat Saure Heydrich um seine Entlassung und bewarb sich zum Fronteinsatz in der Waffen-SS. Saure ging später nach Bratislava und eröffnete dort ein *Deutsches wissenschaftliches Institut*.<sup>94</sup>

## 2. Heydrich in Prag

Am 27. September 1941 kam der SS-Obergruppenführer und Chef des RSHA, Reinhard Heydrich, nach Prag und übernahm das Amt des Stellvertretenden Reichsprotektors, in Vertretung des angeblich erkrankten Neurath.<sup>95</sup> Vermehrte Streiks und Sabotage, die Zunahme des tschechischen Widerstandes und ein kurzfristiger Boykott der Protektoratspresse veranlassten Hitler, den in radikaleren Kreisen in Prag und Berlin umstrittenen Neurath abzusetzen und Heydrich mit der Wahrnehmung seiner Geschäfte zu beauftragen.<sup>96</sup> Heydrich sollte eine härtere Gangart einschlagen und den Widerstand wirkungsvoll bekämpfen. Unmittelbar nach seiner Ankunft verhängte Heydrich den Ausnahmezustand, der bis zum 29. November aufrecht erhalten wurde. In dieser Zeit wurden 404 Personen erschossen, bis Mai 1942 kamen weitere 33 hinzu.<sup>97</sup> Bis Februar 1942 ließ Heydrich nach eigenen Angaben 4 000–5 000 Menschen verhaften.<sup>98</sup> Unmittelbar nach Heydrichs Amtsantritt in Prag begann die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung des Protektorats. 5 000 tschechische Juden wurden nach Lodz (Łódź) deportiert. Heydrich wählte Theresienstadt als „Übergangslager“, in dem 50–60 000 Juden zunächst „untergebracht“ und von dort aus später in die Vernichtungslager gebracht werden sollten.<sup>99</sup>

Die Grundzüge seiner geplanten Politik im Protektorat umriss Heydrich in einer geheimen Antrittsrede am 2. Oktober 1941 vor den leitenden Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden im Czerninpalais in Prag. Die Grundlinie sei, dass „dieser Raum einmal deutsch werden muss, und dass der

94 Gerda Voigt nennt neben der Sonderstellung Beyers auch eine Beschwerde des seit Ende 1939 an der Deutschen Universität wirkenden Hermann Raschhofer über Saure bei Frank als zusätzlichen Grund für dessen Ausscheiden aus dem Amt. Vgl. Voigt, *Faschistische „Neuordnungspläne“*, S. 169.

95 Vgl. Brandes, *Protektorat I*, S. 207.

96 Über die Hintergründe der Absetzung Neuraths und der Einsetzung Heydrichs vgl. ebd., S. 207–209; Schmoller, *Heydrich im Protektorat*, S. 626–634.

97 Vgl. Brandes, *Protektorat I*, S. 212.

98 Rede Heydrichs vor den leitenden Funktionären der Protektoratsverwaltung über die Bilanz seiner bisherigen Politik im Protektorat am 4.2.1942. In: *Deutsche Politik im „Protektorat“*. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 77, S. 221–234, hier: S. 223.

99 Vgl. Notizen aus einer Besprechung bei Heydrich über künftige Planungen im Protektorat am 17.10.1941. In: ebd., Dok. Nr. 33, S. 147–157, hier: S. 150, vgl. auch Mastný, *The Czechs under Nazi Rule*, S. 191.



Tscheche in diesem Raum letzten Endes nichts mehr verloren“ habe. Heydrich unterschied zwischen einer „kriegsmässigen Nahaufgabe“ und einer „weitsichtigen Endaufgabe“. Die „Nahaufgabe“ bestand in der Herstellung und dauerhaften Aufrechterhaltung der Ruhe im Protektorat, damit „der tschechische Arbeiter für die deutsche Kriegsleistung hier vollgültig seine Arbeitskraft“ einsetzen könne. Dazu gehöre einerseits, dass die Arbeiter „das an Fressen“ bekämen, was sie zur Erfüllung ihrer Arbeit bräuchten, andererseits müsse gezeigt werden, wer „Herr im Hause“ sei.<sup>100</sup> Zu den „Nahaufgaben“ zählten die Bekämpfung des Widerstandes im Protektorat, Terrormaßnahmen zur Einschüchterung der tschechischen Bevölkerung, die Entmachtung der Protektoratsregierung durch die Verhaftung und Verurteilung von Ministerpräsident Eliáš zum Tod und sozialpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Fett- und Tabakrationen für die tschechischen Arbeiter in der Rüstungsindustrie.<sup>101</sup> Heydrichs Endziel war die vollständige Germanisierung des tschechischen Raumes, der einmal „endgültig deutsch besiedelt werden“ müsse. Sein Plan sei es nicht, „nach alter Methode [...] dieses Tschechengesindel deutsch zu machen“, sondern man müsse, „um zu übersehen, was von diesen Menschen in diesem Raum eindeutbar ist, [...] eine Bestandsaufnahme [...] in rassisch-völkischer Beziehung“ vornehmen. Die ins Visier genommene Bevölkerung setzte sich seiner Meinung nach aus verschiedenen Gruppen zusammen. Die einen seien „gutrasig und gutgesinnt“, sie könne man leicht „eindeutschen“, die anderen seien „schlechtrassig und schlechtgesinnt“, sie müsse man in Richtung Osten abschieben. Den Kern der „rassisch-völkischen Bestandsaufnahme“ bildete aber eine sogenannte „Mittelschicht“. Diese setze sich aus „schlechtrassig Gutgesinnte(n)“ und „gutrasig Schlechtgesinnte(n)“ zusammen. Die erste Gruppe könne „irgendwo im Reich“ eingesetzt werden, unter der Prämisse, dass sie keine Kinder mehr bekommen dürften. Die zweite Gruppe sei am gefährlichsten, weil sie die „gutrassige Führerschicht“ bilde. Bei einem Teil dieser Gruppe sollte versucht werden sie in einer „rein deutschen Umgebung anzusiedeln, einzudeutschen und gesinnungsmässig zu erziehen oder, wenn das nicht geht, sie endgültig an die Wand zu stellen.“<sup>102</sup> Über die Methoden dieser „Untersuchungen“ herrschte anfangs noch Unklarheit.

100 Heydrichs Antrittsrede vor leitenden Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden am 2.10.1941 im Czernin-Palais. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/MilotoVá/Kárná, Dok. Nr. 22, S. 107–122, hier: S. 115 f.

101 Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 211. Die von Heydrich ergriffenen sozialpolitischen Maßnahmen werden oft als geschickter Schachzug Heydrichs dargestellt. Heydrich selbst bemühte sich seine Politik als außerordentlich erfolgreich darzustellen, indem er die Lage im Protektorat zum Zeitpunkt seines Amtsantritts als sehr viel schlechter darstellte als sie wirklich war. Günther Deschner verfällt in seiner Heydrich-Biographie zu sehr der Selbstinszenierung und Propaganda Heydrichs. Vgl. Deschner, Reinhard Heydrich, S. 233 f.; vgl. die Gegenposition in Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/MilotoVá/Kárná S. 12, 56 ff.

102 Heydrichs Antrittsrede, 2.10.1941. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/MilotoVá/Kárná, Dok. Nr. 22, S. 118 f.

Durch die Ausgabe von Kennkarten in Verbindung mit einem Fragebogen, der über bestimmte äußerliche Merkmale informieren sollte, hoffte man, eine „gewisse oberflächliche Siebung durchzuführen“.<sup>103</sup> Ferner wurden Röntgenuntersuchungen (als Tuberkulose-Untersuchung getarnt) an tschechischen Schülern vorgenommen und der „Arbeitseinsatz“ für tschechische Jugendliche im Reich geplant, wo sie auf ihre „Eindeutschbarkeit“ überprüft werden sollten.<sup>104</sup> Heydrich wies darauf hin, dass „der Führer entscheiden“ werde, wann die Zeit da sei, die Fernzielplanungen in die Tat umzusetzen, dass man aber schon Pläne und „Rohmaterialien“ zusammentragen könne, um einen „Grundstock für Volkstumsdinge legen zu können.“ Propagandistisch sei es sinnvoll, an die Wenzeltradition anzuknüpfen. Wenzel habe erkannt, dass das tschechische Volk nur mit dem deutschen Raum leben könne. Durch die Verehrung Wenzels, so Heydrich, dokumentierten die Tschechen, dass dieser mit seiner Anlehnung an die Deutschen Recht gehabt habe. Dies könne man geschichtlich ausnutzen.<sup>105</sup> Heydrichs Konzept unterschied sich nicht von den Plänen Neuraths und Franks, wie sie sie in ihren Denkschriften 1940 formuliert hatten.

#### Heydrichs Hochschulpläne

Für die volkstumpolitischen Ambitionen Heydrichs spielte die Deutsche Universität in Prag eine wichtige Rolle. In seiner Heydrich-Biographie bezeichnet Günther Deschner die deutsche Universität in Prag als das „besondere Hätschelkind des Protektors.“<sup>106</sup> Die „weltanschauliche, gesamtpolitische Ausrichtung“ stellte für Heydrich das „Grundelement und das alle Fächer Vereinende“ der Universität dar.<sup>107</sup> Die Deutsche Karls-Universität in Prag sollte ihren Beitrag zur Verwirklichung von Heydrichs volkstumpolitischen Zielen leisten. Die „politischen Aufgaben“ der Universität formulierte Heydrich folgendermaßen:

- „1) Erforschung der Gegebenheiten des Raumes Böhmen und Mähren sowie seines Vorgeländes (gegenwärtiger Zustand und geschichtliche Entwicklung, also vorwiegend ‚statische‘ Betrachtungsweise).
- 2) Erforschung des zukünftigen Zustandes des Protektorates und der Wege zu ihm. (Mittelpunkt: Tschechenfrage, Regermanisierungsproblem, Gesinnungsvorgänge. Vorwiegend ‚dynamische‘ Betrachtungsweise).

103 Rede Heydrichs, 4. 2. 1942. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 77, S. 227.

104 Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 238.

105 Heydrichs Antrittsrede, 2. 10. 1941. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 22, S. 117.

106 Deschner, Reinhard Heydrich, S. 264.

107 Letzter Lagebericht Heydrichs an den Chef der Parteikanzlei Martin Bormann vom 18. 5. 1942. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná Dok. Nr. 98, S. 264-274, hier: S. 273.

- 3) Prag als älteste deutsche Universität und als Scheitelpunkt der geistigen deutschen Ostfront. („Außenpolitische“ Aufgabe gegenüber der Wissenschaft der Ost- und Südostvölker.) Vorwiegend ‚völkerkundliche‘ Betrachtungsweise, nicht ‚staatenkundliche‘ oder ‚auslandskundliche‘ Schau, weil bei diesen Völkern das ‚Staatliche‘ mehr und mehr verschwinden muss und wird. Die zunehmende Einbeziehung in das Reichsgefüge erfordert außerdem, dass diese Gebiete und völkischen Gruppen nicht unter dem Gesichtswinkel des ‚Auslandes‘, sondern – da sie auf längere Sicht als ‚Völker‘ im Osten bestehen bleiben –, ‚völkerkundlich‘ betrachtet werden.“<sup>108</sup>

In Heydrichs Vorstellungen über die volkstumpolitischen Aufgaben der Universität finden sich Elemente wieder, die schon im November 1940 im Amt des Reichsprotectors besprochen worden waren. Hier ist besonders auf den Aspekt der „Regermanisierung“ hinzuweisen. In den Vorschlägen zur Germanisierungsvorbereitung des Jahres 1940 wurde angeregt, auch außerhalb der Universität die Wissenschaft mit diesen Fragen zu betrauen.<sup>109</sup> Heydrich plante die Durchsetzung von Forschung und Lehre mit volkstumpolitischen Themen. Als Forschungsfelder, die den Germanisierungszielen und der damit verbundenen Einteilung der tschechischen Bevölkerung nach „rassischen“ Kriterien zuarbeiteten, kamen insbesondere die Rassenkunde und die „Volkswissenschaften“ in Frage. Die Lehrstühle der philosophischen Fakultät, die eine inhaltliche Nähe zur sogenannten Volksforschung hatten, erfuhren eine besondere Förderung.<sup>110</sup>

Heydrich nahm auch länger zurückliegende Vorschläge für eine Zusammenlegung der deutschen Universität mit der deutschen Technischen Hochschule in Prag wieder auf.<sup>111</sup> Mit der Vorstellung einer einzigen, vereinten, schlagkräftigen Hochschule verband man die Hoffnung einer besseren Lenkung der wissenschaftlichen Bereiche. Diese Pläne waren seit der Ablehnung durch das RMWEV am 16. Januar 1940 nicht weiterverfolgt worden, so dass es nicht zu einer Zusammenlegung der beiden Hochschulen gekommen war.<sup>112</sup> Heydrich erneuerte aber noch einmal die diesbezüglichen Überlegungen. Als ein Schritt in diese Richtung kann die Ernennung des Rektors der Technischen Hochschule, Alfred Buntru, zum kommissarischen Rektor der deutschen Universität nach dem Ausscheiden Saures bezeichnet werden. In derselben Besprechung, in der die Entscheidung für Buntru als neuen Rektor fiel, wurde ebenfalls beschlossen, „die Zusammenlegung der für die Karls-Universität und die Technische Hochschule gemeinsamen Lehrstühle“

108 Ebd.

109 Vgl. Vorschläge zur Vorbereitung der Germanisierung im Protektorat, 30.11.1940. In: Král (Hg.), *Die Vergangenheit warnt*, Dok. Nr. 17, S. 112.

110 Vgl. Voigt, *Faschistische „Neuordnungspläne“*, S. 173.

111 Vgl. Schreiben Ottos und Brass an das RMWEV über die Neugestaltung der deutschen Hochschule in Prag, 5.12.1939 (AUK, NU); vgl. auch Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, II, 1, S. 189.

112 Die Ablehnung am 16.1.1940 wurde damit begründet, dass die Tschechen die Zusammenlegung und die damit verbundene Aufgabe eines Kulturinstituts als Rückzug auffassen könnten. Vgl. ebd., S. 190.

voranzutreiben und die Grundfächer nur einmal gemeinsam für beide Hochschulen zu besetzen.<sup>113</sup> Buntru konnte aber einer völligen Aufgabe der Grundfächer an der Technischen Hochschule nicht zustimmen. Zu weiteren Schritten der Verschmelzung der beiden Hochschulen ist es nicht mehr gekommen.

Durch die Entlassungen jüdischer<sup>114</sup> und, im nationalsozialistischen Sinne, politisch nicht geeigneter Dozenten, war der Mangel an Fachkräften an der Universität so groß geworden, dass die Neuberufungen geeignet erscheinender Professoren Priorität besaß. Auf direkte Anregung Heydrichs wurde der bereits erwähnte Hans Joachim Beyer, der an der Reichsuniversität in Posen den Lehrstuhl für „Volkslehre“ inne hatte, im Frühjahr 1942 nach Prag eingeladen. Hier sollte er den neu gegründeten Lehrstuhl für Volkslehre und Nationalitätenkunde Osteuropas besetzen. Heydrich wollte Beyer auch mit dem Posten des Rektors der Universität betrauen. Dieser lehnte aber ab und hielt es für vernünftiger, einen Kenner der Prager Hochschulverhältnisse als Rektor zu ernennen und schlug sich selbst für das Amt des Prorektors vor.<sup>115</sup> Beyer erhielt auch den Posten als „Sonderbeauftragter des Reichsprotektors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen“ und sollte die Vorbereitungen zur Errichtung der Reichsstiftung treffen. Ebenfalls aus Posen wurde Rudolf Hippius auf einen neu eingerichteten Lehrstuhl für Sozial- und Völkerpsychologie berufen. Auf Betreiben Heydrichs wurde ein Lehrstuhl für Volkskunde und Stammesgeschichte Mährens eingerichtet, den Josef Hanika besetzte.<sup>116</sup> Die Professoren Zatschek und Wezsäcker wurden aus Wien zurückgerufen. Nicht genehme Hochschullehrer sollten emeritiert oder an andere Universitäten geschickt werden.<sup>117</sup> Eine große Ausbreitung erfuhren die verschiedenen Formen der Rassenstudien an der Prager Universität. An der medizinischen Fakultät leitete Karl Thums das Institut für Erb- und Rassereinheit, an der naturwissenschaftlichen Fakultät wurde für den Rassenbiologen Bruno Kurt Schultz, der Leiter des Rasseamtes im RuSHA war, ein Lehrstuhl für Rassenbiologie geschaffen und an der philosophischen Fakultät arbeitete Karl Valentin Müller als

113 Vgl. Notiz einer Besprechung über die Neugestaltung der deutschen Universität vom 20.3.1942 bei Heydrich an der Rektor Buntru, Kurator Ehrlicher, Beyer und Unterstaatssekretär von Burgsdorff teilnahmen (SÚA 109-4/1522).

114 Z. B. der Ästhetiker Emil Utitz, der Althistoriker Arthur Stein, der Histologe Alfred Kohn. Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 172.

115 Vgl. Vermerk vom 19.6.1942, Betr. Führung der Universität (SÚA 109-4/1522). Beyer verzichtete im August 1942 auf den Posten des Prorektors nach einer Auseinandersetzung mit der Reichsdozentenführung. Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 300.

116 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 173.

117 Beispielsweise der Historiker Josef Pfitzner, der Sprachwissenschaftler und ehemalige Rektor Ernst Otto und der Psychologe Franz Scola. Vgl. Besprechung über die Neugestaltung der deutschen Universität, 20.3.1942 (SÚA 109-4/1522). Vgl. zu Pfitzner Šustek, Nationalsozialistische Karriere. Speziell zu den Pläne seiner Versetzung S. 87-94.

Direktor eines 1941 neu gegründeten *Instituts für Sozialanthropologie und Völkerbiologie*.<sup>118</sup> Es ging bei den Neuberufungen, wie es Beyer formulierte, darum, die „wissenschaftlich und volkspolitisch aktiven Kräfte in der Hochschullehrerschaft“ zu sammeln und dadurch die Krise der Jahre 1940/41 zu überwinden.<sup>119</sup> Wie wichtig der Ausbau der Universität gerade auch für die geplante Stiftung war, geht aus einem Vermerk Beyers vom 19. Juni 1942 hervor. Beyer habe Heydrich im Februar 1942 vorgeschlagen, die „Frage der Reichsstiftung zunächst zurückzustellen, da die Schaffung dieser wissenschaftlichen Einrichtung abhängig“ sei von einem Ausbau der Deutschen Karls-Universität.<sup>120</sup> Neben ihrer universitären Tätigkeit waren die neu berufenen Wissenschaftler auch für die Mitarbeit in der Stiftung vorgesehen.

### 3. Rivalitäten und Konkurrenzpläne

Die Neuberufungen an der Deutschen Karls-Universität zielten nicht nur darauf ab, den Mangel an Fachkräften zu beheben, die Strukturkrise der Universität zu beenden und den personellen Fundus für die spätere *Reinhard-Heydrich-Stiftung* zu schaffen. Vielmehr spielten hier die Konkurrenzkämpfe um die Vormachtstellung in der Volkstumforschung und um das Gebiet der Ostforschung sowohl zwischen den SS-Ämtern (RSHA, RuSHA, RKF, *Ahnenerbe* der SS) als auch zwischen diesen und anderen Institutionen eine Rolle. Die SS versuchte, über die von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz geleitete *Volksdeutsche Mittelstelle* (VOMI), die volkstumspolitischen Verbände, welche Kontakte zu den sogenannten Volksdeutschen im Ausland unterhielten, unter ihre Kontrolle zu bringen. 1938 wurde die Leitung des *Vereins für das Deutschtum im Ausland* (VDA) einem Vertrauten Lorenz' unterstellt, und kurze Zeit später übernahm die VOMI auch den *Bund der Deutschen im Osten* (BDO).<sup>121</sup> Ende des Jahres 1939 konkurrierten die SS-Ämter untereinander um die wichtigsten Posten an den Reichsuniversitäten Straßburg und Posen (die sich zu der Zeit noch im Planungsstadium befand) und an der Deutschen Karls-Universität in Prag. In Posen teilten sich sowohl an der Universität als auch in der *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* das RSHA, das RuSHA und das RKF das volkswissenschaftliche Feld unter-

118 Zur Rassenforschung an der deutschen Universität in Prag vgl. Mísková, Rassenforschung.

119 Beyer an Gies am 22. 2. 1944 (SÚA 109-4/1522). In diesem Schreiben gibt Beyer Informationen über die Struktur und Tätigkeit der Reinhard-Heydrich-Stiftung seit ihrer Gründung und die Veröffentlichungen seit dem Frühjahr 1943.

120 Vermerk Beyers, Betr.: Reichsstiftung. 19. 6. 1942 (SUA 109-4/1522). Auch abgedruckt bei: Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 3, S. 17-20. Im folgenden werde ich, sofern es sich nicht um Ergänzungen in der deutschen Übersetzung handelt, aus dem tschechischen Original zitieren.

121 Vgl. Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, S. 255 f.; Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 107

einander. In Prag wurde durch Rektor Wilhelm Saure zuerst das RuSHA repräsentiert. In Straßburg konnten das *Ahnenerbe* der SS sowie einige Historiker des RSHA Fuß fassen.<sup>122</sup>

Heydrich hatte die Absicht, einen möglichst großen Einfluss des RSHA bzw. des SD auf den Hochschulbetrieb in Prag geltend zu machen. Durch die Entfernung Saures von den Posten des Rektors und des „Sonderbeauftragten des Reichsprotectors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen“ bot sich die Möglichkeit, zwei SD-loyale Hochschullehrer einzusetzen. Buntru, der neue Rektor, war SS-Standartenführer und ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD-Leitabschnitts Prag.<sup>123</sup> Beyer war SS-Obersturmführer (später Hauptsturmführer) und seit 1938 ebenfalls Mitarbeiter des SD.<sup>124</sup> Neben der Reichsuniversität in Posen war der Einfluss der SS auf eine Universität wohl nirgendwo so groß wie in Prag.<sup>125</sup>

Die Pläne zur Gründung einer Stiftung in Prag, die sich mit dem ost- und südosteuropäischen Raum und seinen Völkern beschäftigen sollte, waren ebenfalls nicht konkurrenzlos. In den Bemühungen um die führende Position in der Osteuropaforschung gerieten die Interessen von Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete, des RSHA, des RMWEV und des *Ahnenerbes* der SS aneinander. Als Saure 1941 seine ersten Pläne für eine Stiftung für deutsch-slawische Forschung entwickelte, bekundete Rosenberg ebenfalls Interesse an einer Ostforschungseinrichtung in Prag. Ihm schwebte ein *Ost-Institut* als Außenstelle seiner *Hohen Schule* vor. Dieses sollte ebenso „wie die bereits gegründeten Institute in Frankfurt und München eine Einrichtung der NSDAP werden und auch verwaltungsmäßig und finanziell von der Partei getragen und betreut werden.“ Rosenberg hatte, wie Saure betonte, gegen seine Pläne nichts einzuwenden.<sup>126</sup> Nachdem die Gründung der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* offiziell bekannt gegeben worden war,<sup>127</sup> meldete sich der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete sofort in Prag und forderte eine genaue Abgrenzung ihres Aufgabengebiets. Er wollte in Erfahrung bringen, „in welcher Weise und in welchem Umfange sich die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* in den besetzten Ostgebieten zu betätigen beabsichtigt.“ Außerdem hätte er gerne Einblick in die Statuten der Stiftung genommen.<sup>128</sup> Beyer reagierte auf diese Anfrage äußerst zurückhaltend und empfahl, nach Möglichkeit eine „förmliche Festlegung des Prager Standpunktes“ zu vermeiden. Er wies auch auf Rosenbergs Bestrebungen hin, „die

122 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 268 f.

123 Vgl. ebd., S. 335.

124 Vgl. ebd., S. 275.

125 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 174.

126 Abschrift eines Briefes von Saure an von Burgsdorff, 4. 11. 1941 (AUK, NU).

127 Am 11. 7. 1942 durch eine Verordnung des Reichsprotectors. Ausgegeben am 25. 7. 1942 (SÚA 109-4/1522).

128 Rosenberg an die Kulturabteilung beim Reichsprotector, Betr.: Abgrenzung des Aufgabengebiets der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 4. 9. 1942 (SÚA 109-4/1522).

gesamte Ostforschung bei sich zu konzentrieren.“<sup>129</sup> Damit spielte Beyer auf Rosenbergs Versuche vom Frühjahr 1942 an, eine *Reichszentrale für Ostforschung* zu gründen. Diese Pläne konnte Rosenberg aber wegen zu großer Widerstände nicht durchsetzen und musste sich mit der Gründung einer *Zentrale für Ostforschung* innerhalb seines Ministeriums zufrieden geben.<sup>130</sup> Interessant ist, dass in einem Vermerk des SD-Leitabschnitts Prag ein Vergleich beider Projekte, *Ostinstitut der Hohen Schule* und *Reichsstiftung für slawische Forschung*, angestellt wurde und der SD das Projekt Rosenbergs für geeigneter hielt, da hierbei die Arbeit unter die Oberhoheit der Partei gestellt werden sollte.<sup>131</sup> Leider geben die vorhandenen Dokumente keine Auskunft darüber, warum das Reichsstiftungsmodell doch zur Anwendung gelangte, obwohl sich der SD in Prag anscheinend für das andere Projekt ausgesprochen hatte. Vermutlich lag die Gründung einer Reichsstiftung in Heydrichs Interesse, gerade weil sie unabhängiger von der Partei war. Außerdem sollten die Forschungsaufgaben des geplanten *Ostinstituts der Hohen Schule* von Rosenberg selbst erteilt werden, der Reichsprotektor sollte lediglich bei der Einsetzung des Stiftungsleiters ein Mitspracherecht erhalten.<sup>132</sup> In den Entwürfen zur Errichtung einer Reichsstiftung war vorgesehen, dass der Reichsprotektor im Einvernehmen mit dem RMWEV sowohl den Vorstand als auch die Kuratoriumsmitglieder einsetzen sollte.<sup>133</sup> Wie umkämpft das Gebiet der Ost- bzw. Südostforschung war, zeigt ein Schreiben von Unterstaatssekretär Burgsdorff an Oberregierungsrat Gies. Burgsdorff weist auf Pläne des *Osteuropa-Instituts* in Breslau hin, sich stärker in der Südostforschung zu engagieren. Diese Pläne wollte Gies mit Hilfe des RMWEV verhindern.<sup>134</sup>

Auch das Reichsinnenministerium versuchte, Einfluss auf die Stiftung zu nehmen. In einem Schreiben vom 10. Dezember 1942 wird auf ein über ein Jahr zurückliegendes Gespräch im Reichserziehungsministerium verwiesen, bei dem beschlossen worden sei, dass bei der Ernennung des Stiftungsvor-

129 Vermerk Beyers am 6. 10. 1942 (SÚA 109-4/1522).

130 Sie wurde im Oktober 1943 gegründet. Vgl. Camphausen, Rußlandforschung, S. 240 ff.

131 Vgl. Vermerk des SD-Leitabschnitts Prag über die Unterschiede der vorliegenden Projekte: I. Ostinstitut der Hohen Schule, II. Reichsstiftung für slawische Forschung, 22. 9. 1941 (SÚA 114-207/2).

132 Vgl. Schreiben Rosenbergs an den Reichsprotektor Neurath, 11. 9. 1941, S. 3 (SÚA 114-207/2).

133 Vgl. Satzungsentwurf Saures als Anlage zu einem Schreiben an Unterstaatssekretär von Burgsdorff, 18. 3. 1941 (SÚA 114-207/2).

134 Vgl. Schreiben Burgsdorffs an Gies, 3. 5. 1941 (SÚA 114-207/2). Das Osteuropa-Institut in Breslau wurde 1918 gegründet. Es bestand aus einer Rechts-, einer Wirtschafts- und einer Kulturabteilung und befasste sich in erster Linie mit Fragen, die das Generalgouvernement betrafen. Leiter des Breslauer Instituts war der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Jürgen Seraphim. Vgl. Fahlbusch, Wissenschaft, S. 190 f. Laut Volkmer hatte das Institut Arbeiten zur Vorbereitung der Besetzung der Tschechoslowakei und des Überfalls auf Polen durchgeführt. Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 145 ff.

standes und des Kuratoriums sowohl das Einverständnis des Reichsinnenministers als auch das des Reichserziehungsministers einzuholen sei. Ferner habe man auf die Notwendigkeit hingewiesen, einen Vertreter des Reichsinnenministers in das Kuratorium aufzunehmen. Anscheinend hatte das Reichsinnenministerium seit Ende 1941 keine Mitteilungen mehr über den Verlauf der Planungen zur Stiftungsgründung erhalten.<sup>135</sup> Beyer verwies intern darauf, dass die zuständige Abteilung VI des Ministeriums an Heinrich Himmler, den Reichskommissar zu Festigung des deutschen Volkstums, übergeben worden sei und dass daher die Forderungen abzulehnen seien.<sup>136</sup> In einem etwas später verfassten Vermerk wird aber als Begründung für die nicht weitergeführten Gespräche mit dem Reichsinnenministerium der Wechsel der Sachbearbeiter in Prag und die Notwendigkeit einer schnellen Klärung der Stiftungsfragen nach Heydrichs Tod genannt.<sup>137</sup>

135 Vgl. Der Reichsminister des Inneren an den Reichsprotektor, 10.12.1942 (SÚA 109-4/1522).

136 Beyer wies darauf hin, dass die Übergabe nicht restlos erfolgt sei. Vgl. Beyer an Oberregierungsrat Rotermund, am 30.12.1942 (SÚA 109-4/1522). Die Aufgaben der Abteilung VI des RMdI wurden endgültig im Herbst 1943 dem RSHA unterstellt. Vgl. Fahlbusch, Wissenschaft, S. 737–751.

137 Vgl. Vermerk Beyers, 25.1.1943 (SÚA 109-4/1522).



### III. Die Reinhard-Heydrich-Stiftung

#### 1. Aufbauphase

Zu Beginn des Jahres 1942 nahmen die Planungen zur Gründung einer Reichsstiftung konkrete Formen an. Im Februar wurde Hans Joachim Beyer, laut eigener Angabe, von Heydrich beauftragt, „die Pläne für die Errichtung einer ‚Reichsstiftung für deutsch-slawische Forschung‘ zu überprüfen und einen endgültigen Plan für die Organisation vorzulegen.“<sup>138</sup> Nach Heydrichs Tod<sup>139</sup> baute Frank seine Stellung im Protektorat allmählich aus.<sup>140</sup> Er setzte Heydrichs Engagement für die Stiftung fort. Am 6. Juli 1942 wurde Beyer von Frank zum Generalbevollmächtigten für den Aufbau der Stiftung ernannt. Die besondere Bedeutung, die Frank der *Heydrich-Stiftung* beimaß, wird durch ein Schreiben vom 15. Juli 1942 deutlich, aus dem hervorgeht, dass Frank verfügt hatte, der Stiftung im Amt des Reichsprotektors (Czerninpalais) sowohl Räume als auch einen Bürosachbearbeiter und eine Stenotypistin aus dem Personalbestand der Behörde zur Verfügung zu stellen.<sup>141</sup> Aus den vorhandenen Quellen geht nicht hervor, ob Beyer oder andere Mitarbeiter der *Heydrich-Stiftung* tatsächlich für eine Übergangszeit Räume im Czerninpalais bezogen. Da die Institute der Stiftung Mitte Juli des Jahres 1942 ihre Arbeit noch nicht aufgenommen hatten, konnte es sich bei diesem Angebot Franks nur um eine unterstützende Maßnahme für den Stiftungsaufbau handeln.

#### 1.1 Strukturelle Entwürfe

Beyer konnte bei seinen Vorbereitungen auf die Ideen und Entwürfe Saures zurückgreifen, die so weit fortgeschritten waren, dass ein Satzungsentwurf existierte, den Beyer nur geringfügig änderte.<sup>142</sup> Auf einer Sitzung am

138 Vermerk Beyers, Betr.: Reichsstiftung, 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

139 Am 4. 6. 1942 war Heydrich an den Folgen eines Attentats, das zwei aus London entsandte Fallschirmagenten am 27. 5. 1942 verübt hatten, gestorben.

140 Nachfolger Heydrichs als Stellvertretender Reichsprotektor wurde der Chef der Ordnungspolizei Kurt Daluege. Am 20. 8. 1943 wurden sowohl Daluege als auch Neurath, der offiziell immer noch Reichsprotektor war, durch einen Erlass Hitlers von ihren Ämtern entbunden. Neuer Reichsprotektor wurde der ehemalige Innenminister Frick. Frank wurde zum deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren ernannt, dem die Regierungsgeschäfte übertragen wurden, während der Reichsprotektor nur die Vertretung Hitlers im Protektorat und das Gnadenrecht ausübte.

141 Vgl. Schreiben an Ministerialdirigent Liebenow, 15. 7. 1942, ohne Unterschrift (SÚA 109-4/1522).

142 Die einzige Änderung bestand darin, dass in Saures Entwurf vorgesehen war, den Haushaltsplan der Stiftung vom Reichsprotektor, vom RMWEV und vom Reichsminister der Finanzen genehmigen zu lassen, während Beyer sich auf die Genehmigung des Reichsprotektors beschränkte. Vgl. Satzungsentwurf Saures vom 18. 3.

17. Juni 1942, an der Ministerialdirigent Dr. Fuchs, SS-Obersturmbannführer Wolf, Oberregierungsrat von Both aus der Behörde des Reichsprotektors, Rektor Buntru, der Kurator der Prager Hochschulen Dr. Ehrlicher, SS-Obersturmbannführer Fischer vom Bodenamt, SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD-Leitabschnitt Prag<sup>143</sup> und Beyer teilnahmen, wurden sowohl der Satzungsentwurf als auch die mit der Stiftung und ihrer zukünftigen Aufgabe zusammenhängenden Fragen und Probleme erörtert.<sup>144</sup> Um die Verbindung der Stiftung mit der deutschen Universität in Prag zu gewährleisten, wurde beschlossen, den jeweiligen Rektor als Präsident der Stiftung einzusetzen. Hierzu hatte Heydrich noch seine Zustimmung gegeben. Er lehnte aber eine weitere Bindung des Leiters an die Ämter der Universität ab, da die Leitung nur von Wissenschaftlern übernommen werden könne, die auch sachlich in der Arbeit des Instituts verankert seien.<sup>145</sup> Auf die Verknüpfung der Ämter des Rektors und des Stiftungsleiters hatte Buntru besonderen Wert gelegt.<sup>146</sup> Geschäftsführender Leiter und damit Stellvertretender Präsident der Stiftung sollte Dr. Wilhelm Weizsäcker werden. Der in Wien lehrende Rechtshistoriker wurde von dort zurückgerufen. Bis zu dessen Rückkehr war Beyer als „Sonderbeauftragter des Reichsprotektors für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen“ damit beauftragt, den Aufbau der Stiftung voranzutreiben.<sup>147</sup> Neben den Präsidenten wurde ein Kuratorium gestellt, dessen Mitglieder vom Reichsprotektor nach Rücksprache mit dem Reichserziehungsminister ernannt werden sollten. Den Vorsitz übernahm Staatssekretär Karl Hermann Frank. Auf der Sitzung gab es keine Übereinkunft, ob das Kuratorium ausschließlich mit Vertretern deutscher Dienststellen besetzt werden sollte, oder ob ein Vertreter des Schulministeriums<sup>148</sup> der Protektoratsregierung im Kuratorium einen Platz erhalten könnte. SS-Obersturmbannführer Fischer und Rektor Buntru standen diesem Vorschlag ablehnend gegenüber. Fuchs, Beyer und auch der SD vertraten die Ansicht, die Mitgliedschaft eines Protektoratsministers im Kuratorium könne propagandistisch von Nutzen sein, zumal die Protektoratsregierung zukünftig ihre

1941 (SÚA 114-207/2) und Satzungsentwurf Beyers vom 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

143 Die Teilnahme von Vertretern des Bodenamtes und des SD zeigt, dass es sich bei der Heydrich-Stiftung um ein Projekt handelte, das eine wichtige und über den rein universitären Betrieb hinausgehende Funktion erfüllen sollte.

144 Es existieren verschiedene Vermerke über den Verlauf und die Ergebnisse dieser Sitzung. Einer stammt von Oberregierungsrat von Both, einer von Beyer, beide verfasst am 19. Juni 1942 (SÚA 109-4/1522). Ein weiterer wurde von Buntru, am 17. 6. 1942 verfasst (AUK, NU).

145 Vgl. Schreiben vom 19. 6. 1942, Betr.: Reichsstiftung. Unterschrift unleserlich (SÚA 109-4/1522).

146 Vgl. Beyer an Gies. Betr.: Rektoratsfrage, 3. 4. 1943, S. 4 (SÚA 110-4/539).

147 Vgl. Anlage zu Beyers Vermerk, 19. 6. 1942. (SÚA 109-4/1522).

148 Schulminister und Minister des Amtes für Volksaufklärung war seit Januar 1942 Emanuel Moravec, ein tschechoslowakischer Offizier, der sich nach Heydrichs Meinung zur Kollaboration eigne. Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 219.

Zuschüsse für die nichtdeutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in Prag an die *Heydrich-Stiftung* zahlen sollte.<sup>149</sup>

In von Boths Vermerk ist von drei grundlegenden Arbeitsausschüssen die Rede, die sich mit rechtswissenschaftlichen Fragen, mit historisch-philologischen Fragen und mit Volkstumsfragen beschäftigen sollten. In Beyers Vermerk über die Planungssitzung fehlt dieser Hinweis. Aus anderen Quellen geht aber hervor, dass diese Ausschüsse, bzw. Gruppen, wie sie in anderen Dokumenten genannt werden, ihre Arbeit aufnahmen. Es kam noch eine vierte Gruppe für Naturwissenschaften hinzu. Diese Gruppen hatten nicht nur die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit der unterschiedlichen Forschungsbereiche zu koordinieren, sondern auch dem Leiter der Stiftung beratend zur Seite zu stehen und Verwaltungsaufgaben zu übernehmen. Beyer sollte die „publizistischen Fragen, die Zusammenarbeit mit den übrigen Südostinstituten sowie die Probleme des Einsatzes von Nichtdeutschen und die Arbeitsplanung für sie“ in Angriff nehmen. Weizsäcker sollte sich besonders um die „Personalverhältnisse kümmern.“ Zu Zatscheks Bereich gehörte die gesamte landesgeschichtliche Forschung sowie die Universitätsgeschichte.<sup>150</sup>

Aus dem Bestand der eingegliederten bzw. aufgelösten tschechischen wissenschaftlichen Einrichtungen sollten neue deutsche Institute aufgebaut werden. Es handelte sich hierbei um ein *rechtswissenschaftliches Südost-Institut*, ein *Wirtschaftsinstitut für Böhmen und Mähren und den Südosten*, ein *Volkskundliches Institut*, ein *Institut für die Geschichte Südosteuropas* und schließlich um ein *Institut für Volkslehre, europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie*. Bei dem letztgenannten Institut handelte es sich um die Erweiterung eines bereits bestehenden Universitätsinstituts.<sup>151</sup> Im Gespräch war ebenfalls die Gründung eines *sprachwissenschaftlichen Instituts*, worüber aber am 19. Juni noch kein Beschluss gefasst wurde. Erst in einem Vermerk einer Besprechung, die am 25. August 1942 bei Frank stattfand, wird ein *Institut für tschechische Sprache und Literatur* genannt.<sup>152</sup> In der Frage der Institutsleitung gab es unterschiedliche Ansichten bezüglich der Beteiligung tschechischer Wissenschaftler. Diese Frage ergab sich aus dem Vorhaben, aus den eingegliederten slawischen Einrichtungen neue Institute aufzubauen. Rektor Buntru wollte nach Möglichkeit alle Tschechen aus den Vorständen der Institute vertreiben. Die Mehrheit neigte jedoch dazu, „tschechische Wissenschaftler in ihren bisherigen Stellungen zu belassen, wenn die deutsche Führung in dem betreffenden Institut gesichert“ sei.

149 Vgl. Vermerk Beyers, 19. 6. 1942, S. 2 (SÚA 109-4/1522).

150 Entwurf Beyers einer Ansprache für Staatssekretär Frank zur Eröffnung der Heydrich-Stiftung, o. D., S. 4 ff. (SÚA 109-4/1522). Leicht gekürzt abgedruckt bei Fremund, *Heydrichova nadace*, Dok. Nr. 6, S. 24 ff.

151 Vgl. Vermerk Beyers, 19. 6. 1942, S. 5 (SÚA 109-4/1522).

152 Vgl. Vermerk über eine Besprechung bei Frank am 25. 8. 1942, Betr.: Institute der Reinhard-Heydrich-Stiftung und Hochschulfragen. Ohne Unterschrift, S. 1 (SÚA 109-4/1522).

Diese Meinung erwuchs aus der Erkenntnis, dass „für einzelne Institute fachlich geeignete deutsche Kräfte“ nicht ausreichend vorhanden seien und man deshalb notgedrungen auf diese Lösung zurückgreifen müsse, wolle man den Wissenschaftsbetrieb nicht gefährden. Die endgültige Entscheidung wurde aber Frank vorbehalten.<sup>153</sup>

## 1.2 Die tschechischen Forschungsanstalten als materielle Grundlage der Reinhard-Heydrich-Stiftung

Die Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen im gesamten Protektoratsgebiet am 17. November 1939 sollte offiziell für die Dauer von drei Jahren Gültigkeit behalten. Sie zielte nicht nur auf die Einschüchterung der tschechischen Bevölkerung ab, sondern war ebenfalls eine Maßnahme zur Ausschaltung und Vernichtung der tschechischen Intelligenz. Heydrich stellte klar, dass an eine Wiedereröffnung der tschechischen Hochschulen nicht zu denken sei. Alle Institute sollten durch die erweiterte und „wieder in Schwung gebrachte deutsche Universität“ übernommen werden.<sup>154</sup> Auch Frank hatte schon im August 1940 die Parole ausgegeben: „Nie mehr tschechische Hochschulen.“<sup>155</sup>

Die Institute und Seminare der geschlossenen tschechischen Universität sollten den Grundstock für die Gründung neuer deutscher Institute bilden. Die außeruniversitären „slawischen“ wissenschaftlichen Einrichtungen sollten allmählich unter deutsche Leitung gestellt und der Stiftung eingliedert werden. Es handelte sich hierbei um das *Slawische Institut*, die *Slawische Bibliothek*, das *Historische Institut* und das *Orientalische Institut*.<sup>156</sup> Diese Einrichtungen waren personell eng mit der tschechischen Karlsuniversität verbunden. Als im Oktober 1941 der Direktor des *Slawischen Instituts*, Professor Murko, aus dem Amt gedrängt wurde, benannte Saure Gerhard Gesemann zum kommissarischen Leiter.<sup>157</sup> Eine Angliederung an die Stiftung war für das *Russische Historische Auslandsarchiv*, das *Kondakow Institut*, das *Russische Kulturhistorische Museum*, das *Ukrainische Historische Kabinett* und das *Ukrainische Befreiungsmuseum* vorgesehen, wobei Beyer

153 Vgl. ebd., S. 3.

154 Heydrichs letzter Lagebericht, 18. 5. 1942. In: Deutsche Politik im „Protektorat“, hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 98, S. 264–274, hier: S. 273.

155 Franks „Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems“. In: Anatomie okupační politiky, hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 104, S. 303–317, hier S. 313.

156 Die Auflösung bzw. Einverleibung der genannten Einrichtungen erfolgte laut Roth endgültig im Februar 1943. Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 303. Die Slawische Bibliothek blieb Robert Luft zufolge Bestandteil der Landes- und Universitätsbibliothek. Der Bibliotheksaufbau der Heydrich-Stiftung konnte bis Kriegsende nicht in dem geplanten Maß durchgeführt werden. Vgl. Luft, Das Bibliothekswesen, S. 336.

157 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 24.

davon abriet, die Freie Ukrainische Universität und die Freie Russische Universität in die Stiftung einzugliedern, da es sich um reine Lehrstätten handele.<sup>158</sup> Diese sollten weiterhin ihm als Sonderbeauftragten unterstellt bleiben. Es sei erstrebenswert, dass die Ukrainische Universität durch Abberufung nach Lemberg im Laufe der Zeit zum Erliegen komme.<sup>159</sup>

Für den Auf- bzw. Ausbau einer eigenen Bibliothek beschritt man ähnliche Wege. Die Bestände wurden ergänzt, indem die Bibliotheken der geschlossenen tschechischen Universität und anderer Einrichtungen beschlagnahmt wurden. Leiter der Stiftungsbibliothek wurde Eugen Rippl.<sup>160</sup> Die Einverleibung aller für die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* in Frage kommenden Bibliotheken erfolgte nicht sofort. In einem Schreiben Beyers an Gies, Jacobi und Fischer vom 23. April 1944 wies Beyer auf die noch immer ungeklärte Frage der Verwendung der *Slawischen Bibliothek* der geschlossenen tschechischen Universität hin. Ebenso sei möglichst bald eine Entscheidung über die ungarische Bibliothek zu treffen, deren Bestände in einem Raum der Universität herumlagen, da es in der philosophischen Fakultät niemanden gebe, der ungarisch sprechen könne. Die *Heydrich-Stiftung* sei in der Lage die Bücher zu übernehmen und auch zu verwenden, da es Mitarbeiter gebe, die die ungarische Sprache beherrschten.<sup>161</sup> Daraufhin wurde eine schnelle Entscheidung getroffen: Einem Bericht Buntrus an Frank vom 30. Mai 1944 zufolge wurden der Stiftungsbibliothek die Bestände des *Slawischen Instituts* (ca. 6 000 Bände), des *Slawischen Seminars* (ca. 40 000 Bände) und die ungarische Bibliothek eingegliedert. Dazu kamen die ehemalige *Weingart-Bibliothek* (ca. 3 000 Bände) und beschlagnahmte Bücher aus Warschau, Minsk und Pinsk (ca. 10 000 Bände).<sup>162</sup>

### 1.3 Namensgebung

Von den ursprünglichen Namensvorschlägen wie *Reichsstiftung für deutschslawische Forschung*, *Reichsstiftung für slawische Forschung* über die Bezeichnungen *Reichsstiftung Prag* und *Prager Studienstiftung*, die Saure vorgeschlagen hatte, um das umstrittene Wort „slawisch“ zu umgehen, einigte man sich im Juni 1942 endgültig auf den Namen *Reinhard-Heydrich-*

158 In Prag existierten sowohl eine russische als auch eine ukrainische Exiluniversität, die nach der Oktoberrevolution von 1917 entstanden waren.

159 Vgl. Vermerk Beyers, 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

160 Vgl. Luft, *Das Bibliothekswesen*, S. 336.

161 Vgl. Schreiben Beyers an Gies, Jacobi und an den Vertreter des RKF in Böhmen Fischer. Betr.: Übernahme der slawischen und madjarischen Bibliothek der ehemaligen tschechischen Universität. 23. 3. 1944. In: Fremund, *Heydrichova nadace*, Dok. Nr. 11, S. 33.

162 Vgl. Fremund, *Heydrichova nadace*, S. 8; Luft, *Das Bibliothekswesen*, S. 336.

*Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung in Prag.*<sup>163</sup> Auf der Sitzung am 17. Juni bestand Einigkeit darüber, dass die Stiftung zu Ehren des verstorbenen Reinhard Heydrich seinen Namen tragen sollte.

#### 1.4 Ziele und Zweck der Stiftung

In der Verordnung über die Errichtung der Stiftung wird in Paragraph 1 als Ziel der Stiftung die „Erforschung der völkischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Böhmens und Mährens sowie der Völker im ost- und südosteuropäischen Raum“ genannt.<sup>164</sup> Unterzeichnet war die Verordnung vom Generaloberst und SS-Oberst-Gruppenführer Daluge, der nach Heydrichs Tod von Hitler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsprotektors beauftragt wurde.<sup>165</sup> Die angekündigte Errichtung der Stiftung am 25. Juli 1942 bedeutet nicht, dass die Vorbereitungen abgeschlossen waren, geschweige denn, dass die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* ihre Arbeit sofort hätte aufnehmen können. Es folgte eine weitere Phase intensiver Diskussionen über die genauen Aufgaben der Stiftung und den „zugrundezulegenden methodisch-volkswissenschaftlichen Gesamtansatz.“<sup>166</sup> Der eigentliche Aufbau der Stiftung begann damit erst jetzt. Beyer erhielt als Generalbevollmächtigter für den Stiftungsaufbau umfangreiche Vollmachten von Frank. Alle Dienststellen des Reichsprotektors, das Bodenamt, sowie der SD, sollten Beyer bei seiner Arbeit unterstützen.

Einen genauen Einblick in die Ziele und die Aufgaben der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* vermittelt der von Beyer verfasste und mit Buntru und dem SD abgestimmte Entwurf der Ansprache Franks zur Eröffnung der Stiftung.<sup>167</sup> In dieser Rede werden vier vordringliche Hauptaufgaben der Stiftung genannt:

1. Die „Bearbeitung von Fragen, die auf dem Wege zum Endziel“ des Kampfes gelöst werden müssten. Dieses Endziel, die Germanisierung des tschechischen Raumes, wurde als bekannt vorausgesetzt und brauchte nicht erwähnt zu werden. Forschungsmittelpunkt sollten „das tschechische Volk

163 Verordnungsblatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, 11. 7. 1942. Ausgegeben am 25. 7. 1942 (SÚA 109-4/1522). Abgedruckt bei Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 3, S. 20f. In den Vermerken der Sitzung vom 17. 6. 1942 wird der Titel etwas gekürzt wiedergegeben. Dort heißt es: „Reinhard-Heydrich Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung.“

164 Verordnungsblatt. 11. 7. 1942 (SÚA 109-4/1522). Diese Formulierung entspricht genau dem von Beyer ausgearbeiteten Entwurf, den er an Frank gesandt hatte. Auch die folgenden Paragraphen sind identisch mit den Vorschlägen Beyers. Vgl. Vermerk Beyers vom 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

165 Vgl. Brandes, Protektorat II, S. 10.

166 Roth, Heydrichs Professor, S. 302.

167 Vgl. Entwurf Beyers für eine Ansprache Franks anlässlich der Eröffnung der Reinhard-Heydrich-Stiftung, o. D. (SÚA 109-4/1522).

und seine landschaftlichen und sozialen Gruppen“ sein. Als besonders geeignet für diese Forschungsaufgaben galten die Rassenkunde, die Völkerkunde und die Psychologie. Das Ziel, welches man mit den genannten Wissenschaften verfolgte, wurde klar formuliert: „Wir müssen zunächst wissen: wie ist die blutmässige und rassische Zusammensetzung einer bestimmten Menschengruppe? Dann müssen wir versuchen, in das seelische Gefüge dieser Menschen einzudringen, müssen ihre Gesinnung, ihre Beeinflußbarkeit, ihre weltanschaulichen Bindungen und ähnliche seelische Tatbestände erforschen.“<sup>168</sup>

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Umstrukturierungen einiger Wissenschaftsbereiche und Lehrstühle an der Universität eingegangen, die aus „volkspolitischen Gründen“ von besonderer Bedeutung waren und noch unter Heydrichs Einfluss durchgeführt wurden. Die Schlüsselposition fiel der Sozial- und Völkerpsychologie zu. Da das Reich die „Verantwortung für das Leben zahlreicher Völker übernommen“ habe, müsse man die „Psychologie dieser Völker“ kennen. Der Prager Lehrstuhl sollte in diesem Bereich – gerade in methodischer Hinsicht – „Pionierarbeit leisten.“ Die Psychologie sei bisher entweder zur „Technik der Heerespsychologie eingengt worden“ oder aber „über individualpsychologische Typenlehre und dergleichen nicht hinausgekommen.“ Für die „psychologischen Fragen des Völkerlebens“ habe man keine Aufmerksamkeit gezeigt. An dem Beispiel der Sozial- und Völkerpsychologie sollte deutlich gemacht werden, worum es bei der Arbeit innerhalb der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* prinzipiell ging. Bei allen zu erforschenden Detailbereichen – sei es im Bereich der volkstümlichen Kultur oder der Volksmusik – sollte stets die folgende Frage im Hintergrund stehen: „Was lässt sich von diesen Formen aus über den Menschen sagen, der sie geschaffen hat?“ Als Beispiel wird die Erforschung der tschechischen Volkslieder genannt. Frank hob hervor, es ginge nicht darum, den musikalischen Aufbau der Lieder herauszufinden, sondern „ob sich in ihm deutsche Einflüsse ausdrücken oder ob in ihm das Wesen fremder Kräfte spürbar“ sei. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses müsse immer der Mensch stehen, insbesondere der Mensch „slawischer Zunge.“<sup>169</sup> Der deutsche Einfluss sollte in möglichst allen Bereichen nachgewiesen werden, dementsprechend auch in den Volksliedern. Mit der Durchleuchtung aller Lebensbereiche der tschechischen Bevölkerung wurde die Hoffnung verbunden, wichtige Erkenntnisse zu erhalten, die für die spätere Germanisierung hilfreich sein konnten. Als ein direkter Hinweis auf das volkstumpolitische Interesse der SS und höchster nazistischer Behörden an der Stiftungsarbeit kann die Formulierung gelten, dass die Mitarbeiter der Stiftung „von Zeit zu Zeit Hinweise erhalten“ werden, „vor allem seitens des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums.“<sup>170</sup>

168 Ebd., S. 1.

169 Ebd., S. 2f.

170 Ebd., S. 3.

Während Frank hier von der Erforschung der „rassischen“ Zusammensetzung der tschechischen Bevölkerung und über das Eindringen in das „seelische Gefüge“ sprach, hatte er in einer öffentlichen Ansprache am 26. Februar 1943 im Lucernasaal in Prag im Zusammenhang mit Arbeits-einsatzmaßnahmen im Protektorat betont, das „Gerede“ von Germanisierungs- und Aussiedlungsplänen sei nur feindliche Propaganda.<sup>171</sup>

2. Die zweite Aufgabe der *Heydrich-Stiftung* bestand darin, der Karls-Universität wieder die führende Rolle im „wissenschaftlichen Leben des Ostens und Südostens“ zu übertragen. Dazu sei es notwendig, die Kontakte zu anderen Institutionen der Südostforschung in München, Wien, Berlin und Leipzig zu pflegen.<sup>172</sup>

3. Die Vorbereitungen für die 600-Jahr-Feier der Karls-Universität, die im Jahr 1948 stattfinden sollte, wurden zu einem Großteil dem *Landesgeschichtlichen Institut* der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* übertragen. Dabei sollte sowohl die Bedeutung Prags in der „gesamteuropäischen Geistesgeschichte als auch die volkspolitische Leistung der Hochschullehrer und Studenten“ hervorgehoben werden. In diesem Zusammenhang wies Frank abermals darauf hin, dass die Erforschung der Menschen immer im Mittelpunkt stehen müsse. So dürfe sich das Landesgeschichtliche Institut nicht auf die Erforschung historischer Topographie und reiner Geistesgeschichte beschränken.<sup>173</sup>

4. Die letztgenannte Aufgabe betraf die slawischen Wissenschaftsinstitutionen. Da die deutschen Fachkräfte nicht ausreichten, um alle Aufgaben zu erledigen, müsse man auch mit Tschechen, Russen und Ukrainern arbeiten. Hierbei komme es sehr auf „politische Vorsicht und auch auf individuelle Geschicklichkeit im Führen Fremdvölkischer an.“<sup>174</sup> Beyer sollte sich in seiner Funktion als Sonderbeauftragter für die slawischen wissenschaftlichen Einrichtungen dieser Aufgabe widmen und insbesondere den Einsatz nicht-deutscher Wissenschaftler in dem angegliederten *Orientalischen Institut* überwachen. Auf der Planungsbesprechung am 19. Juni 1942 hatten die Beteiligten keine Einigung über die Weiterbeschäftigung der nicht-deutschen Mitarbeiter in den angegliederten Instituten erzielt. Frank wurde die Entscheidung vorbehalten. Aus Franks Äußerungen bezüglich der vierten Hauptaufgabe der Stiftung geht hervor, dass er auf Grund des Mangels an deutschen Fachkräften für den Verbleib der tschechischen, ukrainischen und russischen Mitarbeiter in den angegliederten Instituten war.

171 Vgl. Ansprache von Staatssekretär Karl Hermann Frank in der Großkundgebung im Lucernasaal zu Prag, 26. 2. 1943. In: Böhmen und Mähren, S. 38.

172 Gemeint sind das Südostinstitut München, das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut Berlin, die Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen und das Südost-europa-Institut in Leipzig. Vgl. Tätigkeitsbericht Beyers, 22. 2. 1944 (SUA 109-4/1522).

173 Vgl. Entwurf Beyers für eine Ansprache Franks, S. 4 (SUA 109-4/1522).

174 Ebd., S. 5.



Eröffnet wurde die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* im Frühjahr 1943. Am 27. Mai 1943, dem ersten Jahrestag des Attentats auf Reinhard-Heydrich, nahmen die Institute ihre Arbeit auf. Ursprünglich war geplant, die Eröffnung in Verbindung mit einer Hochschulwoche durchzuführen. Diese Hochschulwoche wurde aber verschoben.<sup>175</sup> Daraufhin einigte man sich, die Eröffnung nicht in einem feierlichen Rahmen stattfinden zu lassen, sondern in der Form einer Besprechung bei Frank, zu der nicht nur die führenden Köpfe der Stiftung erscheinen sollten, sondern auch einige Abteilungsleiter und Referenten des Reichsprotectorates sowie SS-Vertreter (SS-Obersturmbannführer Fischer vom Bodenamt und SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD).<sup>176</sup>

## 2. Struktur der Reinhard-Heydrich-Stiftung

### 2.1 Stiftungsleitung

Um eine möglichst enge Anbindung der Stiftung an die Universität zu erreichen, sollte der jeweilige Rektor der Deutschen Karls-Universität auch die Leitung der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* übernehmen. Für die Hochschulverwaltung und den Lehrkörper sollten die Institute der Stiftung einen ebenso hohen Stellenwert haben wie die anderen universitären Einrichtungen. Die Fakultäten wurden angehalten, bei zukünftigen „Berufungen, bei der Besetzung von Dozenturen und bei der Einstellung von Assistenten“ zu prüfen, ob sich die „neuen Kräfte für eine Mitarbeit in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*“ eigneten. Eine enge Zusammenarbeit war hier in gewisser Hinsicht dadurch gegeben, dass einige Institute der Stiftung eng mit Universitätsinstituten verbunden waren. Vor allem bei großen Gemeinschaftsaufgaben wie der Vorbereitung der 600-Jahr-Feier der Universität oder die „anthropologische und psychologische Durchleuchtung des Tschechentums“ hielt man eine enge Kooperation für unumgänglich. Die akademische Verwaltung sowie die staatliche Hochschulverwaltung sollten aber keine Zuständigkeiten innerhalb der Stiftung erhalten.<sup>177</sup> Den Planern der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*, vor allem Heydrich selbst, war es von Anfang an darum gegangen, das Stiftungsprojekt den Interessen des RSHA zu unterstellen und es möglichst von anderen Einflüssen abzuschotten.

An dem Plan, den jeweiligen Rektor der Universität zum Leiter der Stiftung zu ernennen, wurde nicht festgehalten. Alfred Buntru blieb bis zum Kriegsende Stiftungsleiter, auch während der Rektorate von Friedrich Klau-

175 Vgl. Buntru an Gies, 22.2.1943 (AUK, NU). Über die Gründe für die Verschiebung der Hochschulwoche gibt die Quelle keine Auskunft.

176 Vgl. Vermerk Beyers, Betr.: Einsetzung der Organe der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 19.3.1943 (SÚA 109-4/1522).

177 Entwurf Beyers für eine Ansprache Franks, S. 5f. (SÚA 109-4/1522).

sing (Rektor von Oktober 1943 bis September 1944) und Kurt Albrecht (1944 bis 1945).<sup>178</sup> Über die Gründe warum von dem ursprünglichen Plan abgewichen wurde, gibt ein Vermerk Beyers vom 25. Januar 1943 Auskunft, in dem Beyer vorschlägt, dass der Reichsprotektor und der Reichswissenschaftsminister von der Regelung, den Posten des Stiftungsleiters an den jeweiligen Rektor der Universität zu vergeben, abweichen können, „wenn ein anderes Mitglied des Senats der Universität als entschieden geeigneter für die Führung der Reinhard-Heydrich-Stiftung erscheint.“<sup>179</sup> Offensichtlich wurde Buntru für geeigneter gehalten als Rektor Klausing, der kein gutes Verhältnis zu Beyer hatte. Fremund vermutet, dass Albrecht nicht geeignet erschien, da er Arzt war und somit nicht der entsprechende Fachmann für die Leitung der Stiftung war.<sup>180</sup>

Die vier Gruppenleiter der Stiftung sollten dem Stiftungsleiter beratend und helfend zur Seite stehen. Sie waren für die Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit der Stiftung verantwortlich. Die Kompetenzverteilung unter den vier Gruppen entsprach den Entwürfen, die im Juni 1942 diskutiert worden waren. Demnach wurde Wilhelm Wezsäcker zum Gruppenleiter für Recht und Wirtschaftswissenschaft, Heinz Zatschek war für Geschichte und Philologie zuständig, der Geologe Arthur Winkler von Hermaden koordinierte die Naturwissenschaften und Hans Joachim Beyer unterstanden die Volkswissenschaften. Die Gruppenleiter bildeten eine Art Kollegium, welches für die Gesamtarbeit der Stiftung verantwortlich war. Die Institute wurden nicht unmittelbar den einzelnen Gruppenleitern unterstellt.<sup>181</sup> Wilhelm Wezsäcker wurde zum Verwaltungsdirektor ernannt. Beyer, der als Generalbevollmächtigter für den Stiftungsaufbau in der Aufbauphase die Geschäftsführung innehatte, wurde im Frühjahr 1943 von dieser Aufgabe entbunden, da die Vorbereitungen als erfolgreich abgeschlossen galten.<sup>182</sup> Nun bekleidete er das Amt des wissenschaftlichen Leiters der Stiftung, der die Arbeit der vier Gruppenleiter koordinieren sollte.

## 2.2 Die Institute der Reinhard-Heydrich-Stiftung

Auf einer Besprechung bei Staatssekretär Karl Hermann Frank am 25. August 1942, an der SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD, Hans Joachim Beyer und zeitweise SS-Sturmbannführer Wolf teilnahmen, wurde der endgültige Aufbau der einzelnen Institute besprochen. Als Grundlage dienten die Vor-

178 Buntru blieb allerdings bis 1945 Rektor der Technischen Hochschule. Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 180.

179 Aufzeichnung Beyers, 25.1.1943 (SÚA 109-4/1522).

180 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 6.

181 Vgl. Entwurf Beyers für eine Ansprache Franks, S. 7 (SÚA 109-4/1522).

182 Vgl. Vermerk Beyers, Betr.: Einsetzung der Organe der Reinhard-Heydrich-Stiftung. 19.3.1943 (SÚA 109-4/1522).

schläge vom 19. Juni 1942. Zwei Institute der Stiftung wurden durch den Ausbau bereits vorhandener Universitätsinstitute gegründet und dienten sowohl weiterhin als Universitatseinrichtung als auch der Arbeit der Stiftung. Dabei handelte es sich um das *Institut für Volkslehre und Nationalitatenkunde* von Beyer, das durch den Einbau einer völkerpsychologischen Abteilung erweitert wurde.<sup>183</sup> In Zukunft firmierte das Institut unter dem Namen: *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie*. Die Direktoren des Instituts waren Beyer als ordentlicher Professor für Volkslehre und Nationalitatenkunde Osteuropas und Rudolf Hippus, als außerordentlicher Professor für Sozial- und Völkerpsychologie.<sup>184</sup>

Das zweite Stiftungsinstitut, das durch Erweiterung eines bereits vorhandenen Universität sinstituts entstand, war das *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte*, dessen Direktor Eduard Winter, ordentlicher Professor für osteuropäische Geschichte, wurde.

Ein drittes Institut der Universität wurde erweitert, gehörte jedoch nicht unmittelbar zur *Reinhard-Heydrich-Stiftung*, sondern arbeitete eng mit dieser zusammen und erhielt Forschungsaufträge von ihr. Es handelt sich um das *Institut für Sozialanthropologie und Volksbiologie* unter der Leitung von Karl-Valentin Müller.

Neu aufgebaut wurden die folgenden Institute: *Institut für deutsches Recht in Ostmitteleuropa*, zu dessen Direktoren Wilhelm Weizsäcker, Professor für Geschichte des deutschen Rechts, und Franz Laufke, Professor für bürgerliches und Handelsrecht, ernannt wurden.<sup>185</sup> Die Frage, wer das *Landesgeschichtliche Institut für Böhmen und Mähren* leiten sollte, wurde auf der Sitzung bei Frank noch nicht abschließend geklärt. Im Gespräch waren Professor Zatschek und Dozent Dr. Schreiber. Tatsächlich wurde Zatschek, ordentlicher Professor für mittelalterliche Geschichte an der Deutschen Karls-Universität, zum Direktor dieses Instituts ernannt. Aus dem Bericht Beyers geht hervor, dass Dr. Anton Ernstberger, ordentlicher Professor für die Geschichte der Neuzeit, später ebenfalls als Direktor fungierte.<sup>186</sup>

183 Vgl. Vermerk über eine Besprechung bei Frank am 25.8.1943. Betr.: Institute der Reinhard-Heydrich-Stiftung und Hochschulfragen. Ohne Unterschrift (SUA 109-4/1522).

184 Vgl. Schreiben Beyers an Gies über die Tätigkeit der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 22.2.1944 (SUA 109-4/1522). In gekürzter Fassung auch bei Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 9, S. 30f. Vgl. zu den Instituten auch das Personal und Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Karls-Universität 1943/44 (AUK, NU).

185 Dieses Institut wurde auf der Planungssitzung bei Frank noch als Rechtswissenschaftliches Südost-Institut bezeichnet, in Beyers Bericht Anfang 1944 findet sich jedoch der oben genannte Name. Vgl. Schreiben Beyers an Gies über die Tätigkeit der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 22.2.1944 (SUA 109-4/1522)

186 Im Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Karls-Universität wird Ernstberger in dieser Funktion erstmals im Sommersemester 1944 erwähnt. Da Beyer seinen Bericht im Februar 1944 verfasste, muss Ernstberger kurz vorher mit diesem Posten betraut worden sein. Vgl. ebd. Vgl. auch Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Karls-Universität, Sommersemester 1944 (AUK, NU).

Das *Institut für tschechische Sprache und Literatur* wurde von nur einem Direktor geleitet: Von Dr. Eugen Rippl, der ordentlicher Professor für tschechische und slowakische Philologie war.

Zu Direktoren des *Instituts für Volkskunde Böhmens und Mährens* wurden Dr. Edmund Schneeweis, ordentlicher Professor für slawische Volks- und Altertumskunde, und Dr. Josef Hanika, außerordentlicher Professor für Volkskunde und Stammesgeschichte Mährens.

Ferner wurde Dr. Gerhard Gesemann zum Leiter des *Instituts für Volkslied und Volksmusik Osteuropas*. Seit Juni 1942 plante man noch die Eröffnung eines *Instituts für Wirtschaftskunde Böhmens und Mährens und des Südostens*, das von Dr. Adolf geleitet werden sollte.<sup>187</sup> Dieses Vorhaben konnte aber auf Grund von Personalproblemen zunächst nicht verwirklicht werden.<sup>188</sup> Erst am 1. Juli 1944 kam es dann zur Einrichtung eines *Volkswirtschaftlichen Instituts*. Es sollte unter anderem Fragen zur Entwicklung des tschechischen Volkstums behandeln, Untersuchungen über den Rückgang des Deutschtums in Nordmähren durchführen und die bevölkerungspolitischen Auswirkungen der Heimindustrie im Erzgebirge untersuchen.<sup>189</sup> In einem Brief von Dr. Heckel, Leiter der Abteilung Schulwesen in Franks Ministerium, an Staatsminister Frank vom 1.11.1944 wird als Institutsleiter Prof. Dr. Ferdinand Ulmer genannt.<sup>190</sup>

Das ehemalige tschechoslowakische Institut für Orientalistik wurde als *Orientalisches Institut* der *Heydrich-Stiftung* angegliedert und der Leitung von Professor Grohmann, der ordentlicher Professor für semitische Philologie und Kulturgeschichte des vorderen Orients war, unterstellt. Ursprünglich hatte man keine Bedenken, den tschechischen Professor Hrozný als Leiter des Instituts auf seinem Posten zu belassen. Ihm sollte lediglich ein deutscher Professor zur Seite gestellt werden.<sup>191</sup> Seit 1943 wird aber im Vorlesungsverzeichnis Adolf Grohmann als Leiter genannt. Geplant war außerdem die Einrichtung eines *Karpathen-Instituts* zur „Bearbeitung der volkswissenschaftlichen Probleme der Slowakei und des nördlichen Ungarn“ sowie ein *Institut für Russlandkunde*, welches die „einzugliedernden russischen Einrichtungen übernehmen“ sollte. Über den genauen Namen des

187 Vgl. Schreiben vom 19.6.1942. Betr.: Reichsstiftung. Unterschrift unleserlich (SÚA 109-4/1522).

188 Es fehlte ein geeigneter Leiter. Vgl. Vermerk über eine Besprechung bei Frank am 25.8.1942 (SÚA 109-4/1522).

189 Vgl. Schreiben Buntrus an Gies über die Aufgaben des Volkswirtschaftlichen Instituts in: Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 13, S. 34 f.

190 Vgl. Schreiben Heckels an Staatsminister Frank. 1.11.1944. Betr.: Maßnahmen zum totalen Kriegseinsatz; hier: Reinhard-Heydrich-Stiftung (SÚA 109-4/1522).

191 Vgl. Vermerk über eine Besprechung bei Frank am 25.8.1942 (SÚA 109-4/1522). Das Orientalische Institut war für die Planer der Stiftung politisch nur in zweiter Linie von Bedeutung. Da Prof. Hrozný ein „Gelehrter von Weltruf“ war, sollte er vorerst auf seinem Posten bleiben. Vermerk. Gruppe Hochschulen Dr. von Both. 19.6.1942. Betr.: Reichsstiftung für Slawische Forschung (SÚA 109-4/1522).

Instituts bestand noch keine Einigkeit.<sup>192</sup> Was aus diesen Plänen wurde, ist nicht bekannt. Da sich in den Quellen keinerlei Hinweise für die Existenz dieser beiden Institute finden, ist davon auszugehen, dass sie nie eröffnet wurden. Eine mögliche Erklärung, die auch Gerda Voigt in Betracht zieht, ist die Existenz eines *Instituts für Heimatforschung* in Käsmark (Kezmarok), die die Gründung eines Karpathen-Instituts in Prag überflüssig machte. Zu dem Institut in Käsmark, welches sich mit „verschüttetem Deutschtum“ beschäftigte, unterhielt die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* Beziehungen.<sup>193</sup>

In seinem Bericht vom 1. November 1944 erwähnt Dr. Heckel eine „naturwissenschaftlich-technische Arbeitsgemeinschaft für geologische Untersuchungen in Mähren,“ die anscheinend auch zur *Reinhard-Heydrich-Stiftung* gehörte und nach Erdöl suchte.<sup>194</sup> Weitere Informationen über diese Arbeitsgruppe liegen nicht vor.

Alle Direktoren der einzelnen Institute waren auch als Hochschullehrer an der Deutschen Karls-Universität tätig. Die *Heydrich-Stiftung* verfügte im Sommer 1944 über etwa 90 Beschäftigte.<sup>195</sup> Hippus teilte Frank mit, dass in seinem *Institut für Sozial- und Völkerpsychologie* an der Universität drei Hilfskräfte und in der Abteilung für Völkerpsychologie der *Heydrich-Stiftung* ein Referent, zwei Assistenten, eine Sekretärin und zwei technische Hilfskräfte beschäftigt waren. Ihm standen zehn Arbeitsräume und vier große Räume für seine Reihenuntersuchungen zur Verfügung.<sup>196</sup>

Die Zentrale der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* sowie einige Institute befanden sich auf der Prager Kleinseite, Brückengasse (Mostecká) 15. Genutzt wurden die Gebäude der ehemaligen jugoslawischen Gesandtschaft und des früheren Augustinerklosters St. Thomas.<sup>197</sup> Im September 1944 zog die Leitung der Stiftung in das Nostitzpalais, Maltaserplatz 1, um. Die restlichen Institute sowie die Bücherei befanden sich ebenfalls auf der Kleinseite, in der Josefsgasse (Josefské) 8, Brückengasse (Mostecká) 15 und am Großprioritätsplatz (Velkopřevorském nám.) 2. Die Gebäude wurden der Stiftung von dem Amt des Reichsprotectors unter Mithilfe des RMWEV zugewiesen.<sup>198</sup>

192 Vermerk über eine Besprechung bei Frank am 25. 8. 1942 (SÚA 109-4/1522).

193 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 188f.; Fahlbusch, Wissenschaft, S. 647.

194 Vgl. Schreiben Heckels an Frank. 1.11.1944 (SÚA 109-4/1522). Vgl. auch Fremund, Heydrichova nadace, S. 8; Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 181.

195 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 304. Gerda Voigt spricht von 76 Mitarbeitern, vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 182.

196 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 6.

197 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 304.

198 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 5.

## 2.3 Finanzierung

Über die Finanzierung der *Heydrich-Stiftung* geben die Dokumente leider keine vollständige Auskunft. Es lassen sich jedoch einige Informationen entnehmen, die Aufschluss über Maßnahmen und Möglichkeiten in Bezug auf die Finanzierung geben: 1. Zuschüsse des RMWEV, des Reichsfinanzministeriums und der Protektoratsregierung, 2. Zuweisung des beschlagnahmten Vermögens aufgelöster Institutionen und Liegenschaften.

Saure hatte in seinen ersten Entwürfen über die Errichtung einer Reichsstiftung die Finanzierungsfrage erörtert und einige mögliche Träger der Stiftung genannt, und zwar das RMWEV, das Reichsfinanzministerium und auch die Protektoratsregierung. Letztere wollte er zur Mitfinanzierung heranziehen, indem die Zuschüsse, die sie den „slawischen“ Einrichtungen gewährt hatte, weiter gezahlt werden sollten. Da die besagten Einrichtungen in die *Heydrich-Stiftung* inkorporiert werden sollten, wären die Zuschüsse so der Stiftung gezahlt worden. Vorsorglich baute Saure in seinen Satzungsentwurf einen Paragraphen ein, der dem Reichsprotektor das Recht zusprach, Vereinigungen, Körperschaften und andere Einrichtungen des Protektorats, welche der Stiftung verwandten Aufgaben dienten, dieser anzugliedern. Das dadurch eingezogene Vermögen sollte dann der Stiftung zufallen. Ferner war durch die Angliederung verschiedener Institutionen auch ein sachlicher Stiftungsfonds durch Bücher und Forschungsmaterialien gewährleistet.<sup>199</sup> In einem Schreiben des Reichsprotektorates vom 29. April 1941 wird die Möglichkeit genannt, der Stiftung eventuell das beschlagnahmte Vermögen der „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“, der „Simonstiftung“ und der „Stiftung des wendischen Seminars“ zuzuweisen.<sup>200</sup> Auch Beyer bat im Juni 1942 um die Zuweisung der „Simonstiftung“ an die *Heydrich-Stiftung*. Die Finanzierung war auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesichert. Beyer berichtet von Schwierigkeiten bei den Etatverhandlungen im Reichsfinanzministerium in Berlin. Die Einweisung des Vermögens der „Masaryk-Stiftung“ war bereits mit Ministerialdirigent Fuchs besprochen worden. Beyer hoffte auch auf die Zuweisung einiger Liegenschaften, so dass die *Heydrich-Stiftung* ihre Arbeit nach dem Vorbild der *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* in Posen aus den Erträgen ihrer eigenen Liegenschaften finanzieren könne.<sup>201</sup> Die „Masaryk-Stiftung“ stellte einen Vermögenswert von 1,5 Millionen RM da. Aus dem Haushalt des

199 Vgl. Brief Saures an Burgsdorff mit Satzungsentwurf, 18.3.1941 (SÚA 114-207/2).

200 Vgl. Schreiben des Reichsprotektorates, Betr.: Institut für die Errichtung einer Reichsstiftung für deutsch-slawische Forschung in Prag, 29.4.1941, Unterschrift unleserlich (SÚA 114-207/2). Anscheinend erhielt die *Heydrich-Stiftung* das Vermögen der Lausitzer Wenden-Stiftung noch im selben Jahr. Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 749; Roth, *Heydrichs Professor*, S. 302.

201 Vgl. Vermerk Beyers, Betr.: Reichsstiftung, 19.6.1942 (SÚA 109-4/1522). Vgl. zur Finanzierung der Reichsstiftung für deutsche Ostforschung Kalisch/Voigt, *„Reichsuniversität Posen“*, S. 199.

Reichsprotectors wurde der Prager Stiftung für 1942 ein Betrag von 250 000 RM zur Verfügung gestellt.<sup>202</sup> Im Januar 1943 fanden erneut Verhandlungen im Reichsfinanzministerium statt. Beyer erwähnt in seinem Bericht über diese Besprechung, das Reichsfinanzministerium sei daran interessiert gewesen, die *Heydrich-Stiftung* im Etat des RMWEV zu führen, und habe Bedenken geäußert, die Stiftung unmittelbar beim Reichsprotector zu verankern.<sup>203</sup> Beyer machte ferner deutlich, dass die zögerliche Haltung im Reichsfinanzministerium auf die dort vorherrschende Ansicht zurückzuführen sei, die *Heydrich-Stiftung* verfüge über ein erhebliches Vermögen sowie nennenswerte Liegenschaften. Er bat daher um eine nochmalige Prüfung einer möglichen Zuteilung größerer Objekte und Liegenschaften zur Eigenfinanzierung der Stiftung.<sup>204</sup> 1941 wurde im Reichsprotectorat darauf verwiesen, dass die Zuweisung von Grundstücken für die Stiftung nicht in Betracht komme, da der eingezogene Grundbesitz im Protektorat zu Siedlungszwecken im Sinne einer Förderung der deutschen Volkstumspolitik verwendet werden solle.<sup>205</sup> Zu einer endgültigen Regelung kam es anscheinend nicht. Die *Heydrich-Stiftung* finanzierte sich aber nicht nur durch das eingezogene Vermögen der Masaryk-Stiftung und der Stiftung der Lausitzer Wenden. 1944 erhielt die *Heydrich-Stiftung* aus dem Etat der Protektoratsregierung 1 500 000 Kronen für die Durchführung von Bauarbeiten.<sup>206</sup> Gerda Voigt zufolge erhielt die *Heydrich-Stiftung* auch Zuschüsse vom tschechischen Schulministerium.<sup>207</sup> Auch wenn die vorhandenen Quellen diese Vermutung nicht eindeutig belegen, gibt es in den Schriftstücken doch einige Hinweise auf eine finanzielle Unterstützung durch die Protektoratsregierung. Beyer hatte am 19. Juni 1942 darauf hingewiesen, dass die Zuschüsse der Protektoratsregierung für die nichtdeutschen wissenschaftlichen Einrichtungen zukünftig der *Heydrich-Stiftung* gezahlt werden sollten.<sup>208</sup> Außerdem war Emanuel Moravec als Minister der Protektoratsregierung für Schule und Bildung zuständig. Heydrich bezeichnete Moravec als „konsequenten Verteidiger eines Anschlusses an das Reich“.<sup>209</sup> Robert Luft zufolge stellte er sich wie kein anderer tschechischer Minister in den Dienst des Dritten Reiches.<sup>210</sup> Da das Schulministerium demnach unter

202 Vgl. Vermerk von Boths, Betr.: Reichsstiftung für slawische Forschung, 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

203 Vgl. Vermerk Beyers, Betr.: Etat der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 27. 1. 1943, S. 1 (SÚA 109-4/1522).

204 Vgl. ebd., S. 2 f.

205 Vgl. Schreiben des Reichsprotectorates, 29. 4. 1941 (SÚA 114-207/2).

206 Vgl. Fremund, *Heydrichova nadace*, S. 6.

207 Vgl. Voigt, *Faschistische „Neuordnungspläne“*, S. 182. Laut Voigt wurden 17 Mitarbeiter der Heydrich-Stiftung als „autonome Bedienstete“ geführt und direkt vom tschechischen Schulministerium bezahlt.

208 Vgl. Vermerk Beyers, Betr.: Reichsstiftung, 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

209 Zit. nach Brandes, *Protektorat I*, S. 219.

210 Vgl. Luft, *Das Bibliothekswesen*, S. 321.

deutscher Kontrolle stand, konnte eine finanzielle Unterstützung der *Heydrich-Stiftung* wahrscheinlich ohne große Schwierigkeiten durchgesetzt werden.

### 3. Die Akteure der Reinhard-Heydrich-Stiftung

Stand bisher die Struktur der *Heydrich-Stiftung* im Zentrum der Betrachtung, so soll in diesem Kapitel auf die Mitarbeiter der *Heydrich-Stiftung* etwas genauer eingegangen werden. Dabei werden auch der Werdegang und die Tätigkeiten der führenden Köpfe der Stiftung vor ihrer Zeit in der *Heydrich-Stiftung* etwas ausführlicher dargestellt. Da nicht für alle Mitarbeiter ausreichendes Quellenmaterial über ihre Arbeit in der Stiftung und ihre Publikationen vorliegt, soll so versucht werden, ein genaueres Bild zu zeichnen, welches auch darüber Aufschluss geben soll, warum gerade sie für einen Posten in der Stiftung in Frage kamen. Um deutlich zu machen, auf welchen Forschungsgebieten sich die Institutsleiter hauptsächlich bewegten, welche Thesen sie vertraten und wie sie politisch einzuordnen sind, wurden einige ihrer Publikationen aus den dreißiger und frühen vierziger Jahren untersucht. Dabei boten sich aufgrund ihrer regelmäßigen Erscheinungsweise und ihrer Kürze und Prägnanz besonders Zeitschriftenaufsätze an. Auf Hans Joachim Beyer, Rudolf Hippius und Karl Valentin Müller wird das Hauptaugenmerk gelegt, da sie zu den führenden Köpfen der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* gehörten und besondere Aufträge durchführten, die in direktem Zusammenhang mit den Plänen für eine Germanisierung Böhmens und Mährens standen. Anhand der ausgewählten Personen sollen außerdem die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* dargestellt werden. Hierbei soll vor allem auf ihre mögliche Funktion, die deutsche Besetzung Böhmens und Mährens zu legitimieren und Vorarbeiten für die Germanisierungspläne zu leisten, eingegangen werden. Desweiteren soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich die verschiedenen Institutsleiter in den Dienst der Stiftung stellten und welche Rolle dabei das Verhältnis der Stiftungsmitglieder untereinander spielte. In diesem Kontext wird vor allem die Person Gerhard Gesemanns zu untersuchen sein. Auf Grund der wenigen Informationen, die die Quellen und die Literatur bieten, wird auf Heinz Zatschek, Professor für mittelalterliche Geschichte an der Deutschen Karls-Universität, nicht gesondert eingegangen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, dass Zatschek 1940 zum kommissarischen Leiter der National- und der Universitätsbibliothek ernannt wurde<sup>211</sup> und dass er Ende 1943 von Frank zu seinem Beauftragten für geschichtliche Quellenveröffentlichungen in Böhmen und Mähren bestellt wurde, der die Aufgabe hatte, die Quellenveröffentlichungen der verschiedenen wissenschaftlichen Stellen im Protek-

211 Vgl. ebd., S. 329.



torat zu leiten und zu überwachen.<sup>212</sup> Die Rolle der Geschichtswissenschaft in der *Heydrich-Stiftung* wird in dem Beitrag über Beyer berücksichtigt.

### 3.1 Hans Joachim Beyer

Hans Joachim Beyer (1908–1971) gehörte zweifelsfrei zu den führenden Persönlichkeiten der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Er war für den gesamten Stiftungsaufbau verantwortlich, pflegte den intensivsten Kontakt zu den Behörden des Reichsprotektors und des SD und war auch schon vor seiner Ankunft in Prag im Rahmen des RSHA in Volkstumsfragen aktiv gewesen. Nicht ohne Grund hatte Reinhard Heydrich auf seine Berufung nach Prag und seine Betrauung mit den Stiftungsaufgaben besonderen Wert gelegt.

Beyer hatte Geschichte, Öffentliches Recht und Volkstumswissenschaften studiert. 1933 trat er in die SA ein. 1934 wurde er Dozent am Lehrerbildungsinstitut in Danzig, wo er seine erste volkstumpolitische Schrift über den Aufbau und die Entwicklung des ostdeutschen Volksraumes verfasste. Dort behauptete er, die mittelalterliche deutsche Ostexpansion habe den slawischen Völkern ein blühendes Städtewesen und eine geordnete Bodenverteilung gebracht. Die deutschen Siedlerwellen seien nach den Hussitenkriegen „entvolkt“ worden, was aufgrund der besonderen Begabungsqualitäten der deutschen „Rasse“ zu einer Erhöhung der „Leistungsfähigkeit“ der ost- und südosteuropäischen Völker geführt habe. Dieser Umvolkungsprozess müsse gestoppt und rückgängig gemacht werden. Das deutsche Volk habe Anspruch auf den alten ostdeutschen „Volksraum“.<sup>213</sup> Beyer gehörte zu den jungen Nachwuchskräften der Volksforschung, die die Trennung von wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis aufheben wollten. Er forderte, alle Kräfte der Volksgeschichtsschreibung für die Rückgewinnung des „ostdeutschen Bewährungsraumes“ zu mobilisieren<sup>214</sup> Beyer wurde Mitglied im *Volkswissenschaftlichen Arbeitskreis* des VDA. Seit 1936 leitete er beim DAI<sup>215</sup> in Stuttgart die *Arbeitsstelle* (vorher Mittelstelle) *für auslandsdeutsche Volksforschung* und wurde Herausgeber der Zeitschrift „Auslandsdeutsche Volksforschung“. 1936 trat Beyer in die NSDAP ein und wurde 1938 ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD.<sup>216</sup> 1940 erhielt Beyer mit Hilfe von Franz Alfred Six aus dem RSHA einen Lehrstuhl an dem neu gegründeten *Auslandswissenschaftlichen Institut* der Friedrich-Wilhelms-Universität in

212 Vgl. Schreiben Franks an Zatschek vom Oktober 1943, Betr.: Editionsrat für die über die jetzigen Grenzen von Böhmen und Mähren hinausgreifenden Editionen (SÚA 114-207/2).

213 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 273.

214 Vgl. ebd., S. 274.

215 Vgl. zur Tätigkeit des DAI Ritter, Deutsches Auslands-Institut; speziell zu Beyer S. 86ff.

216 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 274 f.; Fahlbusch, Wissenschaft, S. 143–147.

Berlin, wo er eine Abteilung für „Volks- und Landeskunde Ostmitteleuropas“ aufbaute.<sup>217</sup> Schon 1939 war Beyer nach Berlin gegangen, um als hauptamtlicher Mitarbeiter in der SD-Zentrale zu arbeiten. Dort wurde er zum SS-Untersturmbannführer ernannt und arbeitete als Bibliotheksreferent im Bereich Gegnerforschung.<sup>218</sup> Nach einem kurzen Dienst bei der Wehrmacht kehrte Beyer Ende 1939 ins RSHA zurück und arbeitete im Amt III (Deutsche Lebensgebiete) in der Amtsgruppe III B (Volkstum)<sup>219</sup> als Ukraine-Referent Seite an Seite mit Gruppenleiter SS-Obersturmführer Hans Ehlich. Beyer selbst wurde im Frühjahr 1940 zum SS-Obersturmführer befördert.<sup>220</sup>

Beyer stellte sich auch für die praktische Anwendung der Volkstumsforschung zur Verfügung. Im Juni 1941 meldete er sich in seiner Funktion als Ukraine-Referent als Berater bei der Einsatzgruppe C des SD.<sup>221</sup> Am 23. Juni marschierte er zusammen mit ihr in Galizien ein. In Lemberg<sup>222</sup> hatten Einheiten des sowjetischen NKWD – kurz vor dem Rückzug der Roten Armee – nach einem Aufstand der ukrainischen Nationalbewegung OUN 1 000 Menschen ermordet. Die OUN rächte sich nun an Kommunisten und jüdischen Bewohnern. Die Einsatzgruppe C, die am 30. Juni kurz nach der Besetzung Lembergs durch ein Sonderregiment der Wehrmacht-Abwehr in Lemberg eingerückt war, gewann die Kontrolle über die Einheiten der OUN und steuerte von nun an die Mordaktionen, denen ca. 5 000 Menschen zum Opfer fielen. Darüber hinaus erschossen die Einheiten der Einsatzgruppe C Anfang Juli ca. 3 000 Juden im Stadion von Lemberg. In den nächsten Tagen wurden ca. 40 polnische Intellektuelle in der Lemberger Universität misshandelt und anschließend erschossen.<sup>223</sup> Die Listen, nach denen dabei vorgegangen wurde, waren vom Ukraine-Referat des RSHA vorbereitet worden. Beyer war an den Erschießungen nachweislich beteiligt. Auch der Ordinarius für Nationalökonomie an der Deutschen Karls-Universität in Prag, Theodor Oberländer, nahm als Abwehrbeauftragter für ukrainische Fragen der Wehrmacht an den Lemberger Ereignissen teil. An der

217 Beyers Lehrauftrag hieß: „Volksforschung mit besonderer Berücksichtigung Osteuropas“, vgl. Siebert, *Die Ostforschung*, S. 19.

218 In dieser Funktion war er an der Auflösung einiger unliebsamer volkswissenschaftlicher Institute beteiligt. Zum Beispiel wurde das Volkskunde- und Auslandsinstitut des Prälaten Schreiber in Münster vom SD liquidiert. Vgl. ebd., S. 19; Roth, Heydrichs Professor, S. 281.

219 Vgl. zum Aufbau des RSHA Rürüp (Hg.), *Topographie des Terrors*, S. 70–81.

220 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 285

221 Vgl. zu den Einsatzgruppen des SD Krausnick/Wilhelm, *Truppe des Weltanschauungskrieges*.

222 Poln.: Lwów.

223 Vgl. zu den Morden an den Lemberger Intellektuellen Popielski, *Die Tragödie in Lemberg*.

Ermordung polnischer Universitätsangehöriger war Oberländer nach dem neuesten Forschungsstand aber nicht beteiligt.<sup>224</sup>

Nach seinem Einsatz veröffentlichte Beyer ein Buch mit dem Titel „Das Schicksal der Polen. Rasse - Volkscharakter - Stammesart“. In seinem Vorwort gibt Beyer an, die Ausführungen im Frühjahr 1941 „im Reich“ geschrieben zu haben, in denen das „Polentum“ vom Westen her gesehen würde. Der „Feldzug gegen den Bolschewismus“ habe Gelegenheit gegeben, das gleiche Problem vom Osten aus zu „prüfen“.<sup>225</sup> Beyer verstand es durchaus, seine wissenschaftlichen Erkenntnisse in den Dienst bevölkerungspolitischer Planungen zu stellen. Seine Ausführungen über das „Polentum“ seien nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für Verwaltung, Wirtschaft, Propaganda und Kulturpolitik von Interesse.<sup>226</sup> In seinem Buch untersucht Beyer die verschiedenen Landschaften und „Stämme“ Polens, letztere hinsichtlich ihres „biologischen Wertes“ und ihrer „Leistungsstärke“.<sup>227</sup> Er kommt zu dem Ergebnis, dass man die Polen nicht als einheitliches Volk bezeichnen könne, da sie weder „rassisch“ noch „seelisch“ eine Einheit bildeten. Die Polen seien nicht in der Lage, ihren „eigenen Siedlungsraum mit eigenen Kräften staatlich, wirtschaftlich und kulturell zu formen.“ Die Beherrschung der Gebiete sei nur dadurch möglich gewesen, dass bei den Nachbarvölkern „Anleihen“ gemacht worden seien. Die Aufgabe der deutschen Ostpolitik müsse daher darin liegen, „keinen Tropfen deutschen Blutes dem Polentum nutzbar zu machen“.<sup>228</sup> Über die polnischen Frauen schreibt Beyer, sie besäßen eine eigentümliche Variationsbreite in sexueller Hinsicht. Die bei anderen europäischen Völkern klare Unterscheidung zwischen Ehefrau und Dirne träfe bei den Polinnen oft nicht zu, da sie häufig beide Leben vereinigten. Dieses „Weibtum“ könne gegnerische Kräfte binden und habe schon oft die Hände eines Mannes von dem Steuer gelöst, das den „klaren Kurs der Volkstumspolitik sichern sollte“.<sup>229</sup> Die polnische Führungsschicht stehe aufgrund ihrer starken Verbindung mit „jüdischen

224 Die Beteiligung an den Erschießungen wurde ihm in einem Prozess in der DDR 1960 zur Last gelegt. Diese Vorwürfe haben sich als haltlos erwiesen. Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 520 ff.; Roth, *Heydrichs Professor*, S. 330 f.; Haar, „Kämpfende Wissenschaft“, S. 220; Wachs, *Der Fall Oberländer. Oberländers Rolle als Ostforscher bleibt davon unberührt. Der spätere Bundesvertriebenenminister Oberländer war vor seiner Prager Zeit Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, BDO-Führer in Ostpreußen und Landesleiter des VDA. In seinen Schriften bezeichnete er den polnischen Staat als reformunfähig, da er kein rassisch-homogener Nationalstaat sei und setzte sich für die Enteignung der jüdischen Bevölkerung ein.* Vgl. Haar, *Deutsche „Ostforschung“*, S. 495 ff.; Aly/Heim, *Vordenker der Vernichtung*, S. 96 f.

225 Beyer, *Das Schicksal der Polen*, Vorwort, S. V.

226 Ebd., S. VIII.

227 Vgl. ebd., S. 15.

228 Ebd., S. 158.

229 Ebd., S. 159.

Elementen“ außerhalb der kontinentalen Ordnung, und daher sei eine „Wiedereinschaltung“ vor der Geschichte nicht zu verantworten.<sup>230</sup>

In diesen Ausführungen werden Beyers Polenhass, sein Antisemitismus und sein Sexismus deutlich. Beyers Buch wurde zunächst nicht veröffentlicht und sollte nur für den Dienstgebrauch verwendet werden. 1944 erschien es in ukrainischer Übersetzung.

Im September 1941 erhielt Beyer einen Ruf an die Reichsuniversität Posen. Anfang 1942 trat er sein Amt an und besetzte den Lehrstuhl für „Volkslehre einschließlich Grenz- und Auslanddeutschtum“. Im Rahmen einer Gemeinschaftsvorlesung über den „Osten als deutsches Siedlungsland“ behauptete er, im 18. Jahrhundert seien die Führungsschichten in ganz Europa deutsch ausgerichtet gewesen, erst im 19. Jahrhundert sei durch das allgemeine „völkische Erwachen“ ein Zerfall eingetreten.<sup>231</sup> Aufgabe sei es nun, in den „veränderten völkischen Wirklichkeiten eine Ordnung zu finden, die das Lebensrecht der bodenständigen und lebensfähigen nationalen Gemeinschaften“ bejahe.<sup>232</sup> In Posen traf Beyer auch mit Rudolf Hippius zusammen, seinem späteren Mitarbeiter in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*.

Im Februar 1942 unternahm Beyer eine Reise in das Generalgouvernement, um im Auftrag der Amtsgruppe III B des RSHA einen Dörferkatalog der deutschstämmigen Bevölkerung zu erstellen, bevor ihn Reinhard Heydrich im Frühjahr 1942 an die Deutsche Karls-Universität in Prag holte<sup>233</sup>. Heydrich sorgte dafür, dass Beyers Lehrstuhl von Posen nach Prag verlegt wurde. Sein Engagement für den Stiftungsaufbau zahlte sich aus. Beyer wurde am 1. September 1942 zum SS-Hauptsturmführer befördert,<sup>234</sup> 1943 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.<sup>235</sup>

### Beyers Umvolkungsbegriff

Schon früh propagierte Beyer eine praxisorientierte Forschung im Bereich der Volkswissenschaften. Beyer bewegte sich im Umfeld junger Nachwuchshistoriker, die sich bemühten, die Hilfswissenschaften der Geschichtswissenschaft zu bündeln und zu einer „Volkstumsgeschichte“ zusammenzufassen. Sie verfolgten das Ziel der Aufhebung der Grenzen zwischen Wissenschaftstheorie und politischer Praxis. Die SS-Ämter benötigten genauere Informationen für ihre bevorstehenden bevölkerungspolitischen „Auslese- und Umverteilungsprozesse“. Gerade der Begriff der „Umvolkung“ (Assimilation) sollte genauer gefasst und differenzierter angewendet werden können. Die SS-Ämter umgaben sich zu diesem Zweck mit jungen volkswissenschaftli-

230 Ebd., S. 161 f.

231 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 295.

232 Beyer, Die deutsche Einheit, S. 44.

233 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 296 ff.

234 Vgl. ebd., S. 302.

235 Vgl. Míšková, Rassenforschung, S. 25.

chen Experten.<sup>236</sup> Beyer formulierte seine ersten Theorien zu „Umvolkungsprozessen“ in dem bereits erwähnten Buch von 1935 über den Aufbau des ostdeutschen Volksraums, in dem er die „Entvolkung“ der mittelalterlichen deutschen Ostexpansion beschreibt. Die Qualität der „deutschen Rasse“ habe zu einer „Leistungssteigerung“ der Nachbarvölker geführt, wodurch sich ein bürgerlicher Mittelstand habe bilden können, der für die Nationalstaatsbildungen von großer Bedeutung gewesen sei. Wo, laut Beyer, die deutsche Zuwanderung nicht ausgereicht hätte, habe sich das „jüdische Element“ festgesetzt. Dieser Prozess müsse gestoppt und rückgängig gemacht werden.<sup>237</sup>

Die Schlüsselbegriffe von Beyers Lehre waren Umvolkung (Assimilation) und Entvolkung (Dissimilation). „Umvolkung“ bezeichnete Beyer als eine bewusste oder unbewusste Veränderung der „rassischen Eigenart“, wobei der „Mischehe“ eine große Bedeutung zukomme. Die „Umvolkung“ nehme mehrere Generationen in Anspruch, um eine vollständige „Umfassung“ zu erreichen.<sup>238</sup> Beyer führt weiterhin aus, dass eine wirkliche „Umvolkung“ (Assimilation) sich nur zwischen „artverwandten Völkern“ vollziehen könne und dass die amerikanische Assimilation verschiedener Völker als „Amalgamation“ bezeichnet werden müsse, da sie „Artverwandte“ und „Artfremde“ miteinander verschmelze. Daraus könne kein kulturfähiges, harmonisiertes „Volkstum“ entstehen. Auch die „historische Chemie“ habe ihre Gesetzmäßigkeiten, die man nicht ungestraft verletzen dürfe. Der „melting-pot“ nutze nur den Juden, denn sie seien die einzigen, die ihre Eigenart bewahren könnten, ihre Anpassung sei nur „Mimikry“.<sup>239</sup> Beyer stellte Amerika in Volkstumsfragen auf eine Stufe mit der Sowjetunion, da auch sie ein eigenständiges „Volkstum“ ablehne. Genau in diesem Punkt bestehe die Feindschaft gegenüber Europa.<sup>240</sup> Auch die von Beyer so bezeichnete „Massen-Madjarisierung“ des 19. Jahrhunderts sei zu Ungunsten beider Völker verlaufen, da eine „rassische Affinität“ zwischen Deutschen und Madjaren nicht vorhanden sei. Bei der Mehrzahl der Assimilierten habe ein Schwund an Begabungen und positiven Charakterwerten stattgefunden.<sup>241</sup>

Beyers Theorien zu den Umvolkungsprozessen bildeten die Grundlage für seine Habilitationsschrift, die er für seine Dozentur in Berlin vorlegen musste. Die 500 Seiten starke Schrift, die sich mit „Umvolkungsvorgängen vor allem in Ostmitteleuropa“ beschäftigte, reichte Beyer im Februar 1939 in München ein. Dieses Manuskript gilt als verschollen.<sup>242</sup> Beyers Theorien

236 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 266 ff.

237 Vgl. Beyer, Ostdeutscher Volksraum, S. 117.

238 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 279.

239 Vgl. Beyer, Amerikanisches oder bolschewistisches „Volkstum“?, S. 204.

240 Vgl. ebd., S. 207.

241 Vgl. Beyer, Auslese und Assimilation, S. 417.

242 Laut Karl Heinz Roth ist sowohl das Manuskript als auch eine erweiterte Druckfassung, die Anfang 1945 in Brunn erschienen ist, verschollen. Gerda Voigt zitiert in ihrer Dissertation sehr umfangreich aus der 1945 erschienenen Ausgabe von Beyers

lassen sich jedoch anhand seiner veröffentlichten Zeitschriftenartikel nachzeichnen. Die Gutachter der Habilitationsschrift waren Karl Alexander von Müller, für den aber aufgrund einer Erkrankung der Historiker Ulrich Crämer einsprang, und der Psychologe Oswald Kroh. Kritisiert wurden nur formale sowie einige stilistische Mängel.<sup>243</sup>

Für seine Bewerbung an der *Auslandswissenschaftlichen Fakultät* in Berlin erhielt er große Unterstützung sowie Gutachten von renommierten Historikern. Hier ist auf Harold Steinacker, Wilhelm Schüssler, Karl Alexander von Müller und Reinhard Wittram hinzuweisen. Letzterer lobte Beyer, da er der für das deutsche Volk so wichtigen Erscheinung der „Umvolkung“ vor allem im Osten die nötige wissenschaftliche Aufmerksamkeit zugewandt habe. Für die Ostplanungen des RSHA waren Beyers Ausführungen von großer Bedeutung. Die Amtsgruppe III B bezeichnete Beyers Schrift als einzige, die sich mit der Untersuchung des Assimilationsproblems beschäftige.<sup>244</sup>

Die Grundsätze zukünftiger Handlungen stellten sich für Beyer wie folgt dar: Die Zulassung von Mischehen nur bei „artverwandten“ Völkern; die Ausschaltung der sogenannten „jüdischen Mimikry“; die Rückgewinnung des „deutschen Leistungserbguts“, also eine sogenannte Dissimilation und eine Bewertung der ost-europäischen „Völkerstämme“ nach ihrem „deutschen Einschlag“, wobei von den Völkern Ost- und Ostmitteleuropas laut Beyer die Tschechen vor den Ukrainern und diese vor den Polen lägen.<sup>245</sup>

Beyer lehnte den rein sprachlich-geistig-kulturellen Volksbegriff als unzureichend ab, da er den Aspekt der Rasse nicht genügend berücksichtige. Er kritisierte die „allgemeine Volkslehre“ Max Hildebert Boehms, da Volk ausschließlich rassisch bestimmt und etwas Einmaliges sei, so dass es daher nur eine deutsche, polnische, dänische, tschechische usw. Volkslehre geben könne.<sup>246</sup> Rein landesgeschichtlich und siedlungskundlich ausgerichtete Forschungen hielt Beyer ebenso für verfehlt. Die ihm vorschwebende auslandsdeutsche Volksforschung sollte auch andere Hilfswissenschaften integrieren, wie zum Beispiel Medizin, Rassenkunde, Soziologie, Geographie, Kunst, Volksgeschichte, Volkskunde, Erziehungswissenschaften, Konfessionskunde und Sprachwissenschaften.<sup>247</sup>

Beyers These, die Nationalbewegungen im ostmitteleuropäischen Raum des 19. Jahrhunderts hätten nur durch den hohen „deutschen Blutsanteil“ eine Wirkung entfalten können, und seine Behauptung, dass die Polen nicht als eigenständiges Volk bezeichnet werden könnten, ließen sich auf die

Buch. Mir war es nicht möglich das Buch aufzufinden. Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 282; Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 194, 249–256, 259–260.

243 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 284.

244 Vgl. ebd., S. 285 f.

245 Vgl. Beyer, Auslese und Assimilation, S. 418; Roth, Heydrichs Professor, S. 283.

246 Vgl. Beyer, Zur Einführung, S. 15.

247 Vgl. Ritter, Deutsches Auslands-Institut, S. 86 f.

Tschechen übertragen. Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* bot dafür den entsprechenden Rahmen.

### 3.2 Rudolf Hippius

Der Psychologe Rudolf Hippius (1905–1945) leitete zusammen mit Beyer das *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie* der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. An der Deutschen Karls-Universität besetzte er den Lehrstuhl für Sozial- und Völkerpsychologie. Nach abgebrochenem Theologiestudium in Wien studierte Hippius Philosophie in Dorpat. Er gehörte der Deutsch-Baltischen Partei Estlands an. Von 1931–1934 arbeitete er als Assistent am Psychologischen Institut in Leipzig, promovierte 1934 in Dorpat und war seit 1940 als Psychologe bei der Wehrmacht tätig.<sup>248</sup> Hippius war SA-Mitglied und gehörte auch dem BDO an. An der neu gegründeten Reichsuniversität in Posen wurde er stellvertretender Leiter des Seminars für Psychologie und in der *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* war er Leiter des Arbeitskreises „Eignungsforschung“ in der *Arbeitsgemeinschaft für Ostsiedlung*.<sup>249</sup> Der Arbeitskreis sollte die Bereitschaft und die Tauglichkeit bestimmter Bevölkerungsschichten für die Ansiedlung in den annektierten Gebieten prüfen. Hippius Hauptaufgabe bestand in der Untersuchung der polnischen Bevölkerung. Sein Schwerpunkt lag dabei auf der Untersuchung von Kindern aus deutsch-polnischen Mischehen. Im September 1942 verkündete Hippius, die „Materialaufnahme“ an deutsch-polnischen „Mischlingen“ in Polen sei abgeschlossen.<sup>250</sup> Seine Ergebnisse veröffentlichte er 1943 in dem Buch „Volkstum, Gesinnung und Charakter“, in dem er seine Gruppenuntersuchungen auf das ganze Volk bezog.<sup>251</sup> Diese Untersuchungen basierten auf der Annahme, dass es in den verschiedenen Völkern festgelegte Erbwerte gebe, die sich bei „Völkermischung spezifisch und gesetzlich wandeln“. Durch die Untersuchungen sollten die „seelischen Hintergründe des Volkstums“ erhellt werden.<sup>252</sup> Hippius nimmt eine Hierarchisierung verschiedener „Mischungen“ vor. Er konstatiert für die „deutsch-

248 Vgl. Lenz (Hg.), *Deutschbaltisches biographisches Lexikon*, S. 323. Hippius Tätigkeit in der Heydrich-Stiftung wird in dem Lexikon nicht erwähnt.

249 Diese Arbeitsgemeinschaft übte ihre Tätigkeit in verschiedenen Arbeitskreisen aus, die unterschiedliche Themen behandelten: „Der volkspolitisch zweckmäßige Einsatz polnischer Arbeitskräfte auf dem Lande“; „Methoden der Flurbereinigung in einem bestimmten Landkreis“; „Die Wiederbewaldung des Ostens“; „Die ländliche Tierhygiene“, „Feststellung des Menschenbedarfs in einem bestimmten Landkreis“, „Ostrechtsforschung“ und „Ostwirtschaft“. Die Arbeitsgemeinschaft für Ostsiedlung stand unter der Leitung des Rektors der Reichsuniversität Posen Carstens. Vgl. Liste der Leiter der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Institute der Reichsstiftung. In: Goguel, *Deutsche Wissenschaftler*, Anhang 2, Dok. Nr. 9 d, S. 68.

250 Vgl. Goguel, *Deutsche Wissenschaftler*, S. 120.

251 Hippius u. a., *Volkstum, Gesinnung und Charakter*.

252 Vgl. ebd., S. 15f.; Deichmann, *Biologen unter Hitler*, S. 261 ff.

estnische Mischung“ eine geringe „Entharmonisierung“, während er bei der „deutsch-polnischen Mischung“ angeblich eine starke Entharmonisierung der Probanden feststellt. Charaktereigenschaften wie Labilität, Zaghaftigkeit sowie depressive Hilflosigkeit seien in dieser Gruppe verstärkt zu finden.<sup>253</sup> Die Voraussetzungen für eine Verwendung der „seelischen Kräfte“ in dieser Gruppe seien ungünstig, da die „Triebhaftigkeit polnischer Prägung“ erst bei wiederholter „deutscher Aufkreuzung“ verschwände.<sup>254</sup> Zum Thema der Assimilation stimmte Hippius mit Beyer überein. Eine positive Assimilation könne sich nur bei großer Ähnlichkeit des Erbgefüges und numerischem Überwiegen eines Volkes vollziehen. In allen anderen Fällen sei die Assimilation ein gefährliches Wagnis für den seelischen Bestand des assimilierenden Volkes. Hippius bezeichnete „Volkstümer“ als die „dauerbarsten seelischen Seinsweisen, das Werk der Rassensiege in der Geschichte der Menschheit.“<sup>255</sup> Für Hippius war die „Artung des Erbgefüges“ entscheidend. Erziehungs- und Umwelteinflüsse spielten nur eine untergeordnete Rolle: „Volkstum als stabilisierte Rassenmischung ist ein, im Großen gesehen, stabiles und gleichbleibendes Gefüge“.<sup>256</sup>

In Prag setzte er seine Untersuchungen fort. In seiner Antrittsvorlesung berichtete Hippius über seine Untersuchungen in Estland, im sogenannten Warthegau und in Polen.<sup>257</sup> Im Rahmen der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* untersuchte Hippius tschechische Studenten, die zum Studium an reichsdeutschen Universitäten zugelassen werden sollten.<sup>258</sup> Ferner führte er psychologische Untersuchungen an 444 Personen durch, die zum „tschechischen bürgerlichen Bevölkerungskreis der Stadt Prag“ gehörten.<sup>259</sup> Im Rahmen der später von der *Heydrich-Stiftung* praktizierten Bolschewismusforschung, von der noch weiter unten die Rede sein wird, war Hippius ebenfalls sehr aktiv. Und auch an den noch kurz vor Kriegsende entworfenen Europakonzeptionen war er zusammen mit Beyer maßgeblich beteiligt. Hippius war in der *Zentrale für Ostforschung* des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete der Vertreter der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Er arbei-

253 Vgl. ebd., S. 18f.

254 Vgl. ebd., S. 20.

255 Ebd. S. 116.

256 Ebd.

257 Vgl. Fremund, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 15.

258 Hippius an Frank, 20. 3. 1944, abgedruckt bei Fremund, Heydrichova nadace, S. 16. Seit 1941 waren tschechische Studenten in beschränktem Umfang zum Studium an deutschen Hochschulen zugelassen. Voraussetzungen waren die Beherrschung der deutschen Sprache und arische Abstammung. Es sollten nur die als „eindeutschungsfähig“ geltenden Studenten zugelassen werden. Im Sommersemester 1941 studierten 33 tschechische Studenten an deutschen Hochschulen. 1943 wurden 380 zum Studium zugelassen. Vgl. Brandes, Protektorat I, S. 137, II, S. 37.

259 Vgl. Fremund, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung, S. 16.



tete dort in der Fachgruppe für Völkerpsychologie. Welche Aufgaben Hippisus im Rahmen der Abteilung des Rosenbergministeriums ausführte, ist nicht bekannt.<sup>260</sup>

### 3.3 Karl Valentin Müller

Müller (1896–1963) studierte in Leipzig Soziologie, wo er auch promoviert und sich habilitierte. Seine Studien verband er schon früh mit rassistischen Ideen. Er beschäftigte sich mit den Disziplinen der sogenannten Erb- und Rassenhygiene, die sich in Deutschland in den zwanziger Jahren etablierten. Im Rahmen der *Gesellschaft für Rassenhygiene* hielt er viele Vorträge. Bereits in den zwanziger Jahren hatte er Bekanntschaft mit den Rassentheoretikern Hans F. K. Günther und Fritz Lenz gemacht, die seine Karriere mit Hilfe positiver Gutachten vorantrieben. Zu Beginn der dreißiger Jahre erteilte ihm das Rassenpolitische Amt der Reichsleitung der NSDAP Aufträge.<sup>261</sup> 1935 veröffentlichte Müller ein Buch unter dem Titel „Der Aufstieg des Arbeiters durch Rasse und Meisterschaft“, welches tiefe Einblicke in die von biologistischen, sozialdarwinistischen und rassistischen Gedankengängen geprägten Theorien Müllers bietet.<sup>262</sup> Als Grundannahme in Müllers Ausführungen gilt die Überlegenheit der Erbanlagen vor den Einflüssen durch Umwelt und Erziehung. Hauptanliegen Müllers war es, angesichts der „ernsten biologischen Krise“, in der sich das deutsche Volk befinde, Mittel zur „rassischen Erneuerung des Volkes“ zu finden. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf die Reichserbhofgesetzgebung Darrés, die die „rassische Gesunderhaltung“ des deutschen Bauerntums als Quelle „deutscher Volkserneuerung“ garantiert habe.<sup>263</sup> Nun gelte es, das „germanische Streben des tüchtigsten Kernes“ der deutschen Arbeiterschaft nach Heimstätte und beruflicher Auszeichnung zu fördern.<sup>264</sup> Müller beschreibt die Versuche der Vergangenheit, die Folgen der Industrialisierung zu bewältigen und die „soziale Frage“ zu lösen. Je stärker die soziale Fürsorge ausgebaut wurde, desto größer sei auch das Heer der „Verwahrlosten“ geworden. Der größte Irrtum des „sozialen Zeitalters“ sei die Annahme gewesen, dass alle „Menschenpflänzchen“ gleich seien.<sup>265</sup> Durch erleichter-

260 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 6; Fahlbusch, Wissenschaft, S. 601.

261 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 166.

262 Vgl. Müller, Rasse und Meisterschaft, München 1935.

263 Durch das Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933 wurde die Vererbung auf nur einen Erben zur Pflicht. So sollten Erbhöfe gebildet werden, die die Erhaltung der nordischen Rasse gewährleisten sollten, da ihre Besitzer einen Ariernachweis erbringen mussten und die Erbberichtigung an „Reinrassigkeit“ gebunden war. Vgl. Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. von Benz/Graml/Weiß, S. 668.

264 Vgl. Müller, Rasse und Meisterschaft, S. 7.

265 Vgl. ebd., S. 17 ff.

te äußere Lebensumstände, wie zum Beispiel besseres Werkzeug und bessere Maschinen, sei es vielen „mangelhaft beanlagten Menschen“ möglich gewesen, am Gesellschaftsleben teilzuhaben, ohne „ausgemerzt“ zu werden. Sie könnten durch Kinderzeugung ungestört ihre „entarteten“ Anlagen ausbreiten. Die Fortpflanzung der „Entarteten“ müsse gestoppt werden. Durch die Kulturentwicklung sei es möglich geworden, dass im Menschheitsgarten „Kraut und Unkraut“ nebeneinander wüchsen, ohne dass das Naturgesetz seine „jätende Arbeit“ hätte fortsetzen können.<sup>266</sup>

Müller erhielt eine Professur an der kulturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule Dresden. Zusammen mit Emil Lehmann wollte er dort ein *Institut für Volkswissenschaften* gründen. Kurze Zeit arbeitete Müller als Heerespsychologe. 1940 hielt er auf der von Wilhelm Saure organisierten Tagung über die Germanisierung der böhmischen Länder einen Vortrag über die „tschechisch-deutsche Frage als Rassenproblem und den Anteil deutschen Blutes im tschechischen Volk“.<sup>267</sup> Karl Hermann Frank wurde auf ihn aufmerksam und setzte sich dafür ein, dass Müller nur bei „dringendem Bedarf zur psychologischen Prüfarbeit“ bei der Wehrmacht herangezogen werden sollte. Frank begründete die beantragte Freistellung Müllers damit, dass dieser zur „Erledigung einer vom Führer gestellten Aufgabe wichtige Forschungen auf dem Gebiet der deutsch-tschechischen Rasse- und Urvolkungsfrage für das Amt des Reichsprotectors durchzuführen“ habe. Die Forschungsergebnisse seien für das Schicksal des Raumes Böhmen und Mähren von erheblicher Bedeutung.<sup>268</sup> Müller wurde an die Deutsche Karls-Universität berufen, um dort das *Institut für Sozialanthropologie und Völkerbiologie* aufzubauen und zu leiten.<sup>269</sup> In Prag arbeitete Müller für Frank als Sonderbeauftragter für Rassenfragen in den böhmischen Ländern.<sup>270</sup> Im Auftrag Franks verfasste er eine Denkschrift zur „Urvolkung“, deren Ziel es war, Methoden zur „Bereinigung der völkischen Gemengelage“ im südosteuropäischen Raum aufzuzeigen.<sup>271</sup> Müller hielt nicht viel von aufwendigen Umsiedlungsplänen und der Schaffung großer

266 Vgl. ebd., S. 21 ff.

267 Vgl. Šisler, „Slovanského bádání“ v Praze, S. 261.

268 Ansuchen K. H. Franks an die Inspektion für Eignungsprüfung beim Oberkommando der Wehrmacht in Berlin um Zustimmung zu Rassenuntersuchungen in Zusammenhang mit der Germanisierung der tschechischen Bevölkerung durch Prof. K. V. Müller, 18.10.1940. In: Gajan/Kvaček (Hg.), Deutschland und die Tschechoslowakei, Dok. Nr. 59, S. 173.

269 Vgl. Míšková, Rassenforschung, S. 14.

270 Vgl. Mastný, The Czechs under Nazi Rule, S. 130.

271 Denkschrift zur „Urvolkung“, Dokumentenanhang bei Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 375–382. Das Dokument enthält als Datumsangabe nur 17.10 ohne Jahresangabe. Als vermuteten Zeitpunkt der Verfassung gibt Gerda Voigt den 17.10.1940 an. Diese Vermutung könnte zutreffend sein, da Frank sein Ersuchen um Freistellung Müllers mit dessen Forschungen auf dem Gebiet der Urvolkungsfragen im Protektorat begründete. Das Schreiben an die Wehrmacht ist vom 18.10.1940.

Siedlungsräume mit klaren Volksgrenzen. Er wies einen „Lösungsweg“ auf, der sich in vier Schritte gliederte:

1. Die „Überschichtung des gesamten Herrschaftsraums mit einer deutsch bestimmten [...] Führungsschicht“.
2. Die „Rückgewinnung großer Teile der jüngst entdeutschen Leistungssippen für das Muttervolkstum“.
3. Die „Heranziehung solcher Leistungsträger der fremden Volkstümer zur Arbeit im deutschen Leistungsraume, die sich durch ihre Bewährung als leistungsebenbürtig erwiesen haben und gegen die biologisch keine Bedenken bestehen“.
4. Die „teilweise Entschlackung des deutschen Volkstums von jüngst eingevolkten leistungsmässig minderebenbürtigen Sippen auf dem Wege der Rückvolkung an das slawische Ausgangsvolkstum“.<sup>272</sup>

Die Funktionsverteilung in dem deutsch beherrschten Raum sollte demnach folgendermaßen aussehen: „Das führende Herrenvolk, seiner größten Schlacken durch fortwährende Leistungs- und Bewährungsauslese sich entledigend, als die Führer-, Meister- und Freisassenschicht [...] und unter ihm verständnisvoll geleitet, harmlos und zufrieden werdend in der ihrem erblichen Wesen angepassten Dienstleistung, mit der Zeit hereinwachsend in die Bejahung dieser Ordnung und aber weiterhin ihr besonderes völkisch-sprachlich-kulturliches Gepräge wahrend, behäbige und arbeitsame Hinterassenvölker.“<sup>273</sup>

In der Frage, was denn zu unternehmen sei, um das eigene Volkstum nicht durch das Volkstum des beherrschten Volkes zu gefährden und seine Leistungshöhe nicht zu „verwässern“, zeigte Müller zwei Wege auf: Die „physische oder wirtschaftliche Vernichtung“ der Intelligenz des entsprechenden Volkes oder die Überführung in die mittelbare Dienstbarkeit oder sogar in den „Volkskörper des Herrenvolkes“. Der erste Weg führe nur dann zum Erfolg, wenn ein „Wiedernachwachsen“ einer Führungsschicht ausgeschlossen werden könne. In Anbetracht der in großer Anzahl vertretenen Auslandsgruppen sei dies jedoch nicht zu garantieren. Zudem sprächen starke „sittliche und psychologische Bedenken“ gegen diese Lösung. Müller führt an, dass einige Völker im deutsch beherrschten Raum, beispielsweise die Tschechen, von so hochwertiger „sozialbiologischer Struktur“ seien, dass theoretisch das ganze Volk vernichtet werden müsste. Der zweite Weg böte den Vorteil der Stärkung des eigenen Volkskörpers, indem die „biologische Irredenta“ aus vergangenen Zeiten und die geeigneten Teile der „Vassallenvölker“ dem deutschen „Leistungskörper“ dienstbar gemacht würden.<sup>274</sup> Die Intelligenz sollte dabei über den deutschen Raum verteilt werden. In ihrer Gruppe unterscheidet Müller zwischen leichter assimilierbaren,

272 Ebd., S. 375 f.

273 Ebd., S. 376.

274 Ebd., S. 377 f.

schwieriger und gar nicht assimilierbaren Menschen. Zur ersten Gruppe gehörten laut Müller vor allem Menschen mit deutschen Vorfahren. Dadurch sei ein guter Ansatz vorhanden, die Menschen dazu zu bewegen, sich zu ihrem Deutschtum zu bekennen, sich „rückvolken“ zu lassen. Bei den schwer zu assimilierbaren Menschen könne durch „Mischheirat“ im „Altreich“ eine Auflockerung des nationalen Bekenntnisses erreicht werden.<sup>275</sup> Grundsatz aller Maßnahmen müsse aber sein, dass nur die „begabten Angehörigen des fremden Volkstums“ an der „Verdeutschung“ teilhaben könnten. Bei den „minderbegabten“ und „mindererwünschten“ sei das Festhalten an ihrem Volkstum und ihrer Sprache der beste Schutz gegen unerwünschte „Vermischung.“<sup>276</sup>

In dieser Konzeption finden sich weitere Ansätze einer Germanisierung der tschechischen Bevölkerung wieder: „Rassisch-biologische Bestandsaufnahme“ und Eindeutschung der als bedenkenlos und brauchbar eingestuften Menschen. Müllers Vorschläge lagen in ihren Grundzügen auf der Linie Franks und Heydrichs; nur waren sie insofern weniger radikal, als Müller die Vernichtung von Teilen der unterdrückten Bevölkerung ausschloss, weil er die „ethischen und psychologischen Rückwirkungen auf das eigene Volk und nach außen hin“ fürchtete.<sup>277</sup> Müller plädierte für eine langfristige Germanisierung. Dieser Prozess sollte langsam und unauffällig vollzogen werden, getragen von einer erhofften Zunahme der Kollaborationsbereitschaft in den besetzten Ländern.

Das Fach Sozialanthropologie an der Deutschen Karls-Universität in Prag wurde mit der Erforschung des böhmisch-mährischen Raumes beauftragt. Für diese Aufgabe sollte ein Wissenschaftler gewonnen werden, der mit den anthropologischen Verhältnissen des Raumes bestens vertraut war. Dieser war auch nach Meinung des Dekanats der naturwissenschaftlichen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Karl Valentin Müller. Es sei selbstverständlich, so der Dekan, dass diese Persönlichkeit ihre Wirkungsstätte mitten im Untersuchungsgebiet habe.<sup>278</sup> Die Aufgaben der Sozialanthropologie an der Prager Universität formulierte der damalige Dekan der Philosophischen Fakultät Ernst Schwarz folgendermaßen: „Die Sozialanthropologie ist ausersehen, die im böhmisch-mährischen Raum besonders vordringlichen Fragen der Entvolkung und Umvolkung zu untersuchen.“<sup>279</sup> Müllers Institut sollte auch Reihenuntersuchungen bei der Arbeiterschaft größerer Betriebe durch-

275 Ebd., S. 380.

276 Ebd., S. 382.

277 Ebd., S. 377.

278 Ernennungsvorschlag des Dekans der naturwissenschaftlichen Fakultät Viktor Czurda für den Lehrstuhl für Sozialanthropologie, 8.10.1940 (AUK, NU).

279 Ernst Schwarz über die Abgrenzung der Aufgabengebiete der Lehrstühle für Rassenkunde, Sozialanthropologie und Erb- und Rassenhygiene, 27.3.1941 (AUK, NU).

führen.<sup>280</sup> Neben seiner Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber und Institutsdirektor war Müller außerdem noch stellvertretender Leiter einer Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung.

### 3.4 Gerhard Gesemann

Gerhard Gesemann (1888–1948) hatte in München, Berlin und Kiel Germanistik, Slawistik und vergleichende Sprachwissenschaften studiert, promovierte in Kiel 1913 zum Doktor der Philosophie und habilitierte sich 1920 in München für slawische Sprachen und Literatur. 1921 ging er nach Prag, wo er zum außerordentlichen und 1924 zum ordentlichen Professor für allgemeinslawische Philologie ernannt wurde. Gesemanns Forschungsinteresse richtete sich eher auf die völker- und kulturkundlichen Aspekte der Slawistik und weniger auf die vorwiegend betriebene sprachwissenschaftlich-philologische Ausrichtung.<sup>281</sup> Zusammen mit dem Slawisten Franz Spina<sup>282</sup> gründete Gesemann 1930 die *Deutsche Gesellschaft für Slawistische Forschung* in Prag, die als Dachorganisation für verschiedene interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaften fungierte und die „Slawische Rundschau“ herausgab. In der Forschungsgesellschaft arbeiteten 1930 deutsche und tschechische Fachleute zusammen. Als die Spannungen im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis im Zuge der Weltwirtschaftskrise zunahm erschwerte sich auch die Zusammenarbeit in dieser Institution. 1937 schied Gesemann aus der Redaktion der Slawischen Rundschau aus.<sup>283</sup> Gesemann war in den Jahren 1933/34 Rektor der Deutschen Universität in Prag und trat 1935 als Spitzenkandidat der Sudetendeutschen Partei in Prag an. Er war ein angesehener Slawist, erhielt jedoch nie einen Lehrstuhl an einer Universität im „Altreich“ auf Grund vieler Denunziationen und negativen Beurteilungen, hinsichtlich seiner politischen Einstellung. Josef Pfitzner, der an der Deutschen Universität in Prag Professor für osteuropäische Geschichte war, bezeichnete Gesemann 1936 als jemanden, der linksgerichtet sei und die natürlichen Grenzen nicht sehen würde, die Deutsche beim Verkehr mit anderen Völkern niemals überschreiten sollten. Die von ihm mitherausgegebene Zeitung „Slawische Rundschau“ sei dem Deutschtum wesensfremd.<sup>284</sup> Der SD-Leitabschnitt in Prag bezeichnete Gesemann als politischen Op-

280 Vgl. Dekan der philosophischen Fakultät an den Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen und den Rektor der Deutschen Karls-Universität, Betr.: Benennung des Instituts für Sozialanthropologie und Volksbiologie, 15.5.1942 (AUK, NU).

281 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 2.

282 Spina gehörte zusammen mit Robert Mayer-Harting zu den ersten deutschen Ministern im tschechoslowakischen Kabinett, 1926. Vgl. Seibt, Deutschland und die Tschechen, S. 288.

283 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 6.

284 Vgl. Zeil, Gerhard Gesemann, S. 734f.

portunist.<sup>285</sup> Diese Vorgänge verhinderten zwar, dass Gesemann einen Lehrstuhl an einer reichsdeutschen Universität erhielt, er verlor aber nicht seinen Lehrstuhl an der Deutschen Universität in Prag – auch dann nicht, als diese in den Zuständigkeitsbereich des RMWEV fiel.

Gesemann nahm an internationalen Konferenzen teil, so zum Beispiel an einem Slawistenkongress in Belgrad im Herbst 1939. Er wurde auch im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach Belgrad geschickt, um dort das *Deutsche Wissenschaftliche Institut* aufzubauen, dessen Leiter er später wurde. Auch nach seiner endgültigen Rückkehr nach Prag im August 1941 blieb er weiterhin für diplomatische Kontakte nach Jugoslawien wichtig. Gesemanns fachliche Kompetenz und seine Kenntnisse über die wissenschaftlichen und politischen Verhältnisse des Balkans waren einigen amtlichen Stellen anscheinend wichtiger als die gegen ihn vorliegenden Denunziationen.<sup>286</sup> Für Gesemann war die Deutsche Universität ein in das „slawische Millieu“ vorgeschobener Horchposten. Von hier aus sollte das tschechische Volk für die deutsche Kultur gewonnen werden. Gesemann plädierte für eine Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen der Universität, da die Aufgaben zur Bewältigung der Probleme des Südostens von so großer Bedeutung seien, dass eine Disziplin alleine sie nicht erfüllen könne. In diesem Zusammenhang machte er seine bereits erwähnten Vorschläge zur Umstrukturierung der Slawistik an der Deutschen Karls-Universität und zur Errichtung eines *Instituts für die Kunde Ost- und Südosteuropas*.<sup>287</sup> Als Forschungsziele der neustrukturierten Slawistik nennt Gesemann die Erforschung und Bekämpfung des Panlawismus und die volkswissenschaftliche Untersuchung des böhmisch-mährischen und des weiteren Südostraums.<sup>288</sup> Der Umbenennung des *Slawischen Seminars* der Universität wurde zwar zugestimmt, aber die Umstrukturierung bestand lediglich in der Aufteilung des Seminars nach einzelnen Völkern und der Erweiterung um das byzantinische Seminar. Die große Umstrukturierung blieb auch deswegen aus, weil sich Kollegen gegen eine Eingliederung ihrer Abteilung in ein von Gesemann geleitetes Institut wehrten. Mit dem Antritt Beyers in Prag verschlechterte sich Gesemanns Position in der Universität, da Beyer sich gegen eine Ausweitung der Slawistik wehrte. Und auch das *Slawische Institut*, dessen Direktor Gesemann 1941 geworden war, wurde im Februar 1943 der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* eingegliedert und somit aufgelöst. Damit verlor Gesemann den Posten des Leiters dieses Instituts. Er wurde zum Direktor des *Instituts für Volkslied und Volksmusik Ostmitteleuropas* in der *Heydrich-Stiftung* ernannt. Die Bedeutung dieses Instituts

285 Vgl. Bericht über „Stimmung und Haltung der Hochschullehrer“ vom 27.4.1944 (SUA 110-4/529).

286 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 11 ff.

287 Vgl. Gesemann an Saure am 6.9.1941 (AUK, NU).

288 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 20.

scheint eher gering gewesen zu sein.<sup>289</sup> Auf den Planungsbesprechungen im Juni 1942 wurde betont, dass eine „maßgebliche Einschaltung des von dem früheren Rektor Prof. Saure stark herausgestellten Prof. Gesemann“ nicht erfolgen sollte.<sup>290</sup> In Beyers Tätigkeitsbericht wird nur eine Veröffentlichung Gesemanns seit dem Frühjahr 1943 aufgeführt.<sup>291</sup> Auch Gesemanns Einfluss in der Universität wurde zurückgedrängt. Edmund Schneeweiß, Leiter des Instituts für Volkskunde Böhmens und Mährens in der *Heydrich-Stiftung* und damaliger Dekan der philosophischen Fakultät, stellte im Mai 1944 beim RMWEV den Antrag auf Rückbenennung des Instituts für die Kunde Ost- und Südosteuropas in *Slawisches Institut*, welche im September genehmigt wurde. Schneeweiß hatte betont, dass die Namensänderung auf Wunsch der Leitung der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* erfolgt sei. Diese wollte verhindern, dass der Eindruck entstehen könnte, Gesemanns Institut sei die Zentrale der Ost- und Südostforschung in Prag.<sup>292</sup> Gesemann war schwer herzkrank und wurde 1943 für ein halbes Jahr beurlaubt und trat im Juni 1944 in den Ruhestand. Seine Unzufriedenheit mit der Situation an der Universität brachte Gesemann bereits 1942 in einem Brief an einen Freund zum Ausdruck, in dem er schrieb, dass die Universität ihm nicht gefalle, und dass er nur mit sehr wenigen Kollegen spreche. Als einzigen Gesprächspartner nennt Gesemann den Musikwissenschaftler Gustav Becking.<sup>293</sup>

Da Gesemann kurz nach der Eröffnung der *Heydrich-Stiftung* wegen Krankheit für ein halbes Jahr beurlaubt wurde und im Juni 1944 in den Ruhestand trat, existierte Gesemanns Institut in der *Heydrich-Stiftung* nur auf dem Papier.

### 3.5 Wilhelm Weizsäcker

SA-Obersturmführer Wilhelm Weizsäcker (1886–1961) gehörte zu den sudetendeutschen Wissenschaftlern der *Heydrich-Stiftung*. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Prag und dortiger Promotion habilitierte er sich 1922 an der Deutschen Universität in Prag. 1930 übernahm er das Ordinariat für „Rechtsgeschichte im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik“ an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Deut-

289 In den Planungsbesprechungen zum Stiftungsaufbau im Juni 1942 wird es noch nicht erwähnt, sondern erst im August 1942. Vgl. Vermerke Beyers, Betr.: Reichsstiftung und von Boths, beide verfasst am 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522); vgl. Einsetzung der Organe der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 19. 3. 1943 (SÚA 109-4/1522).

290 Schreiben vom 19. 6. 1942, Betr.: Reichsstiftung, Unterschrift unleserlich (SÚA 109-4/1522). Über die Frage, warum es trotzdem zu einer Einschaltung Gesemanns in der Heydrich-Stiftung kam geben die Quellen keine Auskunft.

291 Und zwar: Heroische Lebensform.

292 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 30.

293 Vgl. Zeil, Gerhard Gesemann, S. 735.

schen Universität. Er beschäftigte sich mit historischen Studien über das deutsche Recht der bäuerlichen Kolonisten Böhmens und Mährens, mit der Entwicklung des Stadtrechts und mit der Problematik der nationalen Zusammensetzung der mittelalterlichen Gesellschaft.<sup>294</sup> Weizsäcker plädierte für eine Ausrichtung der rechtshistorischen Forschung in Prag nach Südosten, in Abgrenzung zum *Institut für Ostrecht* in Breslau, welches sich mit dem Nordosten Europas beschäftigte.<sup>295</sup> Dass Weizsäcker auch für die Protektorsbehörden wichtige Aufgaben erfüllte, geht aus einem Dankeschreiben Franks vom 31. Oktober 1939 hervor, in dem Weizsäckers selbstloser Einsatz für die Schaffung des auf die deutschen Ortsbezeichnungen abgestellten Ortsverzeichnisses für das Protektorat betont wird.<sup>296</sup>

Anfang 1941 ging Weizsäcker an die Wiener Universität, um dort den Lehrstuhl für Deutsches Recht zu besetzen. Nachdem Beyer ihn im April 1942 gebeten hatte, nach Prag zurückzukommen, um hier an dem Aufbau der *Heydrich-Stiftung* mitzuwirken, kehrte er Anfang 1943 nach Prag zurück, um als Verwaltungsdirektor, Gruppenleiter und Direktor des *Instituts für deutsches Recht in Ostmitteleuropa* der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* zu arbeiten. Im März 1944 wurde Weizsäcker von Karl Hermann Frank in den Editionsrat gerufen, der dem Beauftragten für geschichtliche Quellenveröffentlichungen in Böhmen und Mähren zur Seite gestellt wurde. Beauftragter für die Quellenveröffentlichungen war Heinz Zatschek.<sup>297</sup> Wie Hippikus wurde auch Weizsäcker zu einem Fachgruppenleiter in Rosenbergs Ostforschungszentrale und zwar für die Fachgruppe Recht. Außerdem war Weizsäcker Mitglied im Beirat der *Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft* und dort für Rechtsgeschichte zuständig.<sup>298</sup> Weizsäcker saß auch im Herausgeberausschuss für den geplanten Sammelband zur 600-Jahr-Feier der Prager Universität im Jahr 1948.<sup>299</sup>

Weizsäcker beschäftigte sich in der *Heydrich-Stiftung* mit dem deutschen Stadtrecht in den Sudetenländern und in der Slowakei, mit der geschichtlichen Grundlage des böhmisch-mährischen Rechtsraums, aber auch mit der „politischen Leistung“ der Deutschen Karls-Universität.<sup>300</sup> In seinen Erläuterungen über die Entwicklung von Stadt und Stadtrecht in Böhmen und

294 Vgl. Bahlcke, Wilhelm Weizsäcker (1886–1961), S. 3 f.

295 Vgl. ebd., S. 7.

296 Vgl. Brief Franks an Weizsäcker, 31.10.1939, abgedruckt bei Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, Dokumentenanhang, Dok. Nr. 1, S. 370 auch bei Bahlcke, „Mit den Waffen der Wissenschaft“, S. 209.

297 Vgl. Vermerk von Boths, 1943, ohne genaues Datum. Betr.: Editionsrat für die über die jetzigen Grenzen von Böhmen und Mähren hinausgreifenden Editionen (SÚA 114-207/2).

298 Vgl. zur Organisationsstruktur der NOFG Fahlbusch, Wissenschaft, S. 187.

299 Schreiben der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag an Wilhelm Weizsäcker, 31.1.1941, abgedruckt bei Bahlcke, „Mit den Waffen der Wissenschaft“, S. 210.

300 Vgl. Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944 (SÚA 109-4/1522); vgl. auch Bahlcke, Joachim, „Mit den Waffen der Wissenschaft“, S. 196 f.



Mähren spricht Weizsäcker vom fremd gewordenen und wieder zur Heimat gewordenen Land. Nach den Hussitenkriegen seien viele Städte des Sudetenraumes „tschechisiert“ worden, die nach dem dreißigjährigen Krieg allmählich „wiederverdeutscht“ worden seien.<sup>301</sup> Weizsäcker bezeichnete das deutsche Stadtrecht nationalpolitisch als eine der stärksten Stützen des wieder heimisch gewordenen deutschen Volkstums, das dadurch geschwächt wurde, dass auch Tschechen Bürger werden und des deutschen Stadtrechts teilhaftig werden konnten. Der Einfluss des deutschen Stadtrechts und Städtewesens auf das tschechische Volkstum habe bewirkt, dass sich auch in ihm städtische Kultur finden lasse. Für Weizsäcker bildeten Böhmen und Mähren ein Glied „in der stolzen Kette von Ländern, mit denen die deutsche Wiederbesiedlung das Vaterland beschenkt“ habe.<sup>302</sup>

Mit seiner Tätigkeit innerhalb der Stiftung war Weizsäcker anscheinend nicht besonders zufrieden. Er beschwerte sich im September 1944 bei Beyer, dass er wegen der wissenschaftlichen Arbeit der Stiftung von Wien nach Prag gekommen sei, jedoch nicht, um Beyers Verwaltung zu führen, wozu jeder Regierungsrat fähig sei.<sup>303</sup> In dem SD-Bericht über die Prager Hochschullehrer wird Weizsäcker zu den markantesten Vertretern der volkspolitischen Richtung gezählt.<sup>304</sup> Das Gaupropaganda-Amt Reichenberg (Liberec) dankte Weizsäcker am 28. April 1944 für eine Rede, die dieser auf einer Kundgebung gehalten hatte. Weizsäcker habe bei vielen hundert Volksgenossen den Glauben an den Sieg gestärkt und das Wissen um die nationalsozialistische Idee vertieft. Weizsäcker sagte nach dem Krieg, die *Heydrich-Stiftung* sei nur sehr begrenzt mit wissenschaftsexternen Anforderungen konfrontiert worden, und dass man innerhalb der Stiftung ungestört weiter an seinen Forschungen arbeiten konnte.<sup>305</sup> Dabei scheint doch aber von großer Bedeutung zu sein, mit welcher Zielrichtung und in wessen Interesse die Arbeiten durchgeführt wurden und ob nicht gerade die Weiterführung der schon früher betriebenen Forschungen im Interesse der SS, der Protektorsbehörden, des SD und der Instanzen in Berlin gewesen ist. Weizsäcker sagte, die *Heydrich-Stiftung* sei eine wissenschaftliche Einrichtung gewesen, deren Forschung nicht gelenkt gewesen sei, wie die Veröffentlichungen und die guten Namen ihrer Mitglieder zeigten, die fast alle in der Bundesrepublik ordentliche Lehrstühle inne hätten.<sup>306</sup>

301 Vgl. Weizsäcker, Die Entwicklung von Stadt und Stadtrecht, S. 594ff.

302 Ebd., S. 596.

303 Vgl. Mišková, Rassenforschung, S. 25.

304 Vgl. Jacobi an Frank über Stimmung und Haltung der Hochschullehrer, 27. 4. 1944 (SUA 110-4/529).

305 Vgl. Bahlcke, Wilhelm Weizsäcker, S. 12.

306 Vgl. Bahlcke, „Mit den Waffen der Wissenschaft“, S. 184f.

Weizsäcker schien sowohl für den SD-Leitabschnitt Prag, als auch für das Reichsprotektoramt und für Beyer ein wertvoller Mitarbeiter zu sein, da er als einer der „besten und raumerfahrensten“ Hochschullehrer galt.<sup>307</sup>

### 3.6 Eduard Winter

Über Eduard Winters (1896–1982) Tätigkeit in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* liegen nur wenig Informationen vor. Trotzdem soll hier kurz auf ihn eingegangen werden. Winter hatte katholische Theologie und Geschichte studiert und 1919 seine Priesterweihe erhalten. 1921 promovierte er zum Dr. theol., habilitierte sich 1922, promovierte 1926 zum Dr. phil. an der Deutschen Universität in Prag und habilitierte sich dort 1935.<sup>308</sup> Winter arbeitete als außerordentlicher Professor an der theologischen Fakultät und Privatdozent der Philosophie an der Deutschen Universität in Prag. 1941 legte Winter seinen Lehrstuhl für katholische Geistesgeschichte an der theologischen Fakultät nieder. Er gab als Grund dafür an, dass er seine Tätigkeit als Lehrer nicht mehr mit seiner Weltanschauung vereinbaren könne.<sup>309</sup> Die genaueren Gründe sind nicht bekannt, doch könnte die Aversion des nationalsozialistischen Regimes gegenüber dem Christentum, der Kirche und hier insbesondere der katholischen Kirche eine Rolle gespielt haben. In einem Brief an den damaligen Dekan der Universität Heinz Zatschek im Mai 1940 nahm Winter die gegen ihn erhobenen Vorwürfe eines ins Exil geflüchteten Autors – Winter habe den sudetendeutschen Jungkatholizismus in das völkische, nationalsozialistische Lager überführt – als Beleg für seine politisch einwandfreie Haltung.<sup>310</sup> Im Sommer 1941 beantragte Winter die Errichtung eines *Instituts für osteuropäische Geistesgeschichte* an der Deutschen Karls-Universität. Zur Begründung führt Winter an, dass es ein solches Institut im „Großdeutschen Reich“ nicht gebe und die bestehenden Osteuropainstitute sich hauptsächlich mit Wirtschafts- und Staatsgeschichte beschäftigten. Ein tieferes Eindringen in die Geistesgeschichte Osteuropas sei jedoch notwendig.<sup>311</sup> Das Institut sollte sich in erster Linie mit den weltanschaulichen Grundlagen der russisch-orthodoxen Kirche beschäftigen. Frank hatte gegen die Errichtung des Instituts nichts einzuwenden.<sup>312</sup> In der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* leitete Winter das *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte*, welches eine Erweiterung seines Universitätsinstituts war. Er veröffentlichte Arbeiten über Byzanz und Rom im Kampf um die Ukraine (955–1939), den

307 Vgl. Jacobi an Gies, Betr.: Saure, 24. 7. 1942 (SÚA 110-4/143).

308 Biographische Angaben aus Baumgartner/Helig (Hg.), Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, Band 2, S. 1014.

309 Vgl. Gimpl, Die Jahre der „Erfüllung“?, S. 259f.

310 Vgl. ebd., S. 258.

311 Vgl. Winter an Rektor Saure, 3. 7. 1941 (SÚA 109-4/542).

312 Vgl. Oberregierungsrat Rotermund an Burgsdorff, 3. 8. 1941 (SÚA 109-4/542).

Josephinismus und den Jansenismus in Böhmen und Mähren und seine Bedeutung für die geistige Entwicklung Österreich-Ungarns.<sup>313</sup> Winters Arbeiten wurde auch seitens der SS eine große Bedeutung zugesprochen. Der SD-Leitabschnitt Prag schlug im März 1944 einige Mitarbeiter der *Heydrich-Stiftung* für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse vor. Dieser Vorschlag berücksichtigte auch Winter. Als Begründung wurden die Arbeiten Eduard Winters auf dem Gebiet der neueren Geschichte der orthodoxen Kirche genannt, die zum Teil unmittelbar kriegswichtigen Zwecken dienen.<sup>314</sup> Winters Institut gehörte zu den wenigen, die aufgrund wichtiger Aufgaben Berliner und Prager Dienststellen bis zum Kriegsende weiter arbeiten konnten. In dem bereits erwähnten SD-Bericht von 1944 wird auch Winter zu den volkspolitischen Kreisen gezählt, auf die man sich verlassen könne.<sup>315</sup>

#### 4. Die wissenschaftliche Tätigkeit der Heydrich-Stiftung

Die Arbeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* setzte sich aus verschiedenen Tätigkeiten zusammen. Die Institute in der Stiftung dienten in erster Linie der Forschung im weitesten Sinne. Darin eingeschlossen waren auch die sozialanthropologischen und sozial- bzw. völkerpsychologischen Untersuchungen von Hippus und Müller. Die Lehrtätigkeit wurde im Rahmen der Universität wahrgenommen. Die Forschungsergebnisse der Institutsleiter wurden publiziert und bei Bedarf den Protektoratsbehörden, dem SD oder anderen amtlichen Stellen zur Verfügung gestellt. Für die Publikationen boten sich den Mitarbeitern der Stiftung verschiedene Zeitschriften an, die die Stiftung heraus- bzw. mitherausgab. Die Forschungsschwerpunkte lagen zunächst auf dem Gebiet Böhmens und Mährens. Hier wurde nach historischen, volkscundlichen, sozialanthropologischen, psychologischen und rassischen Gesichtspunkten das Land und seine Bevölkerung analysiert. Später rückte dann die Forschung über die Sowjetunion immer mehr in den Vordergrund. Inwiefern die Arbeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* mittelbaren und unmittelbaren Interessen der deutschen Besatzungsmacht in Böhmen und Mähren, aber auch amtlichen Stellen in Berlin diene, soll in diesem Kapitel verdeutlicht werden.

313 Vgl. Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944, S. 9 (SÚA 109-4/1522).

314 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 338.

315 Vgl. Jacobi an Frank über Stimmung und Haltung der Hochschullehrer, 27.4.1944 (SÚA 110-4/529).

#### 4.1 „Tschechenkundliche Forschung“

Nach der Gründungsphase sollten die anvisierten Ziele und Aufgaben in die praktische Forschungsarbeit umgesetzt werden. Zu diesem Zweck gründete Beyer einen *volkswissenschaftlichen Themenkreis Böhmen-Mähren*. Das Ziel war, die „geistige und gesinnungsmäßige Eingliederung der slawischsprachigen Bevölkerung Böhmen und Mährens, insbesondere der Jugend ins Reich.“<sup>316</sup> Beyer wollte eine Übersicht über die seiner Meinung nach „vordringlichsten Wissenschaftsthemen“ geben. Die Bearbeitung der Themen sollte sowohl in Gemeinschaftsarbeiten der zweigewissenschaftlichen Fachkräfte als auch in Einzelarbeiten der Dozenten und Studenten stattfinden und auf die Institute von Beyer, Rippl, Winter und Zatscheck verteilt werden. Auf neun Seiten wurden Themen zusammengestellt, die, laut Beyer, noch nicht ausreichend behandelt worden seien. SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD-Leitabschnitt Prag hob einige aus der Sicht des SD besonders wichtige Punkte hervor. Für Beyer war die dringendste Arbeit die Untersuchung der „Bedeutung des Judentums für das deutsch-tschechische Verhältnis in Böhmen und Mähren seit der Aufklärung.“ Unter diesem Titel wurden einzelne Themen und Fragen subsumiert:

- „Das Aufsteigen der Juden seit Josef II. in die Akademikerschaft“;
- „Die Rolle der Juden und ihre jeweilige Stellung in der völkischen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen“;
- „Das jüdische sozialistische Deutschland der Weimarer Systemzeit als Schreckbild der tschechischen bürgerlichen Nationaldemokratie“;
- „Der Einfluß Richard Wagners auf die tschechischen Schriftsteller, insbesondere Neruda, im Hinblick auf die rassische Erkenntnis des Judentums.“<sup>317</sup>

Durch die Darstellung der Weimarer Republik als ein „sozialistisch-jüdisches“ System und die gleichzeitige Betonung seiner Ablehnung durch die tschechischen Nationaldemokraten konnten Verbindungslinien gezogen werden. Das Judentum wurde als entzweiesendes Moment der Völker dargestellt, in diesem Fall zwischen Tschechen und Deutschen. Die Untersuchung der „Bedeutung des städtischen Industrie-, Handels- und Publizistik-Judentums für das egoistisch-kapitalistische Gesicht des Deutschtums im tschechischen Blickfeld bis 1938“ folgte derselben Intention.<sup>318</sup>

316 Volkswissenschaftlicher Themenkreis Böhmen-Mähren. Beilage zu einem Schreiben des SD-Leitabschnitts Prag an Frank, Betr. Tschechenkundliche Forschung im Rahmen der „Reinhard-Heydrich-Stiftung.“ 24.8.1942 (SÚA 109-4/1522).

317 Ebd., S. 1 ff.

318 Gegen Ende des 19. Jahrhunderts existierte in der tschechischen Gesellschaft ein nationaler Antisemitismus. Die Juden wurden häufig als Träger des Deutschtums angesehen. Der tschechische Antisemitismus verband sich daher auch in der ersten Tschechoslowakischen Republik oftmals mit nationalen Bestrebungen gegenüber der deutschen Bevölkerungsgruppe. Vgl. Krejčová/Míšková, Antisemitismus in den Böhmisches Ländern; vgl. auch Míšková, Die Lage der Juden.

Die „Erforschung“ der „völkischen Entwicklung des Deutschtums“ wurde in zwei Bereiche geteilt: Das Deutschtum in Innerböhmen und in Mähren. Anhand von Steuerrollen, Untertanenverzeichnissen und Einwohnerlisten verschiedener Städte und Dörfer sollte die „genealogische und völkische Entwicklung der deutschen Familien in Stadt und Land“ nachgezeichnet werden. Es sollten Erkenntnisse über die „Entdeutschung (Hervorhebung im Original) und Tschechisierung deutscher Familien in der altösterreichischen Epoche“ gesammelt werden. Diente diese Aufgabenstellung dem Zweck, den vorgegeben jahrhundertelangen deutschen Einfluss in Böhmen und Mähren zu betonen und daraus eine Legitimation für die dauerhafte Zugehörigkeit des Protektorats zum Deutschen Reich abzuleiten, verfolgte man damit aber auch das Ziel, die „deutschblütige Genealogie der tschechischen Erwecker des 19. Jahrhunderts“ unter Beweis stellen zu wollen.<sup>319</sup> Dieser Aspekt entsprach Beyers Umvolkungs- und Entvolkungstheorien. Das „deutsche Volk“ habe durch „von ihm entwickelte Gedanken und aus seinem Volkskörper ausscheidende Deutschstämmige den Aufstieg der Völker Ostmitteleuropas“ ermöglicht.<sup>320</sup> Die „eindeutige deutsche Überlegenheit“ habe bei den Tschechen eine „Begabungsauslese“ bewirkt. Eine genaue Einzelforschung werde die „blutmäßige Verflechtung beider Völker im jetzigen Protektorat“ belegen. Die deutschen Familiennamen könnten als „Leitfossilien bei einer völkerkundlichen Geologie dienen.“<sup>321</sup>

Mit dem Vorhaben, die „deutsche Genealogie“ der führenden Köpfe der tschechischen Nationalbewegung unter Beweis stellen zu wollen und dem Versuch, in allen wichtigen Prozessen der tschechischen Geschichte den „deutschen Blutseinfluß“ zu betonen, wurde das Ziel einer „Entnationalisierung“ der tschechischen Bevölkerung verfolgt: „Entnationalisierung“ durch Enthistorisierung. Schon in seiner Denkschrift von 1940 hatte Frank die „Ausrottung des tschechischen Geschichtsmythos“ gefordert.<sup>322</sup> Auf einer Planungsbesprechung bei Reinhard Heydrich war angeregt worden, die führenden tschechischen Persönlichkeiten in Zukunft als „Große Meister dieses Raumes“ zu bezeichnen, um das tschechische Nationalgefühl zu „verwaschen“.<sup>323</sup> Für eine „Entnationalisierung“ eignete sich auch die Untersuchung des „gesinnungsgeschichtlichen Verhältnisses von Böhmen und Mähren seit der Aufklärung.“<sup>324</sup> Hier sollten die „rassische[n] und stammes-

319 Ebd., S. 3f.

320 Beyer, Hauptlinien einer Geschichte, S. 511.

321 Beyer, Rassische Kräfte, S. 3f.

322 Franks „Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems“. In: Anatomie okupační politiky. Hg. von Kárný/Milotová/Moravcová, Dok. Nr. 103, S. 313.

323 Vgl. Notizen aus der Besprechung führender Persönlichkeiten der Okkupationsbehörden bei Heydrich über künftige Planungen im Protektorat, 17.10.1941. In: Deutsche Politik im „Protektorat“. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 33, S. 147–157, hier: S. 156.

324 Volkswissenschaftlicher Themenkreis Böhmen und Mähren, 24. 8. 1942, S. 4 (SÚA 109-4/1522).

mäßige[n] Differenzen zwischen dem stark germanisierten böhmischen Tschechentum und dem mehr eigenständigen slawisch sprachigen Mährertum“ hervorgehoben werden. Die Bewohner Böhmens bezeichnet Beyer als „führungsmäßig angelegt und fortschrittlich“, während die Bevölkerung Mährens als „bäuerlich-unpolitisch-kirchlich“ charakterisiert wird. Die angegebene thematische Unterteilung dieser Forschungsaufgabe entsprach dem Zweck der Betonung der Unterschiedlichkeit der beiden Gebiete und ihrer Bevölkerung. Behandelt werden sollten unter anderem „die politischen Tendenzen einer mährischen Eigenständigkeit“ und „der Kampf mährischer und schlesischer Vertreter gegen den Prager Zentralismus.“ Auch für den SD hatte diese Thematik eine gewisse Priorität. SS-Sturmbannführer Jacobi bezeichnete diesen Abschnitt als „hochaktuell und von besonderem Wert für eine politische Auspielung Mährens gegen Böhmen.“<sup>325</sup> In dem Abschnitt, der sich mit den „Sudetendeutschen als aufbauende Kräfte in Böhmen und Mähren seit der Aufklärung“ beschäftigten sollte, wollte Jacobi gerne die Untersuchung der gesamten Sokol-Führerschaft unterbringen. Der SD-Leitabschnitt Prag verfüge über genügend Material, welches die Beteiligung „deutscher Kräfte“ bei „Gründung und Führung“ des Sokol-Bundes belegen könne.

Auch die sogenannten Mischehen sollten untersucht werden. Beyer wollte die „politischen Auswirkungen der deutsch-tschechischen Mischehen“ mit denen der amerikanisch-tschechischen oder russisch-tschechischen vergleichen. Darüber hinaus interessierten die psychologischen Aspekte der Mischehen und vor allem „Begabung und Charakter der Kinder aus diesen Ehen.“<sup>326</sup> Rudolf Hippius war für diesen Themenbereich prädestiniert. Als Themen für die Einzelarbeiten nannte Beyer beispielsweise:

„Die deutschfreundliche Haltung der tschechischen Kolonisten in Kroatien und Slawonien vor und während des Weltkrieges“;

„Die antipolnische Haltung der Rußlandtschechen vor und während des Weltkrieges“;

„Die Choden in der tschechischen Forschung und Öffentlichkeit“;

„Deutsche Sprachrohre der tschechischen Führungsschicht“;

„Die antideutsche Sprachemanzipation der tschechischen Führungsschicht und die tschechischen Volksschichten im 19. und 20. Jahrhundert“;

„Westen, Osten und der tschechische Volkscharakter.“

Jacobi betonte, dass nur Themen behandelt werden sollten, deren Erforschung im deutschen Interesse lägen. Über alle genannten Themen wurde das „an diesen Fragen sehr interessierte Reichssicherheitshauptamt“ von Jacobi informiert.<sup>327</sup>

325 Ebd., S. I.

326 Ebd., S. 5.

327 Ebd., S. II.

## 4.2 „Sozialanthropologische“ Musterung der Protektoratspolizei

Das *Institut für Sozialanthropologie und Volksbiologie* unter der Leitung von Karl Valentin Müller gehörte zwar formell nicht zur *Reinhard-Heydrich-Stiftung*, erhielt aber von dieser viele Forschungsaufträge, die auch von der Stiftung finanziert wurden. Beyer betonte die gute und enge Zusammenarbeit mit Müllers Institut.<sup>328</sup> Müller beschäftigte sich in erster Linie mit der Untersuchung des „deutschen Blutsanteils“ in der tschechischen Bevölkerung. Er betrieb in Zusammenarbeit mit Hippus und anderen in Frage kommenden Instituten der Universität die „Durchmusterung“ bestimmter Gesellschaftsgruppen nach rassistischen Kriterien.<sup>329</sup> Als ein Beispiel sei hier die Untersuchung der Beamten der uniformierten Protektoratspolizei genannt. Die 18 000 Bediensteten der uniformierten Protektoratspolizei, der Gendarmerie und der Feuerwehr sollten hinsichtlich ihrer familien- und volksbiologischen sowie sozialanthropologischen Daten untersucht werden. Außerdem erhoffte man, einen Überblick über die „konstitutionelle, typologische sowie rassenmässige Zusammensetzung, die völkische und soziale Abstammung der Polizeibeamten durch 3 Generationen hindurch sowie das Ausmaß der Verstärkung dieses Beamtenkörpers“ zu erhalten.<sup>330</sup> Um auf einen eventuell vorhandenen deutschen Namenseinfluss hinweisen zu können sollte die Herkunft der einzelnen Familien genau untersucht werden sowie die Namen bis in die Generation der Großväter geprüft werden. Müller versprach sich dadurch die „Möglichkeit einer exakten Kontrolle des vermuteten anthropologischen Einflusses der Einkreuzung deutscher Blutlinien in das tschechische Volkstum“ zu erhalten. Den Auftakt für die Untersuchung bildete das Verteilen von Fragebögen an die einzelnen Dienststellen. Die Auswertung der Fragebögen erfolgte in Müllers' Institut. Um die Angaben der Probanden auf den Fragebögen besser überprüfen zu können und um eine „subjektive Bestimmung der Konstitutions- beziehungsweise Rassendiagnose“ zu ermöglichen, mussten die Polizeibeamten zwei Fotos (Vorder- und Seitenansicht) von sich und eventuell auch ihrer Ehefrauen beilegen.<sup>331</sup> In einem Artikel über „Volksbiologie und Heimatforschung“ in der Zeitschrift „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren“, die von Beyer mitherausgegeben wurde, ließ Müller ein Muster des Bogens abdrucken. Auf diesem sogenannten Stammbogen wurde nach persönlichen Angaben gefragt wie Name, Beruf, Dienstgrad, Alter, Familienstand, Bildungsstufe, Anzahl der Kinder, etc. und ebenso nach äußerlichen Merkmalen wie Haarfarbe, Augenfarbe, Größe, Hautfarbe, Kopfform (länglich, kurz oder rund), Kopfumfang, Ge-

328 Vgl. Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944, S. 4 (SÚA 109-4/1522).

329 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 307.

330 Müller an Frank über sozialanthropologische Erhebung bei der gesamten Protektoratspolizei, 15.4.1943, S. 1 (SÚA 109-8/40).

331 Ebd., S. 2.

sichtsform, Nasenform, Backenknochen (unauffällig, vorspringend), Ohren, Hände, Kragenweite, Hände, Blutgruppe und Schuhgröße.<sup>332</sup>

Die Gesamtkosten für Fragebögen, Lochkarten, Vergütung für das Anfertigen der Lichtbilder sowie für die mitarbeitenden wissenschaftlichen Hilfskräfte wurden mit 20 000 Reichsmark veranschlagt. Die Untersuchung war mit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* abgesprochen und erfolgte in deren Auftrag. Beyer hatte mit Ministerialdirigent Heckel aus der Behörde des Reichsprotectors über die Finanzierung gesprochen und grünes Licht erhalten. Der Generalkommandant der Protektoratspolizei hatte ebenfalls seine Zustimmung gegeben.<sup>333</sup>

In einem später verfassten Brief Müllers' an die kulturpolitische Abteilung im Amt des Reichsprotectors weist Müller auf die Vielseitigkeit der wissenschaftlichen Auswertungsmöglichkeit der Fragebögen hin. Die Möglichkeiten der Auswertung seien aber auf Grund der Kriegszeit begrenzt. Es sei daher notwendig, sich auch unter „volkspolitischen“ Gründen auf die wichtigsten Aspekte der Untersuchung zu beschränken. Dazu zählten für Müller die Angaben über Namensform, Dienstgrad, Geburtsort, „anthropometrische“ Merkmale sowie die Erkenntnisse über die Fruchtbarkeit älterer und jüngerer Generationen.<sup>334</sup>

Diese Untersuchung der Protektoratspolizei konnte für die sogenannte „völkische Bestandsaufnahme“ Materialien bereitstellen. Heydrich hatte ja davon gesprochen, dass das Rohmaterial für die zukünftige Durchführung der Germanisierung schon einmal zusammengetragen werden könne.<sup>335</sup> Die Untersuchung erfolgte zwar nicht im offiziellen Auftrag des Reichsprotectoramtes; es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass von Seiten Franks ein großes Interesse an solchen Forschungen bestand. Zudem sagte Ministerialrat Dr. Heckel die Bereitstellung von 20 000 RM zu. Über die direkte Verwertung der Untersuchungsergebnisse liegen keine Informationen vor. 1944 veröffentlichte Müller einen Aufsatz in der Zeitschrift „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren“ unter dem Titel: „Die Gegenauslese im tschechischen Volk.“ Hier beschäftigt sich Müller mit der Fruchtbarkeit in den unterschiedlichen Bildungsschichten der tschechischen Bevölkerung. Müller beschrieb die Gefahren einer „völkischen Entartung“ durch die Geburtenarmut in den gebildeteren Schichten und deren Ausgleich durch den „Nachwuchsüberschuß“ der unteren Schichten. Voraussetzung der „völkischen Entartung“ sei die Annahme, dass in den „sozialen Leistungsschichten auch entsprechendes Erbgut von durchschnittlich sehr verschiedener Fähigkeit zu Begabungsleistungen enthalten ist [...] und dass dieses Erbgut

332 Vgl. Müller, *Volksbiologie und Heimatforschung*, S. 357.

333 Vgl. Müller an Frank, 15.4.1943, S. 3 (SÚA 109-8/40).

334 Vgl. Müller an Reichsprotector Abt. Kulturpolitik, 11.5.1943 (SÚA 109-8/40).

335 Rede Heydrichs am 2.10.1941. In: *Deutsche Politik im „Protektorat“*. Hg. von Kárný/Milotová/Kárná, Dok. Nr. 22, S. 119.



grundsätzlich von Umwelteinflüssen unberührbar [ist] und gleichartig durch die Generationen hindurchflutet.“<sup>336</sup> Die Gruppe, die Müller stellvertretend für das gesamte tschechische Volk als Beispiel anführt, ist die Protektoratspolizei. Müller erwähnt in seinem Artikel außerdem die finanzielle Unterstützung der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*.

Aus Müllers' Brief an Frank geht hervor, dass sein Institut schon ähnliche Untersuchungsreihen an tschechischen Studenten und Belegschaften verschiedener Protektoratsbetriebe durchgeführt hatte. Die Erhebung der anthropologischen Daten der Protektoratspolizei sollte vergleichbar mit diesen vorangegangenen Untersuchungen sein. Müller bewegte sich mit dieser Untersuchung im Rahmen seiner früheren Forschungen. Gerade auf dem Gebiet der Namensforschung und den damit verbundenen Versuchen, den jahrhundertelangen deutschen Einfluss nachweisen zu können, hatte sich Müller profiliert. Dabei war es wichtig zu betonen, dass sich der „gewaltige deutsche Blutzustrom in das tschechische Volkstum [...] in die gehobenen Leistungsschichten des tschechischen Volkstums“ ergossen habe.<sup>337</sup> Er wies darauf hin, dass es, um genauere Erkenntnisse der Auswirkungen des „deutschen Bluteinflusses“ zu erhalten, nötig sei nicht nur in vergleichender Weise die Völker zu untersuchen, sondern genauer die verschiedenen Stände und Gewerbe innerhalb des tschechischen Volkes zu analysieren.<sup>338</sup> Einen weiteren Schritt in diese Richtung hatte er mit der Untersuchung der Protektoratspolizei getan. Karl Valentin Müller konnte also im Rahmen der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* seine rassenbiologischen Untersuchungen weiterführen und vertiefen. Müllers Untersuchungen dienten auch der Materialbeschaffung für eine spätere Germanisierung, was durch die Finanzierung von Müllers Arbeiten durch die Behörde des Reichsprotektors verdeutlicht wird.

#### 4.3 Die Volkskunde im Rahmen der Heydrich-Stiftung

Die Volkskunde erlangte in der Tschechoslowakei aufgrund der verstärkten Spannungen im deutsch-tschechischen Verhältnis in den dreißiger Jahren eine besondere Rolle, die über die rein wissenschaftliche Bedeutung hinausging. Sie sollte die nationalen Wurzeln der jeweiligen Volksgruppen untersuchen und zur Ausformung einer nationalen Identität beitragen. Josef Hanika, Germanist, Volkskundler und Slawist, hatte sich seit Beginn der zwanziger Jahre mit der Erforschung der deutschen Siedlungsgebiete in der Slowakei beschäftigt. Die traditionelle Aufgabe der Volkskunde, durch das Sammeln von Materialien aller Art eine Volksgruppe und Kultur vor dem

336 Müller, Die Gegenausele im tschechischen Volk, S. 297.

337 Ders., Grundsätzliche Ausführungen, S. 493.

338 Vgl. ebd., S. 496.

Untergang und dem Vergessen zu bewahren, mischte sich aufgrund der nach dem Ersten Weltkrieg stärker national ausgerichteten Wissenschaft mit dem Streben, eine sogenannte Entnationalisierung zu verhindern und das Deutschtum in den jeweiligen deutschen Sprachinseln wiederzubeleben.<sup>339</sup> Hanika betonte in seinen früheren Veröffentlichungen noch kulturelle und sprachliche Austauschvorgänge zwischen den sogenannten deutschen Sprachinseln und ihrer slawischen Umgebung. Seit Ende der zwanziger Jahre beschäftigte sich Hanika mit der Volkstrachtenforschung. Plädierte er 1929 noch für eine vorurteilsfreie Forschung auf diesem Gebiet und für eine Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Wissenschaftlern, so konzentrierte er sich 1937 auf die „Sudetendeutschen Volkstrachten“. Sein Buch, welches unter diesem Titel erschien, wurde von Kollegen hoch gelobt, besonders wegen der von Hanika hergestellten Verbindung von Haubenform und Rassentyp.<sup>340</sup> In einer Rezension heißt es weiter, Hanika erweitere den Blick auf die Nachbargebiete der Volkskunde und vollziehe den „Anschluß an die Wissenschaft von den Rassen“.<sup>341</sup> Hanika trat 1938 in die Sudetendeutsche Partei und in die NSDAP ein. Seit 1937 war er Dozent für Volkskunde an der Deutschen Universität in Prag. 1940 wurde das *Institut für Volksforschung* an der Deutschen Karlsuniversität unter der Leitung von Willi Czaika eröffnet.<sup>342</sup> Hanika leitete in der *Heydrich-Stiftung* zusammen mit Edmund Schneeweiß das *Institut für Volkskunde Böhmens und Mährens*. Im Sinne des von Heydrich genannten „Regermanisierungsproblem[s]“ beschäftigte sich Hanika mit den Chodenbauern in Westböhmen, bei denen er eine starke Durchdringung mit „deutschem Blut“ und deutscher Volkskultur konstatierte.<sup>343</sup> Diese Forschungsaufgabe, an der auch Edmund Schneeweiß beteiligt war, hielt Beyer für sehr wichtig, da von der tschechischen Erweckerbewegung immer die rein tschechischen Wurzeln der Chodendörfer betont worden sei.<sup>344</sup> In Hanikas Publikation zu „Sippennamen und völkischer Herkunft im böhmisch-mährischen Raum“ beschäftigte er sich mit dem „deutschen Blutsanteil“ und der Überdeckung durch tschechische oder tschechisierte Namen.<sup>345</sup> Am 1. März 1943 erhielt Hanika das Extraordinariat für „Volkskunde und Stammesgeschichte Mährens“. Der Name dieses Lehrstuhls lässt die politische Zielsetzung deutlich erkennen. Die Unterschiede zwischen Böhmen und Mähren sollten betont und vertieft

339 Vgl. Zückert, Josef Hanika, S. 2f.

340 Vgl. auch Hanika, *Volkskundliche Erforschung*, S. 314f.

341 Lehmann, *Sudetendeutsche Volkstrachten* von Josef Hanika (Rezension), S. 569.

342 Vgl. Zückert, Josef Hanika, S. 7f.

343 Vgl. ebd., S. 9 und Feyl, *Volkskundliche Wanderungen zu den Chodenbauern* von Josef Hanika (Rezension), S. 314.

344 Vgl. *Volkswissenschaftlicher Themenkreis Böhmen und Mähren* (SÚA 109-4/1522).

345 Vgl. Zückert, Josef Hanika, S. 9f. und Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944 (SÚA 109-4/1522).

werden. Die Besonderheiten einzelner mährischer „Stämme“ wie der Hannaken sollten hervorgehoben und die Tendenzen zu einer mährischen Eigenständigkeit im 19. Jahrhundert unterstrichen werden.<sup>346</sup> Über die Volkskunde schrieb Hanika, dass die weltanschauliche Grundeinstellung sowohl der Forschungsrichtung als auch des einzelnen Forschers eine ausschlaggebende Rolle spiele. In einer völkisch ausgerichteten Volkskunde müsse man die Formen der Volkskultur auf die Menschen die sie geschaffen haben zurückbeziehen und zwar nicht auf den „Menschen an sich“, sondern auf die rassisch-völkisch bestimmt gearteten, in einer volklichen Gemeinschaft verbundenen Menschen.“<sup>347</sup> Dieser Ansatz entsprach genau den methodischen Forschungsvorgaben, die auf der Eröffnung der *Heydrich-Stiftung* von Frank bzw. von Beyer erläutert worden waren. Hanika betonte in seiner weiteren Arbeit nicht nur den Zusammenhang von Trachten und Hauben und der jeweiligen „rassischen Artung“, sondern erweiterte seine Untersuchungen auf den „volkstümlichen Hausbau“. Als Zeichen der „kulturellen und blutmäßigen Durchdringung des tschechischen Volkstums mit deutschen Elementen“ wertete Hanika den Übergang zur deutschen Giebelstellung in den böhmischen Gehöftformen.<sup>348</sup> Um die „seelische Struktur von [...] Volksteilen“ genauer erfassen zu können, plädierte Hanika dafür, die volkskundlichen Ergebnisse mit denen der völkerpsychologischen Untersuchungen von Rudolf Hippius in Beziehung zu setzen. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von Volkskunde, Völkerpsychologie und Rassenkunde sollten an praktischen Beispielen erprobt werden.<sup>349</sup>

#### 4.4 Prioritätenwechsel: Bolschewismusforschung

In der Aufbau- und Anfangsphase der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* bildete die Forschung, die sich mit der tschechischen Bevölkerung Böhmens und Mährens beschäftigte, den Schwerpunkt. Es wurden in erster Linie Unterlagen und Forschungsergebnisse bereitgestellt, die für die Fernzielplanung der deutschen Besatzer – die Germanisierung – wichtige Ergebnisse lieferten. Die Veränderungen der Kriegssituation und der politischen Lage zuungunsten Deutschlands im Verlauf des Jahres 1943<sup>350</sup> verschoben allmählich

346 Vgl. Volkswissenschaftlicher Themenkreis Böhmen und Mähren (SÚA 109-4/1522). Vgl. zur Forschung Hanikas über die Hannaken Hanika, Anfänge der hannakischen Stammescharakteristik.

347 Hanika, *Volkskundliche Erforschung*, S. 313.

348 Ebd., S. 320.

349 Vgl. ebd., S. 331.

350 Am 31.1. und am 2.2.1943 hatte die 6. Armee in Stalingrad kapituliert, am 10.7. kapitulierten die Achsenstreitkräfte in Nordafrika. Am 25.7. war Mussolini gestürzt worden. Italien vereinbarte am 3.9. einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Die Widerstandsbewegungen in den besetzten und annektierten Ländern wurden stärker.

auch die Forschungsprioritäten der *Heydrich-Stiftung*. Durch verstärkte propagandistische Maßnahmen versuchten die Nationalsozialisten in den besetzten Ländern Verbündete für den Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Im Protektorat hatte die antikommunistische Propaganda einen besonderen Hintergrund. Die tschechoslowakische Exilregierung in London hatte am 12. Dezember 1943 einen tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag unterschrieben, in dem gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Krieg vereinbart wurde. Die Protektoratsregierung stellte sich gegen diesen von Beneš unterzeichneten Vertrag. Am 17. Dezember wurde die Gründung einer „Liga proti bolševismu“ (Liga gegen den Bolschewismus) verkündet, die am 23. Januar 1944 verwirklicht wurde. Die deutschen Behörden hofften, einige tschechische Persönlichkeiten für die Liga und damit für ein offenes Eintreten gegen die Sowjetunion gewinnen zu können. Dies erwies sich aber als schwierig, da in Anbetracht des Kriegsverlaufs für das Deutsche Reich und der militärischen sowjetischen Erfolge fast niemand öffentlich gegen die Sowjetunion auftreten wollte.<sup>351</sup>

Die Forschungen innerhalb der *Heydrich-Stiftung*, die sich speziell auf Böhmen und Mähren bezogen, wurden fortgeführt. Rudolf Hippius beschäftigte sich aber nun verstärkt mit der Sowjetunion. Er hielt am 9. Februar 1944 in einem Schulungslager der Wehrmacht einen Vortrag, in dem er über die Maßnahmen der sowjetischen Führung sprach, mit denen die Soldaten und die Bevölkerung der Sowjetunion fanatisiert werden sollten.<sup>352</sup> Hans Joachim Beyer hielt es im Frühjahr 1944 für dringend notwendig, auch auf der universitären Ebene das Thema „Bolschewismus“ mehr in den Vordergrund zu rücken. Beyer betonte in einem Brief an Frank, es sei notwendig, nicht nur die Studentenschaft mit der Geschichte und der Problematik des Bolschewismus vertraut zu machen, sondern dies sei auch für die Mitarbeiter in der Ostforschung unerlässlich, zumal in diesem Bereich viele russische und ukrainische Gelehrte „unkontrolliert“ im deutschen Auftrag arbeiteten und dadurch bei den deutschen Mitarbeitern sicherlich ein falsches Bild entstanden sein könnte. Beyer kündigte für das nächste Sommersemester eine Vorlesung zu diesem Thema unter besonderer Berücksichtigung der Volkspolitik in der Sowjetunion an. Er sei sich der Bedenken bezüglich des Themas bewusst und werde deshalb die Vorlesung vorher wörtlich ausarbeiten.<sup>353</sup>

351 Vgl. Brandes, Protektorat II, S. 30ff.

352 1945 veröffentlichte Hippius zusammen mit Alexander Philipow ein Buch mit dem Titel „Russentum und Bolschewismus“. Bei Philipow handelt es sich vermutlich um einen ukrainischen oder russischen Wissenschaftler. Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 197.

353 Vgl. Beyer an Frank über Geschichte und Problematik des Bolschewismus, 26. 5. 1944 (SÚA 110-12/106), abgedruckt bei Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 12, S. 34.

Die Sowjetunion bildete bis zu diesem Zeitpunkt nicht den Forschungsschwerpunkt der *Heydrich-Stiftung*. Für diesen Bereich waren andere Institutionen zuständig, wie zum Beispiel das *Wannsee-Institut* der SS in Berlin oder auch Rosenbergs Ostministerium. Dort entstanden 1944 Pläne zur Errichtung eines *Instituts zur Erforschung des Bolschewismus*, welches die Wissenschaft stärker in den Kampf gegen die Sowjetunion einbinden sollte. Zu diesem Zweck wurde auch eine *Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr* innerhalb des Ministeriums gegründet.<sup>354</sup> Diese sollte die für den Krieg wichtigsten Themen bearbeiten und die Erfahrungen mit dem „Bolschewismus“ auswerten. Ein Bild der nationalsozialistischen Idee und der Kultureinheit Europas sollte gezeichnet werden. Vom 31. Oktober bis zum 2. November 1944 fand eine Einsatzbesprechung der Arbeitsgemeinschaft in Prag statt. An dieser nahmen viele renommierte Wissenschaftler wie Hermann Aubin und Reinhard Wittram, die Berliner Dozenten Hölzle und Markert, und Josef Pfitzner aus Prag teil. Es sollten Arbeiten besprochen werden, von denen man sich kriegsrelevante Ergebnisse erhoffte, die sowohl praktisch als auch propagandistisch verwendbar sein sollten.<sup>355</sup> Über die Beteiligung von Mitarbeitern der *Heydrich-Stiftung* an dieser Besprechung ist nichts bekannt. Es ist aber unwahrscheinlich, dass eine Tagung in Prag in dieser Größenordnung ohne die Beteiligung der *Heydrich-Stiftung* stattgefunden hätte.

Die *Heydrich-Stiftung* war an der Vorbereitung und Durchführung einer „germanischen Vortragsreihe“ in der Junkerschule der Waffen-SS in Bad Tölz Anfang Juni 1944 beteiligt. An der Veranstaltung, die unter dem Motto „Unsere gemeinsame Aufgabe im Osten“ stattfand, nahmen Professoren der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* und der Deutschen Karls-Universität teil. Hippius sprach dort über die „Psychologie der Völker der Sowjetunion“, Pfitzner über die „Entstehung des Gegensatzes Ost und West“ und Beyer referierte über den „Bolschewismus und die Völker der Sowjetunion“.<sup>356</sup> Beyer machte deutlich, dass es bei dem Krieg gegen die Sowjetunion um die Vernichtung des gegnerischen Machtzentrums gehe und nicht um eine Grenzziehung an Dnjepr oder Wolga.

Das von Hippius und Beyer gemeinsam geleitete Institut brachte seit 1944 den „Volkswissenschaftlichen Informationsdienst“ heraus, von denen nur wenige Exemplare nachweisbar sind. In der Reihe A: „Rußland, Bolschewis-

354 Theodor Schieder war Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft. Vgl. Aly, Schieder, Conze, S. 170.

355 Vgl. Schönwälder, Historiker und Politik, S. 257 f.; Fahlbusch, Wissenschaft, S. 766.

356 Voigt und Fremund geben diesen Titel als Vortragsthema an. Laut Karl Heinz Roth hieß das Thema von Beyers Vortrag „Das bolschewistische Interesse an Mitteleuropa“. Es ist gut möglich, dass Beyer über beide Themen referierte. Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 197; Fremund, Heydrichova nadace, S. 33; Roth, Heydrichs Professor, S. 306. Pfitzner erwähnt die Tagung in seinem Tagebuch. Vgl. Mišková/Šustek (Hg.), Josef Pfitzner, S. 140 f.

mus und die Völker“ vom 25. Oktober 1944 ging es um die sowjetische Propaganda und Taktik. Die „Volkswissenschaftlichen Feldpostbriefe“, die seit März 1944 herausgegeben wurden, richteten sich an Studenten, die an die Front abkommandiert wurden und an die jungen Offiziere der Waffen-SS. Sie enthielten Informationen über die Kriegsgegner und deren Widerstandsformen.<sup>357</sup> In der ersten Ausgabe stammte der einleitende Artikel von Hans Koch unter dem Titel „Die vier Tarnungsformen der Moskauer Weltrevolution“.<sup>358</sup>

Gerda Voigt erwähnt im Zusammenhang mit der Aufstellung einer Söldnertruppe durch Frank im November 1944 unter dem Namen „Russisches Befreiungskomitee“ ebenfalls Personen aus der *Heydrich-Stiftung* oder aus deren Umfeld. Dieses antisowjetische Komitee unter dem Befehl des ehemaligen Generals Vlasov bestand aus russischen und ukrainischen Überläufern. An den Vorbereitungen waren laut Voigt Ostexperten wie Hermann Raschhofer und Theodor Oberländer, aber auch Beyer und andere Mitarbeiter der *Heydrich-Stiftung* beteiligt.<sup>359</sup>

Die veränderte Schwerpunktsetzung in der Arbeit der *Heydrich-Stiftung* und die Furcht vor einer Stärkung der Widerstandsbewegung im Protektorat hatte zur Folge, dass die „rassenbiologischen“ Arbeiten gegen Ende des Jahres 1944 eingeschränkt wurden.

#### 4.5 Vortragstätigkeit

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* veranstaltete verschiedene Tagungen, zu denen ausgewählte Teilnehmer eingeladen wurden. Aus Beyers Tätigkeitsbericht gehen die Themen einiger Vorträge hervor, die im Zeitraum von November 1942 bis Januar 1944 gehalten wurden. Hippius referierte über „Psychologische Untersuchungen im Zusammenhang mit den Erhebungen für die Deutsche Volksliste“; Winter sprach über das „historischen Leitbildes der Tschechen in den letzten 20 Jahren“; Eugen Rippl untersuchte die „Psychologie der Tschechen“; Wostry analysierte die „Frühformen panslawistischen Empfindens“ und auch Pfitzner sprach über den Panslawismus; Beyer widmete sich seinem Spezialthema und stellte die „Deutsche Volkstumspolitik im 1. Weltkrieg“ dar, ferner hielt er einen Vortrag über „Italien und Europa“; der Leiter der Staatspräsidentenkanzlei Hachas, Dr. Kliment, referierte über „Dante und die Idee der europäischen Ordnung“. Es wurden auch Dozenten von anderen Universitäten eingeladen, beispielsweise stellte Prof. Dr. Franz aus Straßburg die „volkspolitische Lage im Elsaß“ dar; Prof. Dr. Koch aus Wien referierte über die „soziale vaterländische Welle in der

357 Vgl. Roth, *Heydrichs Professor*, S. 305.

358 Von den „Volkswissenschaftlichen Feldpostbriefen“ sind 5 Nummern nachweisbar. Vgl. Voigt, *Faschistische „Neuordnungspläne“*, S. 192, 355.

359 Vgl. ebd., S. 199f.

Sowjetunion“; Prof. Dr. Planitz, ebenfalls aus Wien, zeichnete die „Entwicklung der deutschen Stadt im Westen und Osten des Reiches“ nach und Prof. Dr. von Mende aus Berlin beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der „Fremdvolkpolitik in der Sowjetunion“.<sup>360</sup> Einige Mitarbeiter der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* nahmen auch als Referenten an Veranstaltungen des RSHA und anderer SS-Institutionen teil. Auf einer Arbeitstagung der Außenstelle Böhmen und Mähren des RuSHA am 31. Oktober und 1. November 1942 in Slapy bei Prag referierte Beyer über Fragen der „Umvolkung“ und Müller über den „deutschen lebensspendenden Strom im tschechischen Volk“.<sup>361</sup> Am 29. und 30. Oktober 1943 organisierte das RSHA eine Tagung in Prag, die sich mit dem „tschechischen Problem“ beschäftigte. Die Vorbereitungen wurden von Mitarbeitern des RSHA und einiger SD-Leitstellen durchgeführt, die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* stellte hierfür Materialien und Unterlagen zur Verfügung. Auf dieser Tagung sprach auch Hans Ehlich, der Leiter der Amtsgruppe III B im RSHA, über die „Zusammenfassung der volkspolitischen Ergebnisse“.<sup>362</sup>

Auch auf Tagungen wissenschaftlicher Gesellschaften waren die führenden Personen der Prager Stiftung zu Gast. Hippius und Beyer nahmen beispielsweise an einer Arbeitstagung der *Deutschen Gesellschaft für Psychologie* über Fragen des Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften im Oktober 1943 in Weimar teil.<sup>363</sup> Am 9. und 10. März 1944 fand eine Arbeitstagung aller Forschungsgemeinschaften der Volkstums-, Landes- und Volksforschung in Prag statt. Schon im Oktober 1943 waren sämtliche volkspolitischen Forschungsgesellschaften und Institute aus der Zuständigkeit der Abteilung VI des RMDI in die Hände der Amtsgruppen VI (SD-Ausland) und III (SD-Innland) des RSHA überführt worden, also auch die *Reinhard-Heydrich-Stiftung*.<sup>364</sup> Dieser gesamte Forschungsbereich sollte in einer geheimen *Zentrale für Landes- und Volksforschung/Reichsstiftung für Länderkunde*, deren offizieller Titel seit dem Sommer 1944 *Der Reichsführer-SS – Kuratorium für Volkstums- und Länderkunde* lautete, zusammengefasst werden.<sup>365</sup> Den Vorsitz des *Kuratoriums*, in dem auch die Behörden

360 Vgl. Tätigkeitsbericht Beyers, 22.2.1944, S. 4 (SÚA 109-4/1522).

361 Vgl. Schreiben des RuSHA an Frank, 23.10.1942 (SÚA 109-12/74), abgedruckt bei: Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 1, S. 16. Vgl. auch Bemerkungen zu Dok. Nr. 10, S. 33.

362 Vgl. ebd., S. 12. Laut Karl Heinz Roth wurde auf dieser Tagung über die Einbeziehung der tschechischen Bevölkerung in den „Gesamtplan Ost“ entschieden. Vgl. Roth, „Generalplan Ost“, S. 44.

363 Beyer redete über die „Volksforschung im Ostraum“ und Hippius über die Psychologie verschiedener Völker Ostmitteleuropas, vgl. *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren*, 2 (1943), S. 305; Geuter, *Deutsche Psychologie im Nationalsozialismus*, S. 421 f.; Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“, S. 267 f.

364 Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 738.

365 Vgl. ebd., S. 745. Dem Kuratorium waren die VFG, deren Publikationsstellen und weitere Institute wie die Heydrich-Stiftung oder das Südost-Institut in München unterstellt. Zu den anderen Instituten vgl. ebd., S. 746 ff.

des RMdI, der VOMI und des RKF vertreten waren, führte SS-Standartenführer Hans Ehlich. SS-Hauptsturmführer Wilfried Krallert, Leiter der Gruppe VI G (wissenschaftlich-methodischer Forschungsdienst) im RSHA, wurde Geschäftsführer. Hans Joachim Beyer erledigte als Berater Ehlichs' im Rahmen dieser Kompetenzerweiterung des RSHA gutachtliche Arbeiten.<sup>366</sup> Gastgeber der Tagung in Prag war Beyer, geleitet wurde sie von Hans Ehlich. Karl Hermann Frank empfing die Teilnehmer im Czernin-Palais.<sup>367</sup> Das Ziel der Tagung war es, die wissenschaftliche Auslandsarbeit methodisch zu vereinheitlichen. Als die vier wichtigsten Aufgaben der Volkstumsforscher bezeichnete Ehlich die „Erhaltung und Stärkung des Deutschtums“; die „Rückgewinnung verschütteten Deutschtums“; die „Weckung des gesamtgermanischen Bewußtseins“ bei allen Völkern „germanischer Abstammung“ und die „Auseinandersetzung mit fremden Volkstümern“ sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Grenzen.<sup>368</sup> Auf der Tagung berichteten die Leiter der VFG über ihre Arbeit. Beyer stellte die Aufgabenbereiche und die bisherige Arbeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* vor. Auch die übrigen Mitarbeiter der Stiftung waren zu der Tagung eingeladen.<sup>369</sup>

#### 4.6 Veröffentlichungen

Im Bereich der Forschung und der Publizistik lag die Haupttätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Neben Monographien und Sammelbänden veröffentlichten die Institutsdirektoren der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* und ihre Assistenten zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften, die von der Stiftung herausgegeben wurden, aber auch in anderen Periodika, die während der Protektorsratszeit in Prag erschienen. Die *Heydrich-Stiftung* brachte folgende Zeitschriften und Serien heraus oder wurde als Mitherausgeber genannt: „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren“, „Slavia“, „Südostforschungen“ und „Prager Studien und Dokumente zur Geistes- und Gesinnungsgeschichte Ostmitteleuropas“, ferner die bereits erwähnten „Volkswissenschaftlichen Feldpostbriefe“ und der von Hippius und Beyer veröffentlichte „Volkswissenschaftliche Informationsdienst“. Die ersten beiden Hefte des Jahrgangs 1943 der „Deutschen Volksforschung in Böhmen und Mähren“ wurden noch von Herbert Weinelt herausgegeben, aber in Verbindung mit der Deutschen Karls-Universität und im Auftrag der *Deut-*

366 Vgl. ebd., S. 340.

367 Teilnehmer waren unter anderen: SS-Oberführer Konrad Meyer (RKF), SS-Hauptsturmführer Wilfried Krallert (RSHA, VI G), Oberregierungsrat Friedrich Hoffmann (RMdI), ferner Volkstumswissenschaftler der Institute, die dem RSHA, Amt VI G unterstellt waren. Vgl. Fahlbusch, Wissenschaft., S. 764.

368 Zit. nach ebd., S. 765, vgl. auch Burleigh, *Germany turns Eastwards*, S. 298.

369 Vgl. Generalmajor der Polizei an Frank, 9.3.1944, abgedruckt bei Fremund, *Heydrichova nadace*, Dok. Nr. 10, S. 32.



schen Akademie der Wissenschaften in Prag, der Reinhard-Heydrich-Stiftung und der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg. Als Mitarbeiter der Heydrich-Stiftung wurden Hans Joachim Beyer, Josef Hanika, Karl Valentin Müller, Edmund Schneeweis, Wilhelm Weizsäcker und Heinz Zatscheck genannt.<sup>370</sup> Nach dem Tod Herbert Weinelts wurde die Zeitschrift von Hans Joachim Beyer und Bruno Schier herausgegeben.<sup>371</sup> Sie erschien im „Volk und Reich Verlag“ der zu der Stiftung *Volk und Reich* gehörte, die von Himmler ins Leben gerufen worden war. 1941 hatte Friedrich Heiß eine Zweigstelle des Verlages in Prag eröffnet. Karl Hermann Frank stand an der Spitze dieser Zweigstelle und Hermann Raschhofer war als Berater tätig.<sup>372</sup> Die Zeitschrift „Südostforschungen“ wurde von Fritz Valjavec geleitet und in Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut* Berlin, dem *Südostinstitut München* und seit 1942 auch mit der *Südostgemeinschaft Wiener Hochschulen* und der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* herausgegeben.<sup>373</sup> Die Herausgabe der „Studien und Dokumente zur Geistes- und Gesinnungsgeschichte Ostmitteleuropas“ basierte ebenfalls auf der Kooperation mit inhaltlich verwandten Institutionen (Berlin, Wien). Sie war als Schriftenreihe konzipiert.<sup>374</sup> Karel Fremund nennt außerdem die „Zeitschrift für Geschichte der Sudetenländer“, an der die *Heydrich-Stiftung* ebenfalls mitgearbeitet haben soll.<sup>375</sup>

Die Institutsleiter der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* veröffentlichten ebenfalls Aufsätze in den in Prag erscheinenden Zeitschriften „Böhmen und Mähren“, die von Karl Hermann Frank herausgegeben wurde und „Prager Archiv für Recht, Verwaltung und Wirtschaft,“ an welcher der persönliche Sekretär Franks, Gies, und der Rektor der Deutschen Karls-Universität mitarbeiteten.<sup>376</sup> Aber auch in den Fachzeitschriften der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen publizierten die Professoren der *Heydrich-Stiftung* ihre Forschungserkenntnisse.<sup>377</sup> Die Titel aller in der Zeit vom Frühjahr 1943 bis zum Februar 1944 von den Institutsdirektoren der *Heydrich-Stiftung* und ihren Assistenten veröffentlichten Arbeiten gehen aus Beyers Tätigkeitsbericht hervor, in dem alle veröffentlichten und noch in Arbeit befindlichen

370 Vgl. *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren*, (1943), H. 1/2.

371 Vgl. ebd., H. 3.

372 Vgl. Fremund, *Heydrichova nadace*, S. 8.

373 Auf der Titelseite ist von einer „Gemeinschaft Prager Institute“ die Rede. Die Heydrich-Stiftung wird namentlich nicht erwähnt, dafür aber Beyer und Winter. Vgl. *Südostforschungen*, VII (1942), VIII (1943).

374 Beyer spricht Anfang 1944 von drei in Prag entstandenen Bänden, die sich im Druck befänden. Vgl. Beyers Tätigkeitsbericht, 22. 2. 1944, S. 2 (SÚA 109-4/1522).

375 Vgl. Fremund, *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung*, S. 18. Die zur Verfügung stehenden Quellen geben darüber keine Auskunft.

376 Vgl. ebd., S. 17.

377 Beispielsweise Beyer in der „Zeitschrift für Politik“ oder Hippus in der „Zeitschrift für Psychologie“.

Titel der Einzelarbeiten, Sammelarbeiten und Zeitschriftenartikel aufgelistet werden. Die besondere Stellung Beyers innerhalb der Reichsstiftung und seine Publizierfreude werden dadurch unterstrichen, dass er die meisten Titel veröffentlicht hat. Der größte Teil seiner Arbeiten behandelte die Themen „Volkstum“ und „Umvolkung“. Von Rudolf Hippius ist ein Aufsatz in der „Zeitschrift für Psychologie“ über methodische Ansätze zu einer europäischen Völkerpsychologie erwähnt.<sup>378</sup> Die Veröffentlichungen von Karl Valentin Müller sind in dem Bericht ebenfalls mit aufgenommen. Zwei große Buchpublikationen, die als Gemeinschaftsarbeiten konzipiert waren und an denen 13 Forscher aus Prag, Breslau, Posen, Berlin und München beteiligt waren, wurden geplant: Ein zweibändiges Sammelwerk über den „Panlawismus“ und ein Buch mit dem Titel: „Die Tschechen als Volk“.<sup>379</sup>

Beyer erwähnt auch, welche wissenschaftlichen Ausarbeitungen den „politischen Dienststellen“ zur Verfügung gestellt wurden: Die Handschrift von Dr. E. Beneš; eine tschechische „Biosozologie“; eine Arbeit von Wilhelm Wostry über „Frühformen panslawistischen Empfindens“; „Tschechische Kolonisation in Wolhynien“ von A. P. Liprandi; der „tschechische Volkscharakter im Spiegel tschechischer Selbstcharakterisierung“ von Eugen Rippl; „Die Idealisierung des Räubertums in der Ukraine“ und die „Grundfragen deutscher Volkstumspolitik im ersten Weltkrieg“ von Hans Joachim Beyer; „Psychologische Unterlagen zur Frage der Bevölkerunglenkung in der Ukraine“ von Rudolf Hippius; die „Gegenauslese im tschechischen Volk“ von Karl Valentin Müller und „Materialien über das Tschechentum und das Slowakentum in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika“.<sup>380</sup> Die zur Verfügung gestellten Schriften beschäftigten sich alle mit volkstumpolitischen Fragen. Die Ergebnisse konnten den Fernzielplanungen der deutschen Besatzer bezüglich Böhmens und Mährens dienen.

Wie die Publikationen der *Heydrich-Stiftung* zeigen, kreisten die Forschungen nicht nur um das Protektoratsgebiet, sondern gemäß der Satzung auch um die ost- und südosteuropäischen Gebiete. Polen, der Balkan, die Ukraine, Westrussland und das Baltikum waren als Forschungsgegenstände ebenfalls vertreten. Speziell in dem *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie* von Beyer und Hippius wurde die zunächst selektive Forschung zur Anwendung auf die gesamteuropäischen Umvolkungsprogramme ausgeweitet. Hippius erweiterte seine Forschung aufgrund der Ergebnisse seiner Arbeiten über Polen und das Protektorat auf das Baltikum, die Ukraine und Westrussland. Er stellte seine „psychologischen Unterlagen zur Frage der Bevölkerunglenkung in der Ukraine“ den politischen Dienststellen zur Verfügung. Diese Unterlagen dienten somit unmittelbaren kriegswichtigen, bevölkerungspolitischen Zwecken.

378 Vgl. Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944, S. 7 (SÚA 109-4/1522).

379 Vgl. ebd., S. 10; Fremund, Heydrichova nadace, S. 11.

380 Vgl. Tätigkeitsbericht Beyers, 22.2.1944, S. 5 (SÚA 109-4/1522).

## 5. Verbindungen zu anderen Institutionen

Ein wichtiger Bestandteil der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* war ihre Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Instituten. Die intensivste Kooperation bestand mit der Deutschen Karls-Universität. Alle Institutsleiter der Stiftung lehrten auch an der Universität und waren dort größtenteils Leiter ähnlicher Institute. Das *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie*, das *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte* und das *Institut für Sozialanthropologie und Volksbiologie*, waren identisch mit den entsprechenden Universitätsinstituten. Während die Universitätsinstitute vorwiegend der Lehre dienten, wurden die Forschungsarbeiten im Rahmen der Stiftung durchgeführt.<sup>381</sup> Die Verbindung zur Universität wurde auch dadurch gewährleistet, dass der Stiftungsleiter Alfred Buntru Rektor der Deutschen Karls-Universität war und später zum Ehrensensator der Universität ernannt wurde. Beyer und Zatschek gehörten dem akademischen Senat an. Die Zusammenarbeit der Stiftung mit der Universität beschränkte sich aber nicht nur auf die Institute, die von Mitarbeitern der Stiftung geleitet wurden. Auch mit anderen Instituten der Universität gab es teilweise enge Kooperationen. Bei ihren sozialanthropologischen und sozialpsychologischen Musterungen ausgesuchter tschechischer Gesellschaftsgruppen arbeiteten Müller und Hippus eng mit dem *Institut für Rassenbiologie* von Bruno Kurt Schultz und dem *Institut für Erb- und Rassenhygiene* von Karl Thums zusammen, außerdem mit dem Rassenamt des RuSHA, dessen Leiter Schultz war.<sup>382</sup> Müller und Thums hielten gelegentlich gemeinsame Vorlesungen, die für Hörer der medizinischen und der philosophischen Fakultät bestimmt waren.<sup>383</sup> Auch die konzeptionellen Entwürfe zu einem europäischen volkstumpolitischen Bürgerkrieg gegen „Bolschewismus und Amerikanismus“ im März 1945, auf die weiter unten noch eingegangen wird, wurden von Beyer, Hippus, Thums und Lothar Stengel-von Rutkowski<sup>384</sup> gemeinsam erarbeitet. Es muss jedoch betont werden, dass nicht alle Dozenten der Universität mit der *Heydrich-Stiftung* zusammenarbeiteten; so beschwerte sich Beyer in einem Brief an Frank über einige Professoren, die seiner Ansicht nach zu wenig publizierten und zu wenige Vorlesungen hielten. Als Gründe führt er deren Bequemlichkeit und die Angst vor Konflikten an.<sup>385</sup> Sehr aufschlussreich ist auch ein Bericht von Jacobi an Frank vom 27. April 1944 zur Stimmung und Haltung der Hochschullehrerschaft, in

381 Vgl. Gruppe Hochschulen, Dr. von Both, Vermerk: Betr.: Reichsstiftung für slawische Forschung, 19. 6. 1942 (AUK, NU).

382 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 339.

383 Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Deutschen Karls-Universität, Wintersemester 1944/45 (AUK, NU).

384 Stengel-von Rutkowski kam 1944 an das Rassenamt des RuSHA in Prag. Beyer erhob den Dr. der Medizin im Frühjahr 1944 in den SD-Hochschullehrerkreis. Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 341.

385 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 13.

dem die Passivität einiger Dozenten gerügt wird. Positiv hervorgehoben werden hingegen die Professoren Beyer, Hippius, Müller, Zatschek, Weizsäcker, Ernstberger, Hanika und Schultz, die als bedeutendste Vertreter der „volkspolitischen Richtung“ bezeichnet werden. Es heißt dort weiter, dass die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* den Rahmen für die „aktivistischen, nationalsozialistisch fest fundierten und volkspolitisch klar ausgerichteten und aufgeschlossenen Professoren“ bilde. Laut Jacobi gingen von diesem Kreis fast alle bemerkenswerten Impulse aus, der Universität ein wissenschaftlich-politisches Niveau und ein politisches Gewicht zu geben.<sup>386</sup>

Die Verbindungen zur Deutschen Technischen Hochschule in Prag bestanden durch Buntru, der auch Rektor dieser Hochschule war. Beyer hielt diese Verbindung für sehr wichtig, da die Fragen bezüglich „Technik und Volksentwicklung“ geklärt werden müssten und die Lücke zwischen den „Volkswissenschaften“ zu schließen sei.<sup>387</sup> Eine personelle Verbindung mit der *Deutschen Akademie der Wissenschaften* in Prag<sup>388</sup> war dadurch gewährleistet, dass der Verwaltungsdirektor der *Heydrich-Stiftung* Wilhelm Weizsäcker Vizepräsident der Akademie war. Außerdem waren mehrere Institutsdirektoren der Stiftung Mitglieder in der Akademie, die zusammen mit der *Heydrich-Stiftung* die „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren“ herausgab.<sup>389</sup> Zur *Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung* in Reichenberg, die von der Sudetengauleitung unterhalten wurde und die bis 1940 *Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung* hieß, bestanden ebenfalls gute Kontakte. Gemeinsam mit der *Sudetendeutschen Anstalt* bereitete die *Heydrich-Stiftung* eine große Bibliographie vor, von der die Teile über Volksforschung; Geschichte, Heimatkunde und Ortsgeschichte; Volkskunde der Tschechen und der mährischen Stämme; Wirtschaft, Staat, Recht und Verwaltung fertiggestellt wurden.<sup>390</sup> In diesem Institut arbeiteten 10 Kommissionen zu verschiedenen Themenbereichen. Die Kommission für Rassen- und Sippenforschung wurde von Karl Valentin Müller und Karl Thums initiiert, Beyer war Mitglied der Kommission für Geschichte. Auch im Vorstand der *Sudetendeutschen Anstalt* saßen Mitarbeiter der *Heydrich-Stiftung*. Die meisten Veröffentlichungen beschäftigten sich mit vor- und frühgeschichtlichen Themen, aber auch mit dem „sudetendeutschen Volkstumskampf“. Zur *Sudetendeutschen Anstalt* gehörte auch der *Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern*.

386 Jacobi an Frank: Stimmung und Haltung der Hochschullehrer, 27. 4. 1944 (SÚA 110-4/529).

387 Vgl. Tätigkeitsbericht Beyers, 22. 2. 1944, S. 2 (SÚA 109-4/1522).

388 Die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag wurde im Dezember 1941 durch Heydrich zur Akademie. Präsident war Grosser, Vizepräsident wurde 1942 als Nachfolger Spinus Weizsäcker. Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 185.

389 Vgl. Tätigkeitsbericht Beyers, 22. 2. 1944, S. 2 (SÚA 109-4/1522).

390 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 11.

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* pflegte auch Kontakte in die Slowakei, in erster Linie zu dem 1941 von Franz Karmasin<sup>391</sup> eröffneten *Institut für Heimatforschung* in Käsmark (Kezmarok). Das Institut war nach dem Vorbild der *Sudetendeutschen Anstalt* errichtet worden. Leiter dieses Instituts, welches sich in erster Linie mit der Sammlung volkskundlichen und sprachwissenschaftlichen Materials beschäftigte, war Johann Liptak. Hauptgegenstand war hier die Erforschung der deutschen Wurzeln und des deutschen Einflusses in der Slowakei. Das Institut versuchte die wissenschaftlichen Arbeiten der Prager und Wiener Universität zu koordinieren, die sich mit der Slowakei beschäftigten. Außerdem diente das Institut der Materialbeschaffung für die Deutsche Partei Karmasins und brachte zusammen mit deren Kulturabteilung, des sogenannten Hauptamtes für Kultur in Preßburg, die Zeitschrift „Karpatenland“ heraus, die vorher unter der Ägide der *Sudetendeutschen Anstalt* in Reichenberg veröffentlicht worden war. Im Forschungsrat des *Instituts für Heimatforschung* saßen neben Franz Karmasin, Bruno Schier und Walter Gierach Hans Joachim Beyer, Josef Hanika und Wilhelm Weizsäcker von der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*.<sup>392</sup> Anlässlich der zweiten deutschen Hochschulwoche in Käsmark (Kezmarok) im September 1943 berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit des Instituts. Beyer war auf dieser Tagung mit einem Vortrag über „Amerikanismus und Bolschewismus“ vertreten.<sup>393</sup>

Weitere Beziehungen bestanden zum *Deutschen wissenschaftlichen Institut*, welches von dem ehemaligen Prager Universitätsrektor Wilhelm Saure in Bratislava geleitet wurde. Beyer, Müller und Raschhofer standen auch mit SS-Sturmbannführer Naegeler an der Deutschen Gesandtschaft in Bratislava in Kontakt, der als Berater der Hlinka-Garde bei der Tiso-Regierung fungierte.<sup>394</sup>

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* stand außerhalb des Protektoratsgebiets und der Slowakei in Verbindung mit allen Institutionen, die auf dem Gebiet der „Tschechenkunde (slawisch-volkswissenschaftlich), der Volkswissenschaften und der Südostforschung“ tätig waren.<sup>395</sup> In seinem Bericht erwähnt Beyer in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den Universitäten in Posen, Wien und Straßburg. Die Kontakte bestanden in erster Linie zu der *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung*, die der Reichsuniversität Posen angegliedert war. Präsident der Stiftung war der Reichsstatthalter des Reichsgaues Wartheland Arthur Greiser, Wissenschaftlicher Leiter der

391 Franz Karmasin war ein nationalsozialistischer karpathendeutsche Politiker und Mitbegründer der Karpathendeutschen Partei 1927. Von 1938–1945 war er Staatssekretär für Volksdeutsche Angelegenheiten in der Slowakei, Vgl. Hoensch, Deutsche Slowakei-Politik.

392 Vgl. Voigt, Faschistische „Neuordnungspläne“, S. 188f.

393 Vgl. Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren, 2 (1943) H. 6, S. 304.

394 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 10.

395 Beyers Tätigkeitsbericht, 22.2.1944, S. 2 (SÚA 109-4/1522).

Rektor der Reichsuniversität Dr. Carstens und geschäftsführender Leiter der Kurator der Universität SS-Sturmbannführer Dr. Hans Streit.<sup>396</sup> Die Stiftung teilte sich in verschiedene Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Institute. Viele Professoren der Universität besetzten auch die wichtigsten Posten in der Stiftung, die aus beschlagnahmtem polnischen Besitz, der 24 000 ha Land umfasste, bestand. Über die genaue Form der Zusammenarbeit zwischen den Reichsstiftungen in Prag und Posen liegen leider kaum Informationen vor. Johannes Kalisch und Gerd Voigt erwähnen eine Übereinkunft der Posener Stiftung mit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* aus dem Jahr 1942, die gegenseitige Vertretungen in den Kuratorien, gemeinsame Publikationen und verschiedenartige Konsultationen vorsah. Außerdem sei, so Kalisch und Voigt eine gewisse Aufteilung der Forschungsgebiete vorgenommen worden. Danach hätten die Aufgaben der *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* vor allem im mittleren Osten, die der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* in Böhmen und Mähren und im Südosten gelegen.<sup>397</sup> Desweiteren ist auch nicht bekannt, ob Hippius und Beyer bestehende Kontakte zu ihrer früheren Wirkungsstätte nutzten. Über die Zusammenarbeit mit der Wiener Universität ist nur bekannt, dass sie an der Herausgabe der Zeitschrift *Südostforschungen* und ebenso an der Veröffentlichung der *Volkswissenschaftlichen Feldpostbriefe* beteiligt war. Hinsichtlich der Kontakte zur Reichsuniversität in Straßburg liegen ebenfalls keine Informationen vor. Gerda Voigt erwähnt enge Beziehungen zum *Institut für deutsche Ostarbeit* in Krakau und bezieht sich auf den Tätigkeitsbericht Beyers, in dem von diesem Kontakt aber nicht die Rede ist.<sup>398</sup> Es ist wahrscheinlich, dass es Kontakte nach Krakau gegeben hat, diese Vermutung lässt sich anhand der Quellen jedoch nicht belegen.

396 Vgl. Verordnung über die Errichtung einer Reichsstiftung für deutsche Ostforschung, 3. 3. 1941, abgedruckt bei: Goguel, *Deutsche Wissenschaftler*, Dokumenten-anhang 2, S. 64f.

397 Kalisch/Voigt „Reichsuniversität Posen“, S. 200f. Michael Kater behauptet, dass die Reinhard-Heydrich-Stiftung eine ursprünglich aus Prag kommende Forschungsinstitution gewesen sei, die 1942 der Posener Universität angegliedert worden sei. Diese Annahme ist falsch. Kater bezieht sich auf den hier zitierten Aufsatz von Kalisch und Voigt, in dem aber nur von einer Aufteilung der Forschungsgebiete die Rede ist und nicht von einer Angliederung an die Posener Hochschule. Vgl. Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS*, S. 285 und ebd.

398 Vgl. Voigt, *Faschistische „Neuordnungspläne“*, S. 192.

## 6. Die Heydrich-Stiftung gegen Ende des Krieges

### 6.1 Kriegsbedingte Schließungen

Wie bereits gezeigt wurde, war die Arbeitsauslastung der einzelnen Institute der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* sehr unterschiedlich und ebenso bestanden in der Publikationstätigkeit große Unterschiede. Während sich Weizsäcker bei Beyer beschwerte, dass er für ihn nur die Verwaltungsarbeiten erledige, sich also dementsprechend unterfordert fühlte und Gerhard Gesemann seit 1943 nicht mehr arbeiten konnte (sein Institut in der Stiftung anscheinend auch nicht neu besetzt wurde)<sup>399</sup>, fühlte sich Hippus überlastet. Er bat im Juni 1944 den damaligen Rektor der Universität, Friedrich Klausning, um die Bewilligung einer Kraft für sein Institut. Er schlug den Dozenten für Volkskunde an der Universität Berlin, Wilhelm Mühlmann, vor. Dieser sollte nicht nur im *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie* arbeiten, sondern es bestanden auch Pläne zur Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Völkerkunde an der Universität, an welchem Mühlmann ebenfalls tätig sein sollte.<sup>400</sup> Zu einer Umsetzung dieser Pläne kam es nicht. Hoffte Hippus im Juni 1944 noch auf eine zusätzliche Kraft für sein Institut, so wurden Ende des Jahres die Hälfte der Institute aufgrund der Maßnahmen für den totalen Kriegseinsatz geschlossen. Das *Institut für europäische Völkerkunde und Völkerpsychologie* von Beyer und Hippus, das *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte* von Eduard Winter, das *Institut für Sozialanthropologie* von Müller und eingeschränkt auch das *Landesgeschichtliche Institut* von Zatschek konnten ihre Arbeit weiterverfolgen. Die naturwissenschaftlich-technische Arbeitsgemeinschaft für geologische Untersuchungen in Mähren, die dort nach Erdöl suchte, sollte ebenso weiter arbeiten. Ferner war auch der weitere Ausbau der Zentralbücherei vorgesehen, da die Bücherei – Buntru zufolge – für die aufrecht erhaltenen Institute unbedingt notwendig sei. Das *Volkswissenschaftliche Institut* bestand demnach nicht einmal ein halbes Jahr, da es erst am 1. Juli 1944 eröffnet worden war. Die geschlossenen Institute durften die Arbeiten weiterführen, die sie mit den „Kräften erledigen können, die für den Arbeitseinsatz nicht in Frage“ kämen.<sup>401</sup> In einem Schreiben vom 2. August 1944 erläuterte Buntru im einzelnen, welche Arbeiten weitergeführt werden sollten. Die „volkspolitisch wichtigen Arbeiten“ des *Instituts für Volkskunde Böhmens und Mährens* sollten von der Stiftungszentrale übernommen werden, um welche Arbeiten es sich genau handelte, wird nicht erwähnt. Das *Orientalische Institut* konnte

399 Pfitzner erwähnt in seinem Tagebuch, dass Alois Schmaus als Nachfolger Gesemanns im Gespräch war. Gegen ihn hatte Pfitzner große Einwände. Vgl. Pfitzners Tagebuch, 22. 11. 1944. In: Míšková/Šustek (Hg.), Josef Pfitzner, S. 207.

400 Vgl. Vermerk Hippus, 16. 6. 1944 (AUK, NU).

401 Heckel an Frank, Betr.: Maßnahmen zum totalen Kriegseinsatz; hier: Reinhard-Heydrich-Stiftung, 1. 11. 1944 (SÚA 109-4/1522).

ebenfalls mit denjenigen Mitarbeitern weiter arbeiten, die für einen Kriegseinsatz nicht in Frage kamen. Dort sollten jedoch nur die Sprachkurse aufrechterhalten werden, die für deutsche Wehrmachtangehörige notwendig seien. Das *Landesgeschichtliche Institut* sollte sich auf Studien zur Geschichte des Adels und seiner politischen Rolle in Böhmen und Mähren sowie auf die Vorarbeiten zur Universitätsgeschichte beschränken.<sup>402</sup> Die Arbeiten zur Universitätsgeschichte dienten der Vorbereitung zur 600-Jahr-Feier, die im Jahr 1948 stattfinden sollte. Heckel wies jedoch darauf hin, dass die oben genannten Arbeiten derzeit nicht als „kriegsentscheidend“ anzusehen seien und deshalb „ohne Schaden für die Sache nach Beendigung des totalen Kriegseinsatzes wieder aufgenommen werden“ könnten.<sup>403</sup> Buntru betonte, es sei unbedingt notwendig, das *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte* aufrechtzuerhalten, da politisch äußerst wichtige Aufträge Berliner und Prager Dienststellen vorlägen.<sup>404</sup>

Dass zu diesem Zeitpunkt von den Forschungsarbeiten, die mit der Fernzielplanung für das Protektorat zusammenhängen abgerückt wurde, wird durch den Vorschlag Buntrus deutlich, im *Institut für Sozialanthropologie* die Auswertung der Polizeiuntersuchung unter „rassischen“ Gesichtspunkten und die Auswertung der Zliner Untersuchung über den Zusammenhang von „Beruf und Rasse“ zurückzustellen.<sup>405</sup> Im Institut von Beyer und Hippus waren ebenfalls Aufträge für „zentrale politische Stellen“ zu erledigen, die weiter bearbeitet werden sollten. Lediglich die Arbeiten über den Zusammenhang zwischen „Rasse und Charakter“ sollten eingestellt werden.<sup>406</sup> Hier stellt sich die Frage, warum die „Rassenforschungen“ in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* eingestellt wurden? Eine Antwort könnte die in den letzten Kriegsmonaten von den führenden Exponenten der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* entworfene Europakonzeption geben.

## 6.2 Das Konzept eines europäischen Bürgerkrieges

Beyer und Hippus entwarfen in den letzten Kriegsmonaten ein Konzept, welches eine Umorientierung in der nationalsozialistischen Ostpolitik bewirken sollte. Die militärisch-politische Lage erfordere eine neue politisch-pro-

402 Vgl. Buntru über Stilligungsmaßnahmen in der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 2. 8. 1944, Anlage zu Heckels Schreiben an Frank vom 1. 11. 1944 (SÚA 109-4/1522).

403 Heckel an Frank, 1. 11. 1944 (SÚA 109-4/1522).

404 Leider wird auch hier nicht genannt, um welche Arbeiten es sich handelt. Vermutlich ging es um Aufträge, die mit der Kriegsführung gegen die Sowjetunion zusammenhängen. Wie bereits erwähnt wurde Winter vom SD-Leitabschnitt Prag für seine Arbeiten auf dem Gebiet der neueren Geschichte der orthodoxen Kirche gelobt, die zum Teil unmittelbar kriegswichtigen Zwecken dienten. Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 338.

405 Vgl. Buntru, 2. 8. 1944, Anlage zu Heckels Schreiben an Frank (SÚA 109-4/1522).

406 Vgl. ebd.



pagandistische Konzeption für die Gestaltung des zukünftigen Europas.<sup>407</sup> Die Hoffnung auf eine Aufspaltung der alliierten Koalition gegen das nationalsozialistische Deutschland und eine damit verbundene Wendung des Krieges war bei einigen in Prag aktiven Ostforschern noch Ende März 1945 vorhanden. Grundgedanke dieser neuen Konzeption war die Herausstellung einer europäischen Völkergemeinschaft und die Betonung der „Gemeinsamkeiten der europäischen Kultur gegenüber Bolschewisten und Amerikanern“.<sup>408</sup> Die nationalsozialistische Revolution müsse „im Sinne eines biologisch und geistig-seelisch verstandenen europäischen Völkergedankens“ vollendet werden. In der Vorbereitung des von Beyer propagierten „europäischen Bürgerkrieg[s]“ ginge es darum, die in jedem Volk vorhandenen antibolschewistischen und die gegen Amerika und England gerichteten Kräfte zu organisieren. Das sei nur möglich mit Hilfe einer wenig eingeeengten Europakonzeption. Dazu müsse man sich von den bisherigen Einteilungsschemata in hochwertige und minderwertige Völker verabschieden und die einzelnen Völker nach ihrer schöpferischen Kraft, ihrer geschichtlichen Leistung und ihrer militärischen Leistung im Krieg bewerten. Sammelbegriffe wie „Ostvölker“, „Slawen“ und „Balkanvölker“ seien zu vermeiden. Innerhalb der gemeineuropäischen Kultur sollte aber das „spezifisch deutsche Gesicht“ und die deutsche „kulturelle Ausstrahlung“ nach allen Seiten hervorgehoben werden. Dabei müsse jedes Volk die ihm „lieb gewonnenen“ Züge des „deutschen Geistes“ wiederentdecken können.<sup>409</sup> Um die Völker, der bis dahin von den Deutschen besetzten europäischen Länder für dieses Programm und für einen gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion und Amerika zu gewinnen, musste der bislang praktizierte Völkermord und Vernichtungskrieg vergessen gemacht werden. Beyer schrieb dazu in seinem Entwurf an Frank zynisch, es gehe nicht nur darum, dass die Völker die „Enttäuschungen“ (!) überwinden, die sie vielleicht während der deutschen Besatzungszeit erlebt hätten, sondern es gehe vielmehr um die Frage, ob sie den Deutschen jetzt zutrauten, die eine ihrem Empfinden nach echte und starke Europakonzeption zu verwirklichen.<sup>410</sup> Hippius, Thums und Stengel-von Rutkowski schlugen vor, sich vom Konzept des nordisch-germanischen Herrenmenschen zu verabschieden und zu betonen, dass das schöpferische Potential des gesamten Abendlands auf dem symphonischen Zusammen-

407 Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Prof. Hippius, Prof. Thums und Doz. Dr. Stengel-von Rutkowski am 29. 3. 1945 im Institut von Prof. Hippius (SUA 114-341/3).

408 Schreiben Beyers an Frank über die völkische Problematik Europas, 4. 3. 1945 (SUA 110-10/30), gekürzt abgedruckt bei: Fremund, Heydrichova nadace, Dok. Nr. 14, S. 35–38.

409 Beyer nennt hier beispielsweise die Auswirkung der lutherischen Reformation auf die Finnen, der deutschen Romantik auf die Ukrainer und den Einfluss Goethes auf die Serben, ebd., S. 37.

410 Vgl. ebd., S. 36.

wirken der einzelnen nah verwandten europäischen Rassen entstehe.<sup>411</sup> Um die Propagierung der gemeinsamen Verteidigung der abendländisch-europäischen Kultur gegenüber „Amerikanismus und Bolschewismus“ auch publizistisch zu untermauern, sollten folgende Schriften verfasst werden: „Die Wissenschaft von der europäischen Substanz“; „Das schöpferische Erbpotential Europas“; „Um die Existenz der europäischen Familie“ und „Polare Harmonie der abendländischen Rassenseele“.<sup>412</sup> Die Koordinierung des sogenannten Bürgerkriegs konnte aber nach Beyers Ansicht nicht von den vorhandenen Dienststellen des Reiches durchgeführt werden, da weder das Ostministerium Rosenbergs noch das Auswärtige Amt in der Lage seien auf diese neue ideelle Konzeption umzuschalten. Alte Bürokraten und alte Nationalsozialisten würden sich immer ähnlicher werden. Beyer schlug deshalb in seinem Brief an Frank die Bildung eines „Ministeriums für europäische Angelegenheiten“ vor. Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* sollte für diese „Reichsstelle“ bestimmte Vorbereitungsarbeiten durchführen. Beyer verwies in diesem Zusammenhang auf das Foreign Office, welches gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Studienkommissionen gemacht habe.<sup>413</sup> Es ist kaum vorstellbar, dass Beyer und seine Kollegen ernsthaft daran glauben konnten, die Bevölkerung der bis dahin von den Deutschen besetzten Länder dazu bewegen zu können, zusammen mit dem nationalsozialistischen Deutschland gegen die Alliierten zu kämpfen und damit die Hoffnung auf eine für Deutschland doch noch glückliche Kriegswende zu verbinden. Dem Szenario eines europäischen Bürgerkriegs, das Beyer und Hippikus mit ihren Kollegen ausgearbeitet hatten, wurde im Amt des Reichsprotokollars Aufmerksamkeit geschenkt. Aus Beyers Brief an Frank geht hervor, dass er die zweite Ausarbeitung seiner Konzeption auf Weisung Franks erstellt hatte. Ferner weist Beyer darauf hin, er habe für seine Ausarbeitung Gedankengänge verwertet, die in den Gesprächen mit SS-Obersturmbannführer Fischer vom Bodenamts in Prag und mit SS-Sturmbannführer Jacobi vom SD-Leitabschnitt Prag aufgetaucht seien.<sup>414</sup> Die Hoffnungen auf eine Kriegswende scheinen auch bei der Behörde des Staatsministers und beim SD vorhanden gewesen zu sein. Konzeptionen, die sich mit einer zukünftigen Europagestaltung unter deutscher Führung beschäftigten, existierten auch in anderen Wissenschaftsinstitutionen. Franz Alfred Six, Dekan der *Auslandswissenschaftlichen Fakultät* in Berlin, verfasste 1942 einen Aufsatz über das „Einheitsbewußtsein Europas“. Prodekan Pfeffer sprach 1944 von einem „europäischen Nationalismus“, der durch den Bolschewismus bedroht werde und in einem sogenannten Europa-Seminar, das noch bis zum Frühjahr 1945 tagte, wurde empfohlen, zukünftig nicht mehr

411 Vgl. Aktennotiz, 29. 3. 1945 (SÚA 114-341/3).

412 Vgl. ebd.

413 Vgl. Schreiben Beyers an Frank, 4. 3. 1945 (SÚA 110-10/30).

414 Vgl. ebd., S. 35.

von den „germanischen“ Dingen zu sprechen.<sup>415</sup> Ein Mitarbeiter in Rosenbergs Ministerium beschäftigte sich mit der Frage, wie die deutsche Wissenschaft auf europäische Interessen auszurichten sei.<sup>416</sup> Auf politischer und diplomatischer Ebene nahmen seit dem Frühjahr 1943 Pläne für eine neu orientierte Europapolitik zu.<sup>417</sup> Karl Hermann Frank betonte im Februar 1943, die europäischen Völker hätten nach Stalingrad erkannt, dass es bei dem Krieg nicht mehr um den Krieg eines Volkes, sondern um die Errettung oder Vernichtung der europäischen Völkergemeinschaft und der abendländischen Kultur ginge. Entweder siege die große „soziale Revolution“, oder die „bolschewistischen Horden Asiens“ würden über Europa hereinfluten.<sup>418</sup>

Die Europapläne der *Heydrich-Stiftung* konnten nicht mehr realisiert werden. Ende April 1945 schickte Frank eine Delegation, der auch Hermann Raschhofer und Dr. Adolf angehörten, nach Bayern. Ziel dieser Delegation war es, den Amerikanern einen antisowjetischen Separatfrieden vorzuschlagen. Raschhofer kehrte nach dem erfolglosen Versuch nicht mehr nach Prag zurück. Mit der deutschen Kapitulation war auch die Geschichte der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* beendet.

## 7. Die Akteure der Heydrich-Stiftung nach dem Krieg

Da das Ende der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* nicht das Ende für die Tätigkeit ihrer führenden Köpfe bedeutete, soll im folgenden knapp skizziert werden, was nach dem Krieg aus ihnen wurde.

Hans Joachim Beyer konnte mit seiner Familie aus Prag fliehen. 1947 wurde er Pressesprecher der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche. 1950 ging er an die Pädagogische Hochschule Flensburg und wurde dort ordentlicher Professor. Gegen seine Berufung legten einige Professoren Protest ein, aber ohne Erfolg.<sup>419</sup> Beyer beschäftigte sich mit Kirchengeschichte, Regionalgeschichte, war aber auch weiterhin in der Ost- und Südostforschung tätig. Durch seine Kontakte zur *Südostdeutschen Kommission*, deren Leiter Harold Steinacker war, zum *Münchener Osteuropainstitut*, unter der Direktion von Hans Koch und Fritz Valjavec und zum *Ostdeutschen Kulturrat*, dessen Vizepräsident Wilhelm Weizsäcker war publizierte Beyer unter dem leicht abgeänderten Namen Hans Beyer, weiter über seine alten Themen.<sup>420</sup> Beyer starb 1971 in Hamburg.

415 Vgl. Siebert, Entstehung und Struktur, S. 33.

416 Vgl. Fahlbusch, Wissenschaft, S. 766.

417 Vgl. zu den nationalsozialistischen Europakonzepten Krüger, Hitlers Europapolitik.

418 Vgl. Ansprache Franks in der Großkundgebung im Lucernasaal zu Prag, 26. 2. 1943. In: Böhmen und Mähren, H. 3/4 (1943), S. 36.

419 Vgl. Fremund, Heydrichova nadace, S. 14. Joachim Bahlcke zufolge intervenierten auch ehemalige Prager Kollegen, u. a. Josef März und Ernst Schwarz, gegen eine Berufung Beyers. Vgl. Bahlcke, Wilhelm Weizsäcker, S. 20.

420 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 315 u. 342; Fahlbusch, Wissenschaft, S. 782.

Karl Valentin Müller wurde Professor an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und Direktor des dortigen *Instituts für Sozialwissenschaften*. Er starb 1963.

Josef Hanika übernahm, nach Internierung in Prag, 1948 die Geschäftsführung des *Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege*. 1950 gründete und leitete er das *Institut für Kultur- und Sozialforschung* in München. Seit 1952 hatte Hanika einen Lehrauftrag für Volkskunde mit besonderer Berücksichtigung der deutsch-slawischen Beziehungen an der Münchner Universität, wurde 1955 außerordentlicher Professor und 1959 zum Ordinarius ernannt.<sup>421</sup> Er beschäftigte sich mit der Volkskunde der Vertriebenen, der Volkskunde Bayerns und mit tschechischer Volkskunde. 1953 bezeichnete er die Deutschen noch als Träger der abendländischen Sendung in Ostmitteleuropa. Hanika starb 1963 in München.<sup>422</sup>

Wilhelm Weizsäcker verließ Prag am 8. Mai 1945 mit der Wehrmacht. Bis 1949 arbeitete er im *Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen* in Bayern und für die *Sudetendeutsche Wirtschaftshilfe*. 1950 wurde er Honorarprofessor an der Universität in Heidelberg. Er arbeitete im *Adalbert-Stifter-Verein*, im *Ostdeutschen Kulturrat*, in der *Historischen Kommission der Sudetenländer*, in der *Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* in Speyer, im *Collegium Carolinum* in München und im *Herder-Forschungsrat* in Marburg. 1961 starb Weizsäcker in Heidelberg.<sup>423</sup>

Eduard Winter war bis 1948 in Wien tätig. 1948 ging er ins ostdeutsche Halle und wurde Rektor der Universität. 1949 flog er nach Moskau, um Stalins 70. Geburtstag zu feiern.<sup>424</sup> 1951 ging Winter nach Berlin. Dort baute er das *Institut für osteuropäische Geschichte* an der Humboldt-Universität auf. 1955 wurde er in die Akademie der Wissenschaften der DDR aufgenommen. An der Universität arbeitet er in der historischen Abteilung des *Instituts für Slawistik*.<sup>425</sup> Winter gelangte als Slawist und Kirchenhistoriker zu internationalem Ruf. Er starb 1982.

Gerhard Gesemann arbeitete an der Veröffentlichung von Romanen, Dramen und Novellen in Bad Tölz, wo er 1948 starb.<sup>426</sup> Rudolf Hippius schaffte es nicht Prag zu verlassen, er starb wahrscheinlich in russischer Kriegsgefangenschaft.<sup>427</sup>

421 Vgl. Zückert, Josef Hanika, S. 16 ff.

422 Vgl. ebd., S. 20 f.

423 Vgl. Bahlcke, Wilhelm Weizsäcker, S. 19 f.

424 Vgl. Gimpl, Die Jahre der „Erfüllung“?, S. 256 f.

425 Vgl. ebd., S. 264 ff.

426 Vgl. Ehlers, Gesemanns kulturkundliche Slawistik, S. 34.

427 Vgl. Mišková, Rassenforschung, S. 27. Frank-Rutger Hausmann behauptet Hippius sei nach dem Krieg verschollen, vgl. Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“, S. 268.

## 8. Die Bedeutung der Reinhard-Heydrich-Stiftung im Rahmen der NS-Volkstumspolitik und der deutschen Ostforschung

Welche Bedeutung hatte die Tätigkeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* im Vergleich mit anderen Forschungsinstitutionen, die ebenfalls im Bereich der Ostforschung bzw. der Volkstumsforschung aktiv waren? In diesem Zusammenhang ist es nötig einen kurzen Blick auf die inhaltlichen und methodischen Scherpunkte einiger Wissenschaftsinstitutionen zu werfen. Es soll gezeigt werden, dass die *Heydrich-Stiftung* mit der von ihr betriebenen Volkstumsforschung, der „volksbiologischen“ Betrachtungsweise der jeweiligen Bevölkerungsgruppen und ihren Zuarbeiten für die Interessen des SD und des RSHA keine Ausnahme darstellte.

Zunächst wird kurz auf die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG) als eine große Dachorganisation für die verschiedenen regionalen Forschungsverbände eingegangen, anschließend werden die Begriffe Volksboden und Kulturboden im Kontext der deutschen Ostforschung und des sogenannten Grenz- und Auslandsdeutschtum erläutert, um die Entwicklung der Volkstumsgeschichte und ihre weitere Radikalisierung zu verdeutlichen. Abschließend werden einige Institutionen der NS-Ostforschung vorgestellt, um zu zeigen, welche inhaltlichen Parallelen zur *Reinhard-Heydrich-Stiftung* existierten.

### 8.1 Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften

Die regionalen Forschungsverbände der VFG untersuchten die jeweiligen Bevölkerungsgruppen der besetzten Länder nach ethnischen, politischen und sozioökonomischen Kriterien. Die Wissenschaftler der Teildisziplinen lieferten landeskundliche Daten, die zur Legitimierung von Gebietsansprüchen und zur Segregation der Bevölkerungsgruppen geeignet waren. Darüber hinaus waren sie als Berater sowohl der Zivil- und Militärverwaltung in den besetzten Gebieten als auch der Wehrmacht und der Nachrichtendienste der SS tätig.<sup>428</sup> Die sechs regionalen Forschungsgemeinschaften der VFG<sup>429</sup>, die alle über eine Geschäftsstelle in Form der „Publikationsstelle“ zur zentralen Organisation der Arbeiten verfügten, konzentrierten sich zunächst auf die deutschen Grenzgebiete und auf die Überseegebiete mit deutschen Auswanderern.<sup>430</sup> Die am 19.12.1933 gegründete Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft (NOFG) war der größte regionale Forschungs-

428 Vgl. Fahlbusch, Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“, S. 243 f.

429 Nord- und Ostdeutsche, Osteuropäische, Südostdeutsche, Alpenländische, Westdeutsche und Überseedeutsche Forschungsgemeinschaft. Vgl. zur Organisationsstruktur der VFG Fahlbusch, Wissenschaft, S. 79–86. Vgl. zur Westforschung Schöttler, Die historische „Westforschung“.

430 Vgl. Fahlbusch, Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“, S. 244 f.

verbund der VFG. Der Historiker Albert Brackmann wurde Leiter, die Historiker Hermann Aubin und Walther Recke gehörten dem Vorstand an.<sup>431</sup> Im Beirat der NOFG saß Wilhelm Weizsäcker von der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* als einer von 29 Fachvertretern für den Bereich Rechtsgeschichte.<sup>432</sup> Die deutschnationalen, jungkonservativen Volkstumsforscher Österreichs beschlossen 1931 in Vorarlberg die Gründung der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SOFG) in Wien und der Alpenländischen Forschungsgemeinschaft (AFG) in Innsbruck.<sup>433</sup> Die SOFG sollte den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und die Revision des Versailler Vertrages vorbereiten. Leiter der SOFG waren der Geograph Hugo Hassinger und der Historiker Hans Hirsch, nach dessen Tod im Jahr 1940 wurde Otto Brunner sein Nachfolger. Wilfried Krallert war Geschäftsführer der SOFG.<sup>434</sup> Zum Betätigungsfeld der SOFG gehörte das gesamte Gebiet der ehemaligen KuK-Monarchie. Die Tschechoslowakei wurde zwischen der NOFG und der SOFG in verschiedene Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt. Die SOFG war für die Slowakei und das an Österreich grenzende tschechische Grenzgebiet zuständig und unterhielt Kontakte zu den sogenannten Stützpunkten in der ČSR, nach Reichenberg, Prag und Bratislava. Die NOFG betreute durch die Standorte Breslau und Leipzig das Sudetengebiet, das westböhmisches Gebiet und Oberschlesien.<sup>435</sup> Böhmen und Mähren unterstanden später der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* in Prag.<sup>436</sup> Karl Haushofer, der zwischen den Volkstumswissenschaftlern in Wien und München und dem Auswärtigen Amt vermittelte, bezeichnete als Arbeitsziel der südostdeutschen Forschungsverbände, den deutschen kulturpolitischen Einfluss historisch in Südosteuropa nachzuweisen, die Strukturen sozioökonomisch und ethnographisch zu erforschen und die Ergebnisse für die Verwaltung, die volksdeutschen Verbände und die NSDAP informell zur Verfügung zu stellen. Die Informationen sollten propagandistischen Zwecken dienen, um die „Idee der Mitteleuropäischen Raumzusammengehörigkeit“ zu stützen.<sup>437</sup>

1939 erklärte der Leiter der *Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft*, Otto Brunner, auf einem Treffen aller Regionalvertreter der Forschungs-

431 1937 kam es zu einer Umstrukturierung. Brackmann und Aubin bildeten mit den Geschäftsführern Papritz und Kohte die Leitung. Dazu kam ein Kreis beratender Wissenschaftler, zu denen u. a. Baethgen, Rörig, Wittram und Koetzschke gehörten. Vgl. Burleigh, *Germany turns Eastwards*, S. 136f.; Schönwälder, *Historiker und Politik*, S. 50f.

432 Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 187.

433 An dem Treffen nahmen auch Volkstumswissenschaftler aus Deutschland, der Schweiz, dem Elsaß und den Benelux-Staaten teil. Vgl. Fahlbusch, *Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“*, S. 247.

434 Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 253–258.

435 Vgl. ebd., S. 284ff.

436 Vgl. Fahlbusch, *Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“*, S. 248.

437 Vgl. ebd., S. 249.

verbünde, die volksdeutsche Forschungsarbeit habe vom Begriff des deutschen Lebensraums auszugehen. Im Protektorat Böhmen und Mähren müsse „die Frage des germanischen Blutes in diesen Ländern, des deutschen Anteils am Blut wie an der politischen und kulturellen Leistung des Tschechentums in breitester Front aufzurollen und damit die Voraussetzung für Existenz und Funktion des Tschechentums im deutschen Lebensraum zu klären sein“.<sup>438</sup> Diese Fragestellung war auch eine der Leitlinien in der Arbeit der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Karl Hermann Frank sagte in der Eröffnungsansprache für die Reinhard-Heydrich-Stiftung, es ginge darum, herauszufinden, wo sich deutsche Einflüsse bemerkbar machten.<sup>439</sup> Das Ziel war die Durchleuchtung, Erfassung und Kartierung der tschechischen Bevölkerung, durch die Erhebung von Daten, die für die NS-Volkstumspolitik, das heißt für einen staatliche gelenkten Eingriff in die Bevölkerungsstruktur Böhmens und Mährens, notwendig waren.

Auf einer Tagung der SOFG am 17. und 18. März 1941 anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens in Wien definierte Otto Brunner die zukünftigen volkstumspolitischen Aufgaben, nicht nur mit der Untersuchung des deutschen Anteils an der Bevölkerung des Südostens, und der Förderung der deutschen kulturellen Hegemonie über Kleinvölker, sondern es sollten auch die „ehemaligen deutschen Menschen“ voll wiedergewonnen werden, wobei nicht die Sprache das ausschlaggebende Merkmal für die Existenz deutscher Volksgruppen sei. Im Mittelpunkt der Forschung standen also nicht mehr nur allein die Volksdeutschen, sondern die gesamte Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder, die auf ihre Germanisierungsfähigkeit hin überprüft werden sollten.<sup>440</sup> Diese bevölkerungspolitische Zielsetzung, die spätestens seit Kriegsausbruch auch von anderen völkischen Forschungsgemeinschaften verfolgt wurde, war von Anfang an Hauptaufgabe der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Viele Lehrstuhlinhaber in Prag waren Mitglieder der SOFG. Von der *Heydrich-Stiftung* waren Gerhard Gesemann, Eugen Rippl, Josef Hanika, Edmund Schneeweiß, Eduard Winter, Heinz Zatschek und Ferdinand Ulmer Mitglieder der SOFG.<sup>441</sup> Die Mitgliedschaft bedeutet in dem Fall der SOFG, bzw. der VFG, keine Mitgliedschaft im Sinne einer Vereinszugehörigkeit. Die VFG waren keine Stiftung und kein Verein, keine juristische Person im engeren Sinne. Ihre Zusammenarbeit basierte auf jährlich erneuerten schriftlichen Vereinbarungen zwischen dem VDA, den kulturpolitischen Abteilungen des RMdI und des Auswärtigen Amtes.<sup>442</sup> Die Finanzierung sicherten das Auswärtige Amt, das RMdI und später auch das RSHA.<sup>443</sup> Die VFG waren als Nachfolgeorganisation der Leipziger *Stiftung*

438 Zit. bei Haar, „Kämpfende Wissenschaft“, S. 228.

439 Vgl. Entwurf Beyers für eine Ansprache Franks anlässlich der Eröffnung der Reinhard-Heydrich-Stiftung, o. D., S. 2 f. (SÚA 109-4/1522). Vgl. Kap. III.1.4.

440 Vgl. Fahibusch, Wissenschaft, S. 642 f.

441 Vgl. ebd., S. 749.

442 Vgl. ebd., S. 79.

443 Vgl. ebd., S. 123; Goguel, Deutsche Wissenschaftler, S. 55 ff.

für *deutsche Volks- und Kulturbodenforschung* gegründet worden. Den VFG gehörten ca. 1 000 Mitarbeiter an.

## 8.2 Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung

Nach dem Ersten Weltkrieg wollten die Historiker und Geographen, die im Bereich der Ostforschung aktiv waren, der westeuropäischen Nationsidee ein alternatives Modell entgegenstellen, welches den Verhältnissen in Osteuropa angeblich besser entspreche. Hans Rotfels bezeichnete das nationale Selbstbestimmungsprinzip für die „Wesenheit des Ostens“ als nicht angemessen. Der Nationalstaat im westeuropäischen Sinne sei hier wirklichkeitsfremde Theorie. Das individualistische Selbstbestimmungsrecht appelliere nur an die gerade Lebenden, nicht an die Kette der Geschlechter, die Arbeit und Blut in den Boden gegeben haben und reiße damit die gewachsenen Zusammenhänge auseinander.<sup>444</sup> Die Volksgeschichte sollte sich an den kulturellen Leistungen einer Volksgruppe über längere Zeiträume orientieren. Im Vordergrund stand die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur, nicht so sehr die Sprache. Dieser Volksbegriff konnte sich sowohl an objektiven, also ethnischen und sprachlichen, als auch an der subjektiven Willensentscheidung orientieren, er war noch nicht primär ethnisch oder rassistisch geprägt, sondern richtete sich nach kulturellen und wirtschaftlichen Lebensformen.<sup>445</sup>

Mit diesem Ansatz wurde in den zwanziger Jahren dann die deutsche Volks- und Kulturbodenforschung entwickelt, die mit historischen Argumenten die deutschen Ansprüche auf Ostmitteleuropa untermauern wollte. Die Behauptung des deutsch-slawischen Kulturgefälles und der deutschen Kulturmission standen dabei im Mittelpunkt. Dadurch erlebten die Mediävistik und die Vorgeschichtsforschung einen Bedeutungszuwachs.<sup>446</sup> Der Begriff des Volks- und Kulturboden war inhaltlich sehr diffus und mehr ein Kampfbegriff als eine wissenschaftlich brauchbare Kategorie.<sup>447</sup>

Der Geograph Albrecht Penck wies Mitte der zwanziger Jahre darauf hin, dass nicht die deutsche Sprachgrenze, sondern die Ausdehnung des deutschen Volks- und Kulturbodens, der sich bis zur russischen Grenze erstreckte, maßgeblich dafür sei, dass den Deutschen Dank ihrer zivilisatorischen Leistungen in den letzten Jahrhunderten die Vorherrschaft im „Ostraum“ zustehe.<sup>448</sup> Die „Volks- und Kulturbodenforschung“ begnügte sich aber

444 Vgl. Mommsen, W.J., „Volkstumskampf“, S. 184f.; Schönwälder, Historiker und Politik, S. 54f.

445 Vgl. Mommsen, W.J., „Volkstumskampf“, S. 185; vgl. zur Historiographie der Weimarer Zeit auch Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, ders., Nach der Niederlage.

446 Vgl. Kuebart, Entwicklung der Osteuropaforschung, S. 668.

447 Vgl. Schönwälder, Historiker und Politik, S. 52.

448 Vgl. Mommsen, W.J., „Volkstumskampf“, S. 186; Schönwälder, Historiker und Politik, S. 52.



nicht mit sozialwissenschaftlichen und geographischen Ansätzen, sondern entwickelte für die Revision der deutschen Grenze völkische Argumente und war gegenüber rassistischen und bevölkerungspolitischen Neuordnungsideen offen. Der Begriff „Volks- und Kulturboden“ bedeutete, dass ein Volk über feste Siedlungsräume verfüge, die sich in den Randgebieten zugunsten ethnischer Mischgebiete auflösen würden. Der angeblich homogene deutsche „Volkskörper“ sollte in diesen Gebieten stabilisiert oder wiederhergestellt werden. Als deutscher Kulturboden wurden jene Gebiete verstanden, die vornehmlich von slawischen Bevölkerungsgruppen bewohnt wurden. Die Volkstumswissenschaftler waren sich einig darüber, wie der deutsche „Volks- und Kulturboden“ zurückerobert werden könnte. Max Hildebert Boehm wollte eine Integration der deutschen Minderheiten in die Staaten Ostmitteleuropas verhindern und forderte, durch irredentistisches Verhalten der „deutschen Volksgruppen“ die politische Ordnung zu destabilisieren, damit das Deutsche Reich intervenieren konnte.<sup>449</sup> Karl Christian Loesch, ein Vertreter des großdeutschen Reichsgedankens, forderte die Kündigung der Pariser Vorortverträge, um eine neue europäische Nationalitätenpolitik zu begründen, die die Probleme der „Überbevölkerung“, der „völkischen Gemengelage“ sowie der „primitiv-brutalen Staatsauffassung“ der ost- und südosteuropäischen Staaten lösen sollte. Dafür dienten die deutschen Minderheiten als „Rohstoff“.<sup>450</sup> Es ging den Volkstumskämpfern nicht mehr um die militärische Eroberung und Sicherung bestimmter Gebiete, sondern um ihre „völkische“ Schließung durch homogene Besiedlung der zu erobernden Räume und der Verdrängung der „fremden“ Bevölkerungsgruppen.<sup>451</sup> In der Leipziger *Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung* gab es unterschiedliche Auffassungen über die deutsche Volkstumspolitik. Während eine Gruppe um den Geschäftsführer Wilhelm Volz sich mit der Existenz der neuen Nationalstaaten abfinden wollte und eine legale Minderheitenpolitik über den Völkerbund favorisierte, erneuerten der Geopolitiker Karl Haushofer und die Geographen Albrecht Penk und Friedrich Metz die Kriegsziele des Ersten Weltkrieges.<sup>452</sup> Die Beschäftigung mit dem Grenz- und Auslandsdeutschtum war zweifellos mit Positionen verknüpft, die eine Revision der Staatsgrenzen in (Ost-) Mitteleuropa zugunsten des Deutschen Reiches anstrebten.<sup>453</sup>

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten schien sich die Möglichkeit zu bieten, die Ostforschung zu institutionalisieren und weiter auszubauen. Die Vertreter der osteuropäischen Geschichte wurden dabei allmählich ausgeschaltet. Sie vertraten zwar ebenfalls überwiegend revisionistische Ziele, strebten aber teilweise noch einen Ausgleich mit den osteuropäi-

449 Vgl. Haar, *Deutsche „Ostforschung*, S. 486 f.

450 Vgl. ebd., S. 487 f.

451 Vgl. Haar, *„Kämpfende Wissenschaft“*, S. 221 f.

452 Vgl. ebd., S. 222.

453 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 78.

schen Ländern an.<sup>454</sup> Bis 1935 wurden alle Ordinarien für osteuropäische Geschichte entlassen: Richard Salomon in Hamburg, Karl Stählin und Otto Hoetzsch in Berlin, und Friedrich Braun in Leipzig. In Leipzig wurde auch der Privatdozent Georg Sacke entlassen.<sup>455</sup> Das Breslauer *Osteuropa-Institut* und die *Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas* mussten ihre bisher auf Russland ausgerichteten Aktivitäten umstellen. Die Russlandhistorie stieß bei den Nationalsozialisten auf Misstrauen. Die Osteuropahistorie sollte an den Hochschulen zerschlagen und zu einer Domäne der NS-Institutionen gemacht werden.<sup>456</sup> Werner Markert, seit 1934 Redakteur der Zeitschrift *Osteuropa*, umriss die zukünftige Aufgabe der Osteuropaforschung im Februar 1934 folgendermaßen: „Der Weg nach Osten heißt auch in der Wissenschaft Kampf. Kampf auf Vorposten um Neuland. Wir haben die Kleinarbeit zu leisten für den Ausbau des Weges, den der Führer uns vorgezeichnet hat. Das ist heute die wissenschaftliche und politische Aufgabe des Osteuropastudiums.“<sup>457</sup>

Die NOFG war maßgeblich an dem Aufbau der Disziplin der ostdeutschen Volksgeschichte an den Universitäten beteiligt und organisierte den Aufbau politikberatender Forschungsinstitutionen.<sup>458</sup> Die Volkstumswissenschaftler erhoben die Daten, die für eine ethnozentrische „Volksgruppenpolitik“ benötigt wurden. Die Nachfrage nach genauen Selektionskriterien für die geplanten bevölkerungspolitischen Maßnahmen – Feststellung des Eindeutschbaren Prozentsatzes, „Aussiedlung“ der nicht germanisierbaren Bevölkerungsgruppen und Ansiedlung von Deutschstämmigen – wuchs bei den zuständigen SS-Ämtern (SD-Hauptamt, bzw. RSHA, VOMI, RuSHA RKF) seit 1938 kontinuierlich.<sup>459</sup> In ihren Arbeiten und Denkschriften entwickelten Forscher wie Hermann Aubin, Albert Brackmann, Theodor Schieder und Johannes Papritz Verfahren zur Eingliederung der polnischen Westgebiete in das Deutsche Reich und stimmten dabei den Plänen zur

454 In der Osteuropaforschung der zwanziger Jahre gab es auch positive Ansätze in der zwischenstaatlichen Annäherung, wie die Förderung der deutsch-sowjetischen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen durch die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas unter dem Einfluss Otto Hoetzsch' zeigt. Vgl. Kuebart, Entwicklung der Osteuropaforschung, S. 668. Gegenüber Polen dominierte hingegen eine dezidierte Feindschaft. Vgl. Kleßmann, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik, S. 357.

455 Sacke ist der einzige Historiker von dem eine aktive Widerstandstätigkeit bekannt ist. Er starb im Frühjahr 1945 nach KZ-Haft auf einem Todesmarsch. Vgl. Schönwälder, Historiker und Politik, S. 69ff.; Kleßmann, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik, S. 362.

456 Vgl. Schönwälder, Historiker und Politik, S. 72; Camphausen, Rußlandbild, S. 260; Kleßmann, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik, S. 358ff.; Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 120ff.

457 Markert, Das Studium Osteuropas, S. 395–401.

458 Vgl. Haar, „Kämpfende Wissenschaft“, S. 225.

459 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 267.

Deportation der jüdischen und überwiegend polnischen Bevölkerung zu.<sup>460</sup> Schieder forderte in einer Denkschrift über „Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnen Gebieten“ eine klare „Abgrenzung von polnischem und deutschen Volkstum“, um die „Gefahren völkischer und rassischer Vermischung und der Unterwanderung“ zu vermeiden.<sup>461</sup> Auch an den Vorarbeiten und Durchführungen des Generalplan Ost waren Volkstumshistoriker maßgeblich beteiligt.

### 8.3 Institutionen der deutschen Ostforschung im NS

Nicht nur an den Universitäten kam es zu personellen und strategischen Veränderungen, sondern auch in den außeruniversitären Instituten. Das *Breslauer Osteuropa-Institut* verlor im Frühjahr seine jüdischen Mitarbeiter. Die Direktoren Auhagen und Hesse traten zurück und 1934 übernahm Hans Uebersberger die Institutsleitung.<sup>462</sup> Der Forschungsschwerpunkt sollte nun nicht mehr bei Russland sondern bei Polen und der ČSR liegen. 1937 musste das Institut die Beschäftigung mit Russland zwangsläufig vorerst einstellen, da die russischen Bestände der Institutsbibliothek im Januar 1937 von SD- und Gestapo-Mitarbeitern nach Berlin gebracht wurden, um dort das *Wannsee-Institut* aufzubauen.<sup>463</sup> Der Wirtschafts- und Agrarexperte Michael Achmeteli vom Breslauer Institut sollte im Auftrag des SD eine geheime Dokumentations- und Forschungsstelle für die politisch relevante Sowjetforschung in Berlin aufbauen. Das Institut wurde im Oktober 1937 von der Abteilung „Linksbewegung“ beim Amt II („Weltanschauliche Auswertung“) des SD-Hauptamtes übernommen. Das Kuratorium bestand zwar aus Vertretern verschiedener Reichsministerien wurde aber nach den Anforderungen des SD ausgerichtet.<sup>464</sup> Das *Wannsee-Institut* hatte die Aufgabe Gutachten, Karten und Übersetzungen zu erstellen und sollte die Partei- und Staatsinstanzen über Ost- und Ostmitteleuropa informieren. Die Ergebnisse wurden in Monatsberichten und Sonderberichten den Reichsministern, den Reichs- und Gauleitern der NSDAP und allen höheren SS-Führern zur Verfügung gestellt. Ferner wertete das Institut geheimes SD-Material aus.<sup>465</sup> Achmeteli fungierte als Institutsleiter und erhielt an der Auslandswissen-

460 Vgl. Haar, Deutsche „Ostforschung“, S. 499f.; ders., „Kämpfende Wissenschaft“, S. 228; Ebbinghaus/Roth, Theodor Schieders Polendenkschrift; Mommsen, H., Umvolkungspläne, S. 69f.; Aly, Theodor Schieder, Werner Conze.

461 Ebbinghaus/Roth, Polendenkschrift, S. 86.

462 Uebersberger besetzte auch den neuen Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte und Länderkunde an der Universität Breslau. Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 127.

463 Vgl. Botsch, „Geheime Ostforschung“, S. 510ff.; Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 145.

464 Vgl. Botsch, „Geheime Ostforschung“, S. 512ff.

465 Vgl. ebd., S. 514; Siebert, Die Ostforschung, S. 5.

schaftlichen Fakultät der Berliner Universität ein Ordinariat.<sup>466</sup> Hier lehrte seit 1940 auch Hans Joachim Beyer und dozierte über „Rasse, Volk und Raum“, das „Ostjudentum“ und die „besetzten Ostgebiete“. Nach dem Ausscheiden Beyers wurde die Abteilung „Ostmitteleuropa“ jahrelang nicht neu besetzt. Beyer rezensierte aber weiterhin in der „Zeitschrift für Politik“, die vom *Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut* herausgegeben wurde, zahlreiche Titel der Ostforschung.<sup>467</sup>

Das *Wannsee-Institut* erweiterte seinen Tätigkeitsbereich auf das Baltikum, die Tschechoslowakei, Polen und die Ukraine. Im Vorfeld des „Anschlusses“ Österreichs und der „Sudetenaktion“ führte das Institut „staatspolizeiliche“ Sonderaufträge aus. Seit dem Sommer 1938 erfolgte die Ausrichtung auf den Krieg mit Polen.<sup>468</sup> Im November 1940 wurde das Institut als Sonderreferat dem Amt VI (Ausland) des RSHA unterstellt. Ab Mai 1941, unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, erstellte das *Wannsee-Institut* einige Denkschriften, die sich mit den ökonomischen und agrarischen Verhältnissen in der Ukraine und Sibirien befassten. Einige Mitarbeiter des Instituts waren auch an Aktionen der Einsatzgruppen beteiligt. So zum Beispiel am „Vorkommando Moskau“, das ein Sonderkommando der Einsatzgruppe B war und auch an deren Mordaktionen beteiligt war.<sup>469</sup> 1943 wurde das *Wannsee-Institut* dem sogenannten *Reichskuratorium für Länderkunde*<sup>470</sup> des RSHA unterstellt. Im Sommer 1944 berieten die Mitarbeiter der Dienststelle Krallert über Möglichkeiten, Unruhe und Aufstände im sowjetischen Hinterland zu provozieren. Hierzu sollten religiöse Widersprüche ausgenutzt werden. Das *Wannsee-Institut* wurde beauftragt Arbeiten zur Orthodoxie durchzuführen.<sup>471</sup> Möglicherweise besteht hier ein Zusammenhang mit den Arbeiten Eduard Winters in der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Winters *Institut für osteuropäische Geistesgeschichte* war von den kriegsbedingten Schließungen im Jahr 1944 nicht betroffen. Der offizielle Stiftungsleiter Alfred Buntru betonte im August 1944, dass es unbedingt notwendig sei, Winters Institut aufrechtzuerhalten, da politisch äußerst wichtige Aufträge Berliner und Prager Dienststellen vor-

466 Leiter der Auslandswissenschaftliche Fakultät und des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts war der SD-Führer und spätere Leiter des Amtes VII im RSHA Franz Alfred Six. Vgl. Siebert, *Die Ostforschung*, S. 1.

467 Vgl. ebd., S. 19–22.

468 Vgl. Botsch, „Geheime Ostforschung“, S. 514 f.

469 Das Sonderkommando wurde zunächst von Six geleitet, ihm gehörten zwei Mitarbeiter des Wannsee-Instituts an: Friedrich Buchardt und Emil Augsburg. Vgl. ebd., S. 518. Laut Gerhard Volkmer fand in den Räumen des Wannsee-Instituts die Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ statt. Vgl. Volkmer, *Deutsche Forschung zu Osteuropa*, S. 147.

470 Einer der Decknamen für die Geschäftsstelle (VI G) Krallerts im RSHA. Vgl. Fahlbusch, *Wissenschaft*, S. 745. Vgl. auch Kap. III 4.5 dieser Arbeit.

471 Vgl. Botsch, „Geheime Ostforschung“, S. 521 f.

lägen.<sup>472</sup> Der SD-Leitabschnitt Prag wies im März 1944 darauf hin, dass Winter wichtige Aufgaben auf dem Gebiet der neueren Geschichte der orthodoxen Kirche durchgeführt habe, die zum Teil unmittelbar kriegswichtigen Zwecken diene.<sup>473</sup> Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* unterstand ebenso wie das *Wannsee-Institut* seit dem Herbst 1943 der Dienststelle Krallerts. Möglicherweise erhielt auch Winter einen Auftrag von der Berliner Behörde oder vom SD in Prag.

Das Breslauer *Osteuropa-Institut* gliederte nach der Plünderung seiner Bibliothek seine Tätigkeitsbereiche neu. Die Russland-Forschung trat in den Hintergrund. Im Mittelpunkt standen jetzt Polen und die ČSR. Besonders auf wirtschaftswissenschaftlichem und juristischem Gebiet führte das Institut teils geheime Arbeiten zur Vorbereitung des Überfalls auf Polen und zur Besetzung der ČSR durch. So musste das Institut für militärische und zivile Behörden Arbeiten anfertigen und Auskünfte erteilen.<sup>474</sup> Als 1941 H. J. Seraphim die Leitung des Instituts übernahm kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete. Die Bearbeitung der besetzten Ostgebiete, Reichskommissariat Ostland, Ukraine und die Sowjetunion sollte intensiviert werden, um den „Belangen der Verwaltung und der Wirtschaft zu dienen.“<sup>475</sup> Es bestanden Kontakte zum *Institut für deutsche Ostarbeit* in Krakau und zur *Reichsuniversität Posen*.

Im April 1941 wurde die Reichsuniversität Posen eröffnet, die auf der Eröffnungsveranstaltung als „Vorposten des Großdeutschen Reiches auf der Wacht im Osten“ bezeichnet wurde. Zum Rektor wurde der Tierzuchtgenetiker SS-Standartenführer Peter Johannes Carstens ernannt, damit der Landwirtschaftswissenschaft die nötige Bedeutung, die sie im Hinblick auf die An- und Umsiedlungen hatte, zukommen konnte.<sup>476</sup> Die beschlagnahmten Bücher der polnischen Bibliotheken (ca. 2 Millionen Bände) wurden der Universitätsbibliothek und anderen Stellen zur Verfügung gestellt.<sup>477</sup> Die Arbeit der Universität diene in erster Linie der Erforschung des „polnischen Volkstums“ und der Vorbereitung der Ansiedlung „Volksdeutscher“. Sie sollte Vorarbeiten zur Bereinigung der „völkischen Mischzonen“ leisten und die „Eindeutschung“ des Gebietes vorbereiten.<sup>478</sup> An der Universität arbeitete eine große Anzahl baltendeutscher Wissenschaftler. Sie kamen von den Universitäten Dorpat und Riga und vom Herder-Institut in Riga. Zu ihnen

472 Vgl. Buntru über Stilllegungsmaßnahmen in der Reinhard-Heydrich-Stiftung, 2. 8. 1944. Anlage zu Heckels Schreiben an Frank vom 1. 11. 1944 (SUA 109-4/1522).

473 Vgl. Roth, Heydrichs Professor, S. 338.

474 Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 146.

475 Vgl. ebd., S. 174.

476 Vgl. Goguel, Deutsche Wissenschaftler, S. 102 f.

477 Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 176.

478 Vgl. Die Aufgabenstellung der Reichsuniversität Posen. Aus der Rede des Rektors am 27. 4. 1941. In: Goguel, Deutsche Wissenschaftler, Dokumentenanhang 2, Dok. Nr. 3, S. 51 f.

gehörten auch Reinhard Wittram, der spätere Dekan der Philosophischen Fakultät, und Rudolf Hippus.<sup>479</sup> Die studentische Ausbildung zielte darauf ab einen neuen Typ des Wissenschaftlers heranzubilden, der die Bedeutung des Ostens für Deutschland und Europa nutzbar machen sollte. Zum Studium wurden nur „völkisch“ und politisch einwandfreie Studenten zugelassen, die durch „Facheinsätze“, „Wissenschaftseinsätze“ und „Landeinsätze“ in die Praxis der deutschen Besatzungspolitik eingeführt wurden.<sup>480</sup> In Posen gab es Lehrstühle für Rassenpolitik, Volkslehre, Geschichte und Sprache des Judentums, Grenz- und Auslanddeutschtum, Geistes- und Glaubensgeschichte. Der Lehrbetrieb wirkte sich auf die deutsche Besatzungspolitik nur mittelbar aus, die kriegsbedingten Forschungen hingegen gewannen zunehmend praktische Bedeutung. Zahlreiche Institute der Naturwissenschaftlichen Fakultät führten Aufträge für die Wehrmacht durch. Einige Mitglieder des Lehrkörpers beteiligten sich auch unmittelbar an der NS-Ausrottungspolitik. Der Röntgenologe SS-Standartenführer Holfelder führte Reihenuntersuchungen an Polen durch, die an Tuberkulose erkrankt waren und deren Ermordung Gauleiter Greiser Himmler vorgeschlagen hatte. Das Anatomische Institut verbrannte im Keller ca. 8 000 Leichen ermordeter Juden und Polen. Außerdem handelte das Institut mit Skeletten und Skelettteilen von Menschen, die durch die Gestapo ermordet worden waren.<sup>481</sup>

Die am 3. März unter der Schirmherrschaft Görings gegründete *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung* war so eng mit der Reichsuniversität verbunden, dass es, wie bei der *Reinhard-Heydrich-Stiftung* und der Deutschen Karls-Universität, kaum möglich ist, eine deutliche Trennungslinie zu ziehen. Präsident der Stiftung war der Gauleiter des Reichsgau Wartheland und Reichsstatthalter Arthur Greiser. Als wissenschaftlicher Leiter fungierte der jeweilige Rektor der Reichsuniversität und als geschäftsführender Leiter ihr Kurator. In der Stiftung existierten mehrere Institute, Abteilungen, Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften, die alle von Professoren der Reichsuniversität geleitet wurden.<sup>482</sup> Die Organisationsstruktur ähnelte derjenigen der *Reinhard-Heydrich-Stiftung*. Die Planer der Prager Stiftung orientierten sich an dem Modell der Posener Stiftung, wie aus den ersten Entwürfen Saures und später Beyers klar hervorgeht.<sup>483</sup> Ein wesentlicher Unterschied

479 Vgl. Namensliste deutscher Wissenschaftler aus Lettland und Estland mit Gehaltsvorschlügen. Aktennotiz Wittrams', 12. 12. 1939. In: Goguel, Die deutschen Wissenschaftler, Dokumentenanhang 2, Dok. Nr. 6 b, S. 57 f.

480 Vgl.; Goguel, Deutsche Wissenschaftler, S. 114 ff.; Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 177.

481 Vgl. ebd., S. 176 f.

482 Vgl. Goguel, Deutsche Wissenschaftler, S. 118 f.; Kalisch/Voigt, „Reichsuniversität Posen“, S. 198 ff.

483 Vgl. Vermerk Saures, 12. 3. 1941 (SÚA 114-207/2); Schreiben der Gruppe Unterricht und Kultus im Reichsprotectorat an die Gruppe I 1, z. Hd. Regierungsrat von Prott vom 29. 3. 1941 (AUK-NU); Vermerk Beyers, Betr.: Reichsstiftung, 19. 6. 1942 (SÚA 109-4/1522).

stellt die materielle Ausstattung dar. Während Saure und auch Beyer vergeblich auf die Zuweisung größerer Liegenschaften hofften, verfügte die Posener Stiftung über ausgedehnte Ländereien: Den geraubten Besitz der polnischen Nationalstiftung Kőrnik, der aus 4 984 ha Wald und Gütern mit 6 759 ha Nutzfläche bestand, sowie den Besitz des Fürsten Michail Radziwill mit 11 448 ha Fläche. Die Reichsstiftung erzielte durch die Verwaltung dieses Grundbesitzes als Erwerbsunternehmen große Überschüsse.<sup>484</sup> Die einzelnen Abteilungen der Reichsstiftung erarbeiteten Empfehlungen, die unmittelbar der deutschen Besatzungspolitik dienten. Der Arbeitskreis II der *Arbeitsgemeinschaft für Ostsiedlung* erarbeitete Vorschläge für den „Einsatz polnischer Arbeitskräfte“ in der Landwirtschaft.<sup>485</sup> Ein anderer Arbeitskreis beschäftigte sich mit der Siedlungsstruktur und der Feststellung des Menschenbedarfs in einem bestimmten Landkreis.<sup>486</sup>

Für Beyer und Hippus stellte Posen das Sprungbrett für ihre Tätigkeit in Prag dar. Hippus hatte hier seine Untersuchungen über die Mischehen begonnen und so methodische Vorarbeit für seine Reihenuntersuchungen in Prag geleistet, wo er zusammen mit Karl Valentin Müller sozialanthropologische und völkerpsychologische Untersuchungen der tschechischen Bevölkerung durchführte.

Nachdem der gesamte Lehrkörper der Universität Krakau verhaftet und bis auf wenige Ausnahmen in das KZ Sachsenhausen deportiert worden war, fand dort im April 1940 die feierliche Eröffnung des *Instituts für Deutsche Ostarbeit* unter der Präsidentschaft des Generalgouverneurs Hans Frank in Krakau statt. Das IDO bestand aus sieben geisteswissenschaftlichen und vier naturwissenschaftlichen Abteilungen und verfügte über Zweigstellen in Lemberg und Warschau.<sup>487</sup> Die geisteswissenschaftlichen Sektionen wurden 1943 mit Ausnahme der Landeskunde und der Rassen- und Volkstumsforschung eingestellt. Frank gab dem Institut folgende Aufgaben: Arbeit für die Deutschen im Lande; Arbeit für Großdeutschland und seine Idee; Kampf gegen die Feinde Deutschlands in diesem Raum. Die Arbeit müsse darauf abzielen, dem „Deutschtum in diesem Land ein geistiges Bollwerk zu erbauen“. Das Institut sollte das gesamte Material für die Erforschung der deutschen Geschichte sicherstellen und auch Lehrkurse für Beamte, Angestellte, Angehörige der Polizei und SS über die Gesamtheit der Ostfragen abhalten. Die besetzten polnischen Gebiete sollten unter Nach-

484 Vgl. Goguel, *Deutsche Wissenschaftler*, S. 119, vgl. auch Dokumentenanhang 2, Dok. Nr. 9 a: Verordnung über die Errichtung einer Reichsstiftung für Deutsche Ostforschung, 3. 3. 1941, S. 64f.

485 Offenbar waren die Vorschläge dem Stabshauptamt des RKF nicht radikal genug. Als Konsequenz aus den Änderungsvorschlägen empfahl die Arbeitsgemeinschaft die „Herausnahme“ der nicht „benötigten polnischen Arbeitskräfte“ aus den Dörfern. Vgl. Aus der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Ostsiedlung bei der Reichsstiftung, 15. 11. 1943. In: ebd., Dokumentenanhang 2, Dok. Nr. 10, S. 70f.

486 Vgl. ebd., S. 121.

487 Vgl. Kleßmann, *Osteuropaforschung*, S. 364f.

weis des „deutschen Rechtsanspruchs [...] auf der Grundlage der geschichtlichen Sendung und Leistung des Deutschtums“ für den deutschen Kultur- einfluss erschlossen werden.<sup>488</sup> Für die Unterstützung des Volkstums- kampfes war die Abteilung Vorgeschichte unter der Leitung von Werner Radig zuständig. Er betonte, dass es nicht schwer sei, den „deutschen Füh- rungsanspruch im Vorfeld des deutschen Volks- und Kulturbodens aus den Urtiefen des geschichtlichen Lebens zu erweisen.“<sup>489</sup> Der Leiter der Sektion für Rasse- und Volkstumsforschung Erhard Riemann war auch Mitarbeiter der VOMI in Krakau. Seine Sektion erhielt die Aufgabe „praktische Unter- lagen für die Staatsführung“ auszuarbeiten. Aus dem „Gemisch von Rassen und Völkern“ sollten die „entwicklungsschaffenden und -tragenden Grup- pen herausgefiltert werden. Das Ergebnis dieser Arbeit kann nicht überras- chen: Diese schaffenden Gruppen waren angeblich deutscher Herkunft.<sup>490</sup> Die Parallelität zur Arbeit Karl Valentin Müllers' ist unübersehbar. Die Sek- tion Recht des IDO sollte ein neues Bauern- und Bodenrecht ausarbeiten und die Durchdringung des Ostraums mit nationalsozialistischem Rechts- denken vorantreiben. In den Zeitschriften des IDO „Die Burg“ und „Deut- sche Forschung im Osten“ publizierten auch institutsfremde Wissenschaft- ler. Ebenso referierten z. B. Hermann Aubin oder Peter Heinz Seraphim auf Tagungen des IDO.<sup>491</sup> Darüber hinaus entstanden Reihen mit Einzelunter- suchungen für den Dienstgebrauch, die nicht veröffentlicht wurden. Einige Institutsmitglieder waren auch Mitglieder der Gouvernementsregierung, was eine unmittelbare Umsetzung der Erkenntnisse in die politische Praxis ermöglichte. Das IDO beteiligte sich an der Eindeutschung polnischer Orts- und Straßennamen, führte rassenkundliche und ethnographische Unter- suchungen durch, die der Germanisierung von Teilen der polnischen Bevölkerung dienten, versuchte den Nachweis des „deutschen Charakters“ von Kulturgütern zu erbringen und erstellte Gutachten über wirtschaftliche Ausbeutungsmöglichkeiten.<sup>492</sup> Die Sektion Wirtschaft hatte die Aufgabe ent- weder selbständig oder nach Anforderung die deutschen Besatzungsbehör- den zu beraten.<sup>493</sup>

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* bildete das wissenschaftliche Forschungs- zentrum der deutschen Ostforschung und der NS-Volkstumspolitik in Böhmen und Mähren. In den interdisziplinär arbeitenden Forschungs- instituten wurden Arbeiten zur Legitimierung des deutschen Herrschafts- anspruchs und zur Vorbereitung der Germanisierung der tschechischen Bevölkerung geleistet. Die Stiftung war integriert in das Netzwerk der Insti-

488 Zit. nach Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 178.

489 Zit. nach Kleßmann, Osteuropaforschung, S. 365.

490 Vgl. Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 180f.

491 Vgl. Kleßmann, Osteuropaforschung, S. 365f.; Volkmer, Deutsche Forschung zu Osteuropa, S. 178f.

492 Vgl. ebd., S. 179f.

493 Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 195.



tute der Volkstumsforschung. Die Kontakte zur SOFG waren durch die in Prag arbeitenden Mitarbeiter der SOFG gegeben. Weizsäcker war Mitglied im Beirat der NOFG. Die *Heydrich-Stiftung* unterhielt Kontakte zu anderen Forschungsinstituten. Die Zusammenarbeit zeigt sich an der Herausgabe der Zeitschrift „Südostforschungen“, die von der Prager Stiftung, dem *Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut* in Berlin, dem *Südostinstitut* in München und der *Südostgemeinschaft Wiener Hochschulen* herausgegeben wurde. Bei der „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren“ bestand eine Zusammenarbeit mit der *Deutschen Akademie der Wissenschaften* in Prag und der *Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung* in Reichenberg. Die *Heydrich-Stiftung* stand in Kontakt mit dem *Institut für Heimatforschung* und mit dem *Deutschen Wissenschaftlichen Institut* in der Slowakei, dem *Institut für Landes- und Volksforschung* in Reichenberg, der Universität Wien, den Reichsuniversitäten in Straßburg und Posen, dort in erster Linie mit der Posener *Reichsstiftung für deutsche Ostforschung*. Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* war eingebunden in die volkstumpolitischen Pläne des RSHA. Aus den Quellen geht hervor, dass der SD-Leitabschnitt Prag sowohl bei personalpolitischen, als auch bei inhaltlichen und methodischen Fragen einen großen Einfluss ausübte. Zunächst hatte die *Heydrich-Stiftung* nur den Protektoratsinteressen des RSHA zugearbeitet, weitete aber seine Forschungen auch auf andere osteuropäische Gebiete (Ukraine, Baltikum, Balkan) aus. Als 1943 die gesamte volkstumpolitische Forschung dem RSHA unterstellt wurde, engagierte sich Beyer als Berater für die Planungsarbeit.

Wie auch das *Wannsee-Institut* in Berlin, die Reichsuniversität und die Reichsstiftung in Posen war die *Heydrich-Stiftung* und mit ihr auch die Deutsche Karls-Universität in Prag eine Hochburg der SS. Die Tätigkeit gliedert sich ein in die rassistische Volkstumsforschung, die auch an anderen nationalsozialistischen Forschungsinstituten betrieben wurde. Die Akteure der Stiftung lieferten durch ihre Grundlagenforschung Ergebnisse, die bei der geplanten endgültigen Eindeutschung des als „geeignet“ erscheinenden Teils der tschechischen Bevölkerung und der Aussiedlung des anderen Teils zum Tragen kommen sollten.



## IV. Zusammenfassung

Anhand der Rede Karl Hermann Franks zur Eröffnung der Stiftung und der Vorschläge und Ausarbeitungen Beyers zur sogenannten „Tschechenkundlichen Forschung“ wurde gezeigt, dass das Ziel einer Germanisierung der tschechischen Bevölkerung und die mit ihr verbundene „Neutralisierung“ und „Entnationalisierung“ Hauptbestandteil der Forschungsarbeit der *Heydrich-Stiftung* war. Durch verschiedene Arbeiten, die die Unterschiede zwischen der Bevölkerung Böhmens und Mährens betonten, sollten die beiden Landesteile separiert und die Betrachtung der tschechischen Bevölkerung als eigenständiges Volk zurückgedrängt werden. Der in den einzelnen Beiträgen immer wieder hervorgehobene jahrhundertelange deutsche Einfluss in Böhmen und Mähren diente sowohl der Legitimation der Zugehörigkeit des Protektorats zum Deutschen Reich als auch der Zerstörung der Tschechen als Nation. Letzteres sollte durch die Darstellung der sogenannten „Umvolkungsprozesse“ erreicht werden. Beyer zog dabei eine Linie von der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung bis hin zur Gegenwart, beschrieb die „Entvolkung“ eben dieser Ostbewegung und behauptete, dass die deutschen „Blutsanteile“ eine „Begabungsauselese“ bei den Tschechen bewirkt hätten. Nur dadurch seien besondere Leistungen des tschechischen Volkes und das Entstehen einer Nationalbewegung möglich gewesen. Nach diesem rassistischen Konstrukt handelte es sich bei dem Protektorat um „urdeutsches“ Gebiet und bei den Tschechen lediglich um ein „entdeutsches“ Volk, welches nun wieder „regermanisiert“ werden müsste. Die Germanisierung war jedoch nicht für alle Tschechen vorgesehen. Nach Heydrichs und Franks Vorstellungen sollte eine „rassisch-völkische Bestandsaufnahme“ durchgeführt werden. Diese sollte in erster Linie durch medizinische und rassenbiologische Untersuchungen erreicht werden. Für die *Heydrich-Stiftung* führte Karl Valentin Müller sozialanthropologische Untersuchungen an ausgesuchten Gesellschaftsschichten durch. Diese wurden anhand des Beispiels der Untersuchung der Protektoratspolizei verdeutlicht. Hauptanliegen Müllers war es, die deutschen Einflüsse seiner Probanden durch mehrere Generationen hindurch festzustellen. Rudolf Hippius konzentrierte sich auf die völkerpsychologischen Aspekte. Er untersuchte die Auswirkungen von sogenannten „Völkermischungen“, prüfte darüber hinaus tschechische Studenten hinsichtlich ihrer rassischen Eignung, die zum Studium an deutschen Hochschulen zugelassen werden sollten.

Der Aspekt des deutschen Einflusses auf das tschechische Volk wurde in der *Heydrich-Stiftung* bzw. von ihren Mitarbeitern aus der Sicht der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen beleuchtet. Wilhelm Weizsäcker bezeichnete das deutsche Stadtrecht in der Geschichte als nationalpolitische Stütze des deutschen Volkstums und machte es dafür verantwortlich, dass sich auch bei den Tschechen eine städtische Kultur entwickelt hatte. Der

Volkskundler Josef Hanika untersuchte die Chodenbauern in Westböhmen und konstatierte bei ihnen eine starke Durchdringung mit „deutschen Blut“ und deutscher Volkskultur. Ferner versuchte er die „kulturelle und blutsmäßige Durchdringung“ des tschechischen Volkes mit deutschen Elementen am volkstümlichen Hausbau zu belegen.

Diese Forschungsschwerpunkte zeigen, dass die *Heydrich-Stiftung* in erster Linie für die nationalsozialistische Fernzielplanung im Protektorat tätig war. Zu den Nahzielen – die Bekämpfung des Widerstandes und der reibungslose Ablauf der Kriegsproduktion im Protektorat – trug die *Heydrich-Stiftung* nichts bei. Sie weitete aber ihr Forschungsfeld auch auf andere osteuropäische Gebiete aus, was die Arbeiten von Hippus und Beyer und auch die verstärkte Ausrichtung auf die Sowjetunion 1944 belegen. Die „Bolschewismusforschung“ diente unmittelbar kriegswichtigen Zwecken, ebenso das im März 1945 ausgearbeitete Konzept eines europäischen Bürgerkrieges, welches den Gedanken einer europäischen Völkergemeinschaft in ihrem Abwehrkampf gegen „Amerikanismus“ und „Bolschewismus“ in den Vordergrund rückte, in der Hoffnung, noch eine Wende des Krieges herbeiführen zu können. Die Bevölkerung der bis dahin von den Deutschen besetzten Länder sollten zur gemeinsamen Verteidigung der abendländischen Kultur gewonnen werden. Diese neue Orientierung bewirkte, dass die rassischen Untersuchungen in der *Heydrich-Stiftung* eingestellt wurden.

Die *Reinhard-Heydrich-Stiftung* war eine Institution der SS. Heydrich hatte die bereits geplante Stiftung nach seinem Amtsantritt in Prag der Amtsgruppe III B des RSHA unterstellt. Zunächst war es darum gegangen die Deutsche Karls-Universität mit SD-loyalen Hochschullehrern auszustatten, mit denen eine interdisziplinär arbeitende Volkstumsforschung betrieben werden konnte. Aus diesen Gründen wurde Hans Joachim Beyer zum Generalbevollmächtigten für den Stiftungsaufbau ernannt. Es ging bei den personalpolitischen Entscheidungen aber nicht nur darum, SS-Mitglieder für die Stiftungsarbeit zu gewinnen, sondern Forscher, die mit Hilfe rassenbiologischer, sozialanthropologischer und völkerpsychologischer Methoden Ergebnisse lieferten, die für die geplanten Umvolkungs- bzw. Germanisierungsmaßnahmen die nötigen Erkenntnisse liefern konnten. Auch Frank hielt die enge Verbindung der Stiftung mit seiner Behörde aufrecht. Er wurde über die Arbeiten der Stiftung informiert, wie zahlreiche schriftliche Korrespondenzen zwischen der Stiftung und dem Reichsprotektorat belegen. Eine weitere Verbindung bestand durch die Ernennung Karl Valentin Müllers als Franks Sonderbeauftragter für Rassenfragen. Der Einfluss der SS war während der gesamten Existenz der Stiftung eminent. Beyer, Hippus, Wezsäcker und der offizielle Leiter der Stiftung Alfred Buntru waren SS-Mitglieder. Der SD in Prag wurde von Beyer über die Arbeiten der Stiftung auf dem Laufenden gehalten und informierte auch das RSHA. Er war der Koordinator der Stiftung. Über ihn lief die Korrespondenz mit dem SD und

mit Frank. Müller und Hippus führten die wichtigsten Arbeiten im Sinne der Germanisierung durch. Wilhelm Weizsäcker und Heinz Zatschek gehörten zusammen mit Beyer zu den produktivsten Kräften in der Stiftung, wie die Anzahl ihrer veröffentlichten Titel zeigt. Es waren jedoch nicht alle Institute der Stiftung ausgelastet. Gesemanns Institut wurde schon frühzeitig wieder geschlossen es existierte in erster Linie nur auf dem Papier. Das *Volkswirtschaftliche Institut* bestand nur ein halbes Jahr. Am Beispiel Gesemanns wird deutlich, dass nicht alle Institutsleiter der Stiftung im gleichen Maße für die Aufgaben der Stiftung engagiert waren und dass es Unterschiede in der jeweiligen Einbindung in die Stiftungsarbeit gab.

Die *Heydrich-Stiftung* arbeitete eng mit der Deutschen Karls-Universität zusammen, an der alle Institutsleiter der Stiftung lehrten. Außerdem stand die Stiftung in Kontakt zu vielen wissenschaftlichen Institutionen, die sich schwerpunktmäßig mit dem osteuropäischen und dem südosteuropäischen Raum beschäftigten.

Die Mitarbeiter der Prager Stiftung waren im Vergleich zu den Institutionen im besetzten Polen nicht direkt an Umsiedlungsmaßnahmen beteiligt. Die unterschiedliche Besatzungspolitik bewirkte, dass es in Böhmen und Mähren nicht zu so großen Umsiedlungen wie in Polen kam. Das *Institut für Deutsche Ostarbeit* erarbeitete beispielsweise Gutachten und Expertisen, die sich mit der Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft, mit Umsiedlungsmaßnahmen und Rasse-, Volkstums- und Wirtschaftsfragen beschäftigte, deren Empfehlungen teilweise innerhalb weniger Tage in die politische Praxis umgesetzt wurden.<sup>494</sup>

Die mildere Form der deutschen Besatzungspolitik in Böhmen und Mähren, bedingt durch die Bedeutung der Kriegswirtschaft für das Deutsche Reich und durch die – im Vergleich zu Polen und Russen – höhere rassische Bewertung der Tschechen in der nationalsozialistischen Rassenideologie, führten dazu, dass sich die *Heydrich-Stiftung* in erster Linie nur mit den geheim formulierten Fernzielen beschäftigte. Sie arbeitete aber genauso auf eine Segregation der Bevölkerung und auf die Aussiedlung bestimmter Bevölkerungsgruppen hin, die später durchgeführt werden sollte.

494 Vgl. Aly/Heim, *Vordenker der Vernichtung*, S. 109, 194f.



## V. Anhang

### Abkürzungen

AFG	Alpenländische Forschungsgemeinschaft
AUK	Archiv Univerzity Karlovy (Archiv der Karlsuniversität)
BDO	Bund der Deutschen im Osten
ČSR	Československá Republika (Tschechoslowakische Republik)
DAI	Deutsches Auslandsinstitut Stuttgart
Dok.	Dokument
DSB	Deutscher Schutzbund
NKWD	Narodny Komisariat Wnutrennich Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NOFG	Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NU	Německá Univerzita (Deutsche Universität)
OUN	Organizacja Ukraińskich Nacjonalistów (Organisation Ukrainischer Nationalisten)
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RMdI	Reichsministerium des Inneren
RMWEV	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt
SA	Sturmabteilungen der NSDAP
SD	Sicherheitsdienst der SS
SdP	Sudetendeutsche Partei
SDFG	Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft
SS	Schutzstaffel der NSDAP
SÚA	Státní ústřední archiv, Praha (Staatliches Zentralarchiv Prag)
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VFG	Volksdeutsche Forschungsgemeinschaften
VOMI	Volksdeutsche Mittelstelle

## Quellen und Literatur

### Ungedruckte Quellen

Státní ústřední archiv Praha (Staatliches Zentralarchiv Prag): Bestand: Úrad říšského protektora (Amt des Reichsprotektors): 1939–1945: 109-4/542, 109-4/1522, 109-6/75, 109-8/40, 109-12/74, 110-4/143, 110-4/155, 110-4/507, 110-4/529, 110-4/533, 110-4/539 110-4/541, 110-4/555, 110-10/30, 110-10/64, 110-12/106, 114-207/2, 114-341/3.  
Archiv Univerzity Karlovy (Archiv der Karls-Universität): Bestand: Německá Univerzita v Praze (Deutsche Universität Prag), unbearbeitet.

### Veröffentlichte Quellen

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1915–1945. Serie D (1937 bis 1945). Band IV: Die Nachwirkungen von München (Oktober 1938–März 1939), Baden-Baden 1951.
- Anatomie okupační politiky hitlerovského Německá v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantin von Neuratha (Anatomie der Okkupationspolitik Hitler-Deutschlands im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Dokumente aus der Periode des Reichsprotektors Konstantin von Neurath), hg. von Miroslav Kárný, Jaroslava Milotová, Dagmar Moravcová (Sborník k problematice dějin imperialismu [Sammelband zur Problematik der Geschichte des Imperialismus] 21), Praha 1987.
- Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation, hg. von Miroslav Kárný, Jaroslava Milotová, Margita Kárná (Reihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, Band 2), Berlin 1997.
- Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947, Dokumentensammlung, hg. von Václav Král, Praha 1964.
- Deutschland und die Tschechoslowakei 1918–1945, Dokumente über die deutsche Politik, hg. von Koloman Gajan und Robert Kvaček, Prag 1965.
- Frank, Karl Hermann, Ansprache in der Großkundgebung im Lucernasaal zu Prag, 26. 2. 1943, abgedruckt in: Böhmen und Mähren, Blatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, 3/4 (1943), S. 36–40.
- Die Vergangenheit warnt, Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, hg. von Václav Král, Prag 1960.
- Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. von Czesław Madajczyk, Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 80, München 1994.



## Primärliteratur

- Beyer, Hans Joachim: Aufbau und Entwicklung des ostdeutschen Volksraumes, Danzig 1935.
- : Zur Einführung. In: *Auslandsdeutsche Volksforschung*, 1 (1937) H. 1, S. 1-16.
  - : Hauptlinien einer Geschichte der ostdeutschen Volksgruppen im 19. Jahrhundert. In: *Historische Zeitschrift*, 162 (1940) H. 3, S. 509-539.
  - : Auslese und Assimilation. In: *Deutsche Monatshefte*, 7 (1940), S. 407-419.
  - : Rassistische Kräfte in der Umvolkung. In: *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung*, 6 (1942), S. 1-16.
  - : Das Schicksal der Polen. Rasse - Volkscharakter - Stammesart, Leipzig 1942.
  - : Amerikanische oder bolschewistische „Volkstum“? In: *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren*, 2 (1943) H. 6, S. 201-208.
  - : Die deutsche Einheit des größeren Mitteleuropa und ihr Verfall im 19. Jahrhundert, Vorträge und Aufsätze der Reichsuniversität Posen, H. 6, Posen 1943.
- Hanika, Josef, Anfänge der hannakischen Stammescharakteristik im 18. Jahrhundert. In: *Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren*, 2 (1943) H. 4/5, S. 258-279.
- : Volkskundliche Erforschung völkischer Wesensart. In: ebd., 3 (1944) H. 6, S. 313-331.
- Hippius, Rudolf, *Volkstum, Gesinnung und Charakter, Bericht über psychologische Untersuchungen an Posener deutsch-polnischen Mischlingen und Polen*, Stuttgart 1942.
- Markert, W.: Das Studium Osteuropas als wissenschaftliche und politische Aufgabe. In: *Osteuropa*, 9 (1933/34), S. 395-401.
- Müller, Karl Valentin, *Der Aufstieg des Arbeiters durch Rasse und Meisterschaft*, München 1935.
- : Die Bedeutung des deutschen Blutes im Tschechentum I. In: *Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik*, 9 (1939) H. 5, S. 325-358.
  - : Deutschtum und Tschechentum in rassen- und gesellschaftsbiologischer Betrachtung. In: *Rasse, Monatsschrift für den nordischen Gedanken*, 8 (1941), S. 303-307.
  - : Grundsätzliche Ausführungen über das deutsche und tschechische Volkstum in Böhmen und Mähren. In: *Raumforschung und Raumordnung, Monatschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung*, 5 (1941) H. 10/12, S. 488-496.
  - : Die Gegenauslese im tschechischen Volk. In: *Volksforschung in Böhmen und Mähren*, 3 (1944), S. 297-300.
- Weizsäcker, Wilhelm, Die Entwicklung von Stadt und Stadtrecht. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 5 (1941) H. 10/12, S. 592-596.

## Sekundärliteratur

- Aly, Götz: Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung. In: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.
- /Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung, Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. 1993.
- Anderle, Alfred/Basler, Werner: Juni 1941. Beiträge zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, Ost-Berlin 1961.
- Bahlcke, Joachim: Wilhelm Weizsäcker (1886–1961). In: Glettler, Monika/Mišková, Alena (Hg.): Professoren unterm Hakenkreuz, Manuskript im Druck.
- : „Mit den Waffen der Wissenschaft“. Der sudetendeutsche Jurist und Rechtshistoriker Wilhelm Weizsäcker (1886–1961). In: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, 6 (1998), S. 175–210.
- Baumgartner, Gabriele/Helig, Dieter (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, Band 2, München 1997.
- Botsch, Gideon: „Geheime Ostforschung“ im SD. Zur Entstehungsgeschichte und Tätigkeit des „Wannsee-Instituts 1935–1945. In: ZfG, 48 (2000) H. 6, S. 509–524.
- Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren. Teil I, München 1969. Teil II, 1975.
- : Die deutsche Reaktion auf die Prager Demonstrationen im Herbst 1939. In: VfZ, 23 (1975), S. 210–218.
- /Kural, Václav (Hg.): Der Weg in die Katastrophe, Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Für die deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 3), Essen 1994.
- Burleigh, Michael: Germany turns Eastwards. A Study of „Ostforschung“ in the Third Reich, Cambridge 1988.
- Camphausen, Gabriele: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a. M. 1990.
- : Das Rußlandbild in der deutschen Geschichtswissenschaft 1933 bis 1945. In: Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994.
- Deichmann, Ute: Biologen unter Hitler, Vertreibung, Karrieren, Forschung, Frankfurt a. M. 1992.
- Deschner, Günther: Reinhard Heydrich, Statthalter der totalen Macht, 3. Auflage München 1986.
- Ebbinghaus, Angelika/Roth, Karl Heinz: Vorläufer des „Generalplan Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7 (1992), S. 62–94.
- Ehlers, Klaas-Hinrich: Gesemanns kulturkundliche Slawistik im Kontext der dreißiger Jahre. In: Glettler, Monika/Mišková, Alena (Hg.): Professoren unterm Hakenkreuz, Manuskript im Druck.
- Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß, 3. Auflage München 1998.

- Erzwungene Trennung. Vertreibung in und aus der Tschechoslowakei im Vergleich zu Polen, Ungarn und Jugoslawien 1938–1947, hg. von Detlef Brandes, Jiří Pešek Edita Ivaničková, Manuskript im Druck.
- Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945). Achtbändige Dokumentenedition. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938–1945), Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, hg. vom Bundesarchiv, Berlin 1994.
- Fahlbusch, Michael: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994.
- : Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik. In: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.
  - : Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999.
- Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Histiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
- : Nach der Niederlage. Zeitgeschichtliche Fragen und apologetische Tendenzen in der Histiographie der Weimarer Zeit. In: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997.
- Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 42. Historische Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, West-Berlin 1989.
- Fremund, Karel: Heydrichova nadace-důležitý nástroj nacistické vyhlazovací politiky (Die Reinhard-*Heydrich-Stiftung* – ein wichtiges Instrument der nazistischen Ausrottungspolitik). In: Sborník archivních prací, 14 (1964) H. 1, S. 3–38, auf deutsch erschienen in: Informationen über die imperialistische Ostforschung, Ost-Berlin, 5 (1965) Nr. 3, S. 1–48.
- Geuter, Ulfried: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1984.
- Gimpl, Georg: Jahre der „Erfüllung“? Eduard Winter oder Gelenkte Kulturgrenzforschung im Geiste des historischen Materialismus. In: Gimpl, Georg (Hg.): Mitteleuropa, S. 251–282.
- (Hg.): Mitteleuropa, Mitten in Europa, Helsinki 1996.
- Glettler, Monika/Mířková, Alena (Hg.): Professoren unterm Hakenkreuz, Manuskript im Druck.
- Goguel, Rudi: Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im zweiten Weltkrieg, untersucht an drei Institutionen der deutschen Ostforschung, Phil. Diss., Ost-Berlin 1964.
- : Die Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaften im Dienste der faschistischen Aggressionspolitik gegen Polen (1933 bis 1945). In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 15 (1966) H. 5, S. 663–674.
- Haar, Ingo: „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme. In: Schulze, Win-

- fried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.
- : Deutsche „Ostforschung“ und Antisemitismus. In: ZfG, 48 (2000) H. 6, S. 485–508.
- Hausmann, Frank-Rutger: „Deutsche Geschichtswissenschaft im Zweiten Weltkrieg“. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945), Dresden 1998.
- Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz, Teil II, Die Kapitulation der Hohn Schulen, Das Jahr 1933 und seine Themen, Band 1, München 1992, Band 2, München 1994.
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Hamburg 1966.
- Hoensch, Jörg K.: Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik im Zweiten Weltkrieg. In: Brandes, Detlef/Kural, Václav (Hg.): Der Weg in die Katastrophe, Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Für die deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 3), Essen 1994, S. 215–239.
- /Biman, Stanislav/Lipták, L'ubomír (Hg.): Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 13), Essen 1999.
- Kalisch, Johannes/Voigt, Gerd: „Reichsuniversität Posen“. Zur Rolle der faschistischen deutschen Ostforschung im zweiten Weltkrieg. In: Anderle, Alfred/Basler, Werner: Juni 1941. Beiträge zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, Ost-Berlin 1961.
- Kárný, Miroslav: Die Rolle der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945). Achtbändige Dokumentenedition. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938–1945), Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, hg. vom Bundesarchiv, Berlin 1994, S. 149–164.
- Kater, Michael: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945, Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1974.
- Kleßmann, Christoph: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich. In: Lundgreen, Peter (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1985.
- Koehl, Robert L.: RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge 1957.
- Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.
- Krüger, Peter: Hitlers Europapolitik. In: Der Nationalsozialismus, Studien zur Ideologie und Herrschaft, hg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 104–132.
- Krejčová, Helena/Mišková, Alena: Anmerkungen zur Frage des Antisemitismus in den Böhmisches Ländern Ende des 19. Jahrhunderts. In: Judenemanzipa-

- tion – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei, hg. von Jörg K. Hoensch, Stanislav Biman, L'ubomír Lipták. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 13), Essen 1999, S. 55–62.
- Kuebart, Friedrich: Zur Entwicklung der Osteuropaforschung in Deutschland bis 1945. In: *Osteuropa*, 30 (1980), S. 657–672.
- Kühnl, Reinhard: Reichsdeutsche Geschichtswissenschaft. In: Tröger, Jörg (Hg.): *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1985, S. 92.
- Lenz, Wilhelm (Hg.): *Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710–1960*, Köln 1970.
- Luft, Robert: Das Bibliothekswesen in Böhmen und Mähren während der nationalsozialistischen Herrschaft 1938–1945. In: *Bohemia*, 30 (1989), S. 295–342.
- Lundgreen, Peter (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1985.
- Mastný, Vojtěch: *The Czechs under Nazi Rule, The Failure of National Resistance, 1939–1942*, New York 1971.
- Míšková, Alena: Die Lage der Juden an der Prager Deutschen Universität. In: *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei*, hg. von Jörg K. Hoensch, Stanislav Biman, L'ubomír Lipták. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 13), Essen 1999, S. 117–129.
- : *Rassenforschung und Oststudien an der Deutschen (Karls-) Universität in Prag*. In: *Erzwungene Trennung. Verteilung in und aus der Tschechoslowakei im Vergleich zu Polen, Ungarn und Jugoslawien 1938–1947*, hg. von Detlef Brandes, Jiří Pešek, Edita Ivaničková, Manuskript im Druck.
- /Šustek, Vojtěch (Hg.): *Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939–1945. Svazek 1: Deník Josefa Pfitznera. Úřední korespondence Josefa Pfitznera s Karlem Hermannem Frankem (Josef Pfitzner und das Protektorats-Prag in den Jahren 1939–1945. Band 1: Tagebuch Josef Pfitzners. Amtliche Korrespondenz Josef Pfitzners mit Karl Hermann Frank)*, Praha 2000.
- Mommsen, Hans: Umvolkungspläne des Nationalsozialismus und der Holocaust. In: *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag*, hg. von Helge Grabitz, Klaus Bästlein, Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 68–84.
- Mommsen, Wolfgang J.: Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus. In: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999.
- Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, hg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993.
- Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin*, West-Berlin 1966.

- Němec, Peter: Das tschechische Volk und die nationalsozialistische Germanisierung des Raumes. In: *Bohemia*, Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder, 32 (1991), S. 424–455.
- Philipp, Werner: Nationalsozialismus und Ostwissenschaft. In: *Nationalsozialismus und die deutsche Universität*. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin, West-Berlin 1966.
- Popielski, Bolesław: Die Tragödie der polnischen Universitätsprofessoren in Lemberg. In: Brentjes, Burchard (Hg.): *Wissenschaft unter dem NS-Regime*, Berlin 1992, S. 82–88.
- Ritter, Ernst: *Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917–1945*. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976.
- Rössler, Mechthild/Schleiermacher, Sabine (Hg.): *Der „Generalplan Ost“, Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993.
- Roth, Karl Heinz: Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtung: Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Schöttler, Peter (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997.
- : „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost.“ Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: Rössler, Mechthild/Schleiermacher, Sabine (Hg.): *Der „Generalplan Ost“, Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993.
- Schmoller, Gustav von: Heydrich im Protektorat Böhmen und Mähren. In: *VfZ*, 27 (1979), S. 626–645.
- Schönwälder, Karen: *Historiker und Politik, Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1992.
- Schöttler, Peter (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997.
- : Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive. In: Schöttler, Peter (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*.
- Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999.
- Schwabe, Klaus: *Deutsche Hochschullehrer und Hitlers Krieg (1936–1940)*. In: Schwabe, Klaus/Broszat, Martin (Hg.): *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*.
- /Broszat, Martin (Hg.): *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989.
- Seibt, Ferdinand: *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, 3. Auflage München 1997.
- Siebert, Erich: Die Ostforschung an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität in den Jahren 1940–1945. In: *Informationen über die imperialistische Ostforschung*, Berlin, 5 (1965) 1. H., S. 1–34.
- : Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945). In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 15 (1966) 1. H., S. 19–34.

- Šisler, Stanislav: Vznik a formování nacistického „Slovanského Bádání“ v Praze v letech 1940–1943 (Entstehung und Formierung der „slawischen Forschung“ in Prag in den Jahren 1940–1943). In: *Česky Lid*, 78 (1991) H. 4, S. 261–271.
- Šustek, Vojtěch: Die nationalsozialistische Karriere eines sudetendeutschen Historikers. In: Míšková, Alena/Šustek, Vojtěch (Hg.): *Josef Pfitzner a proktorátní Praha v letech 1939–1945*, S. 71–109.
- Tröger, Jörg (Hg.): *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1985, S. 92.
- Voigt, Gerda: *Faschistische „Neuordnungspläne“ im Zeichen der „Umvolkung“, Der Anteil der deutschen Universität in Prag an der faschistischen „Volkstumspolitik“ in der okkupierten ČSR (1939–1945)*, Diss., Leipzig 1973.
- Volkman, Hans-Erich: Von Johannes Haller zu Reinhard Wittram. Deutschbaltische Historiker und der Nationalsozialismus. In: *ZfG*, 45 (1997), S. 21–46.
- : (Hg.): *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994.
- Volkmer, Gerhard F.: Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933 bis 1945. In: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, Band 42. Historische Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, West-Berlin 1989, S. 109–214.
- Wachs, Philipp-Christian: *Der Fall Theodor Oberländer: (1905–1998); ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt a. M. 2000.
- Zeil, Wilhelm: Gerhard Gesemann – Slawist und Förderer deutsch-slawischer Wechselseitigkeit. In: *Zeitschrift für Slawistik*, 31 (1986) H. 5, S. 730–736.
- Zimmermann, Volker: *Die Sudetendeutschen im NS-Staat, Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1939–1945)*. Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, hg. von Hans Lemberg (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 16), Essen 1999.
- Zückert, Martin: *Josef Hanika (1900–1963)*. *Volkskundler*. In: Glettler, Monika/Míšková, Alena (Hg.), *Professoren unterm Hakenkreuz*, Manuskript im Druck.

## Zum Autor:

Andreas Wiedemann M. A., geb. 1970, Studium der Neueren und der Osteuropäischen Geschichte in Düsseldorf, zur Zeit Tutor am Institut für Internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag.



# Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der  
Technischen Universität Dresden



---

## Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

*Nr. 1:* Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

*Nr. 2:* Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

*Nr. 3:* Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

*Nr. 4:* Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

*Nr. 5:* Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

*Nr. 6:* Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

*Nr. 7:* Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

*Nr. 8:* Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

*Nr. 9:* Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

*Nr. 10:* Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

*Nr. 11:* Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

*Nr. 12:* Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

*Nr. 13:* Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, 2000

*Nr. 15:* Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, 2000  
Böhlau Verlag Köln Weimar

---

## Berichte und Studien

*Nr. 1:* Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, 1995 \*

*Nr. 2:* Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

*Nr. 3:* Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

*Nr. 4:* Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995 \*

*Nr. 5:* Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996

*Nr. 6:* Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996

*Nr. 7:* Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996

- Nr. 8:* Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, 1996 \*
- Nr. 9:* Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, 1996 \*
- Nr. 10:* Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996
- Nr. 11:* Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997 \*
- Nr. 12:* Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997
- Nr. 13:* Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998
- Nr. 14:* Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998
- Nr. 15:* Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998
- Nr. 16:* Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998
- Nr. 17:* Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998
- Nr. 18:* Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999
- Nr. 19:* Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999
- Nr. 20:* Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999
- Nr. 21:* Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999
- Nr. 22:* Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedegründung des Freistaates, 1999
- Nr. 23:* Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, 1999
- Nr. 24:* Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000
- Nr. 25:* Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprik (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, 2000
- Nr. 26:* Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, 2000
- Nr. 27:* Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen.“ NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, 2000
- Nr. 28:* Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), 2000

---

Einzelveröffentlichungen

---

*Nr. 1:* Lothar Fritze: Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993 (Olzog)\*

*Nr. 2:* Lothar Fritze: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse. Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, München 1993 (Olzog)\*

*Nr. 3:* Lothar Fritze: Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997 (Böhlau)

*Nr. 4:* Jörg Osterloh: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstocklager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941-1945, Leipzig 1997 (Kiepenheuer)

*Nr. 5:* Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

*Nr. 6:* Michael Richter, Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

*Nr. 7:* Johannes Bähr: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Michael C. Schneider. Ein Bericht des Hannah-Arendt-Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

---

\* vergriffen

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: [hait@mail.zih.tu-dresden.de](mailto:hait@mail.zih.tu-dresden.de)

Homepage: [www.hait.tu-dresden.de](http://www.hait.tu-dresden.de)

